

Aktuelle Entwicklungen und Trends in den Regionen Mittelost-/Südosteuropas und des Donauraums

Helmut Hiess und Roman Römisch

**FB**

Aktuelle Entwicklungen und Trends in den Regionen Mittelost-/Südosteuropas und des Donauraums

HELMUT HIESS
ROMAN RÖMISCH

Experten-Impulspapier zur Relevanz der aktuellen Trends in Mittelost-/Südosteuropa für die Regionalpolitiken in Österreich – ein fachlicher Orientierungsrahmen für das österreichische Engagement in der EU-Donauraumstrategie

Helmut Hiess ist Geschäftsführer von Rosinak & Partner Ziviltechnik GmbH und Lehrbeauftragter an der Universität für Bodenkultur, Wien. Roman Römisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleich (wiiw).

Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4 „Koordination – Raumplanung und Regionalpolitik“.

Zusammenfassung

Die Studie analysiert aktuelle Entwicklungen und Trends in den Ländern Zentral- und Osteuropas sowie Süd- und Südosteuropas und deren Implikationen für die österreichische Regionalpolitik. Das Ziel der Studie ist, einen Beitrag zur Evaluierung der gegenwärtigen Regionalpolitik innerhalb Österreichs wie auch der EU zu leisten. Dafür untersucht die Studie überblicksmäßig folgende Punkte: a) aktuelle wirtschaftliche Trends in Österreich und den Ländern des Donaumaums (inklusive Polen), b) die Verknüpfung Österreichs mit diesen Ländern hinsichtlich Außenhandel, Investitionen, Arbeitsmärkte, Transport und Tourismus und c) die österreichische Regionalpolitik im nationalen sowie im europäischen Kontext. Auf Basis der Analyseergebnisse ergeben sich Rückschlüsse und Empfehlungen für die Entwicklung von Politikinitiativen in Österreich und der EU.

Stichwörter: Österreich, Europäische Union, Regionalpolitik, Donaumaum, Zentral- und Osteuropa, Süd- und Südosteuropa

JEL-Klassifikation: E00, E24, F14, F15, F21, J20, J30, O11, R58

INHALT

1.	Kontext, Ziele und Inhalte der Studie	1
2.	Überblick über den aktuellen theoretischen Diskurs.....	5
2.1.	Theoretische Modelle zur Erklärung von regionalem Wachstum und räumlichen Disparitäten.....	5
2.2.	Theoretische Fundierung von Top-down-Politiken	7
2.3.	Die theoretische Fundierung von regionalem Standortwettbewerb – die Bottom-up-Perspektive...8	
3.	Aktuelle Trends: Österreich und der Donauraum.....	11
3.1.	Bevölkerung und demografische Entwicklung	11
3.2.	Nationales und regionales Wirtschaftswachstum	15
3.3.	Arbeitsmarkt.....	19
3.4.	Löhne und Produktivität	22
3.5.	Wirtschaftsstruktur	24
3.6.	Andere Indikatoren.....	25
3.7.	Schlussfolgerungen und Hypothesen	33
4.	Österreichs Vernetzung mit dem Donauraum	35
4.1.	Österreichs Außenhandel mit MOE/SOE-Ländern	35
4.2.	Direktinvestitionen.....	38
4.3.	Tourismus	39
4.4.	Wanderungsströme zwischen Österreich und den MOE/SOE-Ländern	42
4.5.	Arbeitsmarktverflechtungen – Pendlerbeziehungen	46
4.6.	Transport, Verkehr	48
4.7.	Schlussfolgerungen und Hypothesen	51
5.	Regionalentwicklung und Regionalpolitik.....	54
5.1.	Regionalentwicklung innerhalb Österreichs.....	54
5.2.	Grenzüberschreitende Regionalentwicklung	64
6.	Zusammenfassung aus Expertensicht: Narrative, Schlussfolgerungen und Hypothesen	72
6.1.	Fakten.....	72
6.2.	Hypothesen.....	72
6.3.	Schlussfolgerungen und weiterführende Fragen	75
6.4.	Forschungsbedarf	78
	Annex: Statistischer Anhang.....	79

TABELLEN UND ABBILDUNGEN

Tabelle 1 / Überblick über theoretische Konzepte zur Erklärung von regionalwirtschaftlichem Wachstum und dessen räumlicher Verteilung	6
Tabelle 2 / Bevölkerung in Österreich und den MOE/SOE-Ländern, in Tsd.	12
Tabelle 3 / BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, in % des EU28-Durchschnitts	15
Tabelle 4 / Reale BIP Wachstumsraten, jährlicher Durchschnitt.....	16
Tabelle 5 / BIP pro Kopf zu KKP, EU NUTS3-Regionen, Durchschnitt über Regionstypen	19
Tabelle 6 / Beschäftigungsraten, Bevölkerung 15 Jahre und älter.....	20
Tabelle 7 / Arbeitslosenraten, Bevölkerung 15 Jahre und älter	21
Tabelle 8 / Durchschnittliche Bruttomonatslöhne, in EUR	23
Tabelle 9 / Produktivität nominell (BIP pro Beschäftigte), in Tsd. EUR.....	23
Tabelle 10 / Wirtschaftsstruktur, 2013; Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung.....	24
Tabelle 11 / Struktur der Industriebranchen, 2013.....	26
Tabelle 12 / Governance-Indikatoren.....	27
Tabelle 13 / F&E-Ausgaben in % des BIP	28
Tabelle 14 / Breitbandverbindungen (pro 100 Einwohner).....	29
Tabelle 15 / Brutto-Schülerzahl – sekundäre Ausbildung (in % der Bevölkerung im Sekundärschulalter)	29
Tabelle 16 / Brutto-Studentenzahl – tertiäre Ausbildung (in % der Bevölkerung der 5-Jahreskohorte nach Abschluss der Sekundärschulbildung)	30
Tabelle 17 / CO ₂ -Emissionen, kg per 2011 BIP(in USD) zu KKP	31
Tabelle 18 / Energieeffizienz: BIP pro Energieverbrauchseinheit (konstantes BIP 2011 pro kg Öläquivalent).....	31
Tabelle 19 / Gesundheitsausgaben, in % des BIP.....	32
Tabelle 20 / Lebenserwartung bei Geburt, in Jahren	33
Tabelle 21 / Entwicklung der Übernachtungen aus Mittelost- und Südosteuropa in Österreich in Mio. Übernachtungen.....	40
Tabelle 22 / Marktanteil der MOE/SOE-Länder an den Übernachtungen 2013.....	41
Tabelle 23 / Marktpotenziale in den MOE/SOE-Ländern 2013.....	41
Tabelle 24 / Urlaubsreisen der ÖsterreicherInnen in MOE/SOE-Länder (4 oder mehr Übernachtungen) in 1.000	42
Tabelle 25 / Entwicklung der Bevölkerung aus den MOE/SOE-Ländern 2002-2014 nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland.....	43
Tabelle 26 / Entwicklung der Bevölkerung aus den MOE/SOE-Ländern ohne und mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawien.....	43
Tabelle 27 / Entwicklung der Bevölkerung in Österreich ohne EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund aus den MOE/SOE-Ländern	44
Tabelle 28: MOE/SOE-Länder in österreichischen Raumordnungs- und -entwicklungskonzepten	57
Tabelle 29 / Gebietskulissen der Programme mit Beteiligung von österreichischen Regionen und Regionen aus den MOE/SOE-Ländern.....	68
Tabelle 30 / Beispiel Prioritäten in den transnationalen ETZ-Programmen	68
Tabelle 31 / Wirtschaftsstruktur, Veränderung 2005-2013; Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung	79
Tabelle 32 / Struktur der Industriebranchen, 2013.....	80

Tabelle 33 / Struktur des ausländischen Direktinvestitionsbestandes in der verarbeitenden Industrie 2013, in %.....	82
Grafik 1 / Bevölkerungswachstum auf NUTS3-Ebene 2000-2012	13
Grafik 2 / Bevölkerungsentwicklung in Europa 2004-2030	14
Grafik 3 / Regionales BIP pro Kopf zu KKP 2012, in % des EU28-Durchschnitts, NUTS3-Ebene.....	17
Grafik 4 / Regionales BIP pro Kopf zu KKP, Veränderung 2000-2012, NUTS3-Ebene	18
Grafik 5 / Regionale Beschäftigungsraten 2014, Bevölkerung 15-64 Jahre	20
Grafik 6 / Regionale Arbeitslosenraten 2014, Bevölkerung 15-64 Jahre.....	22
Grafik 7 / Differenz zwischen durchschnittlichen Lohn- und Produktivitätswachstumsraten 2004-2014....	24
Grafik 8 / Österreichische Güterexporte nach Ländergruppen, in Mio. EUR.....	36
Grafik 9 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Güterexporten, in %	36
Grafik 10 / Österreichische Dienstleistungsexporte, in Mio. EUR.....	37
Grafik 11 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Dienstleistungsexporten, in %.....	37
Grafik 12 / Exportbeitrag zum österreichischen BIP-Wachstum.....	38
Grafik 13 / Österreichische Auslandsinvestitionen nach Ländergruppen, in Mio. EUR.....	39
Grafik 14 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Auslandsinvestitionen, in % der gesamten Auslandsinvestitionen	39
Grafik 15: Größte Bevölkerungsgruppe ausländischer Herkunft am 1.1.2011 nach Gemeinden.....	45
Grafik 16 / EinpendlerInnen nach Österreich aus dem Ausland 2013.....	46
Grafik 17 / EinpendlerInnen nach Österreich nach Herkunftsländern 2013	46
Grafik 18 / Anteil der EinpendlerInnen nach Österreich aus den MOE/SOE-Nachbarstaaten 2013 nach Bundesländern.....	47
Grafik 19 / AuspendlerInnen aus Österreich insgesamt und nach Zielländern 2013	47
Grafik 20 / Straßengüterverkehr im Korridorvergleich	48
Grafik 21 / Bilateraler Güterverkehr auf der Straße nach Länderrelationen	49
Grafik 22 / Bilateraler Schienengüterverkehr nach Länderrelationen	49
Grafik 23 / Bilateraler Güterverkehr auf der Donau nach Länderrelationen	50
Grafik 24 / Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterverkehrsaufkommens 2000-2013.....	50
Grafik 25 / Österreichische Güterimporte nach Ländergruppen, in Mio. EUR.....	81
Grafik 26 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Güterimporten, in %	81
Grafik 27 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie 2013, in % des Gesamtinvestitionsbestandes.....	82

1. Kontext, Ziele und Inhalte der Studie

Österreichs Wirtschaft und Regionen haben durch die geografische Lage des Landes, ihre Wirtschaftsstruktur und starke Exportorientierung sowie ihrer institutionellen Rahmenbedingungen in den letzten zwei Jahrzehnten stark von europäischen Integrationsprozessen profitiert – von der verstärkten wirtschaftlichen Integration mit westlichen EU-Mitgliedstaaten, der EU-Kohäsionspolitik als auch von der EU-Osterweiterung¹. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in dieser Entwicklung zu einer Zäsur geführt und neue Fragen der wirtschaftspolitischen Orientierung aufgeworfen. Ebenso stellen der Aufholprozess der zentral- und osteuropäischen Nachbarländer sowie der kontinuierliche Prozess der Globalisierung Österreichs Wirtschaft vor neue Herausforderungen.

In zunehmender Weise ist daher die räumliche und regionale Entwicklung Österreichs nicht nur aus nationaler Sicht, sondern vielmehr in ihren internationalen, grenzüberschreitenden Bezügen zu erfassen². Eine bedeutende Rolle kommt hierbei den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern (inkl. Donauraum und Westbalkan) zu, deren ökonomische und soziale Entwicklung seit 1989 von einer besonderen Dynamik geprägt war und die aufgrund ihrer geografischen Nähe eine hohe Relevanz für die österreichische Wirtschaft und Regionalentwicklung wie auch die österreichischen Raum-, Regional- und Standortpolitiken haben.

Diese Relevanz der mittelost- und südosteuropäischen Länder für Österreich und die österreichischen Regionen wurde zuletzt um die Jahrtausendwende und insbesondere vor der EU-Osterweiterung 2004 untersucht und diskutiert³. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Narrative waren und sind zum Teil noch immer Referenzmaßstäbe für die Entwicklung und Schwerpunktsetzung österreichischer sowie grenzüberschreitender und transnationaler Regionalpolitik. Allerdings haben sich seitdem die funktionalen Verflechtungen Österreichs mit den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern und Regionen weiterentwickelt. Bestehende Kooperationsaktivitäten und -verflechtungen sind außerordentlich vielfältig und auf unterschiedlichen Maßstabsebenen angesiedelt, und durch die EU-Erweiterungen ab 2004 wurden durch zunehmend ausdifferenzierte Kooperationsanreize der EU zusätzliche Impulse für die Weiterentwicklung grenzüberschreitender und transnationaler Zusammenarbeit geschaffen (z.B. im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit/Interreg-Programme sowie der Makroregionalen EU-Strategien, insbesondere der Donauraumstrategie). Gleichzeitig kam es durch den teilweise raschen, allerdings regional differenzierten Aufholprozess in den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern zu einer Veränderung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausgangssituation. Im Zuge dessen und auch aufgrund der Wirtschaftskrise kam es zu einer Änderung der Risiken und Potenziale dieses Raumes für österreichische Akteure, wobei

¹ Siehe: WKO (2015), „EU-Erweiterung“, *eu top thema*, Wirtschaftskammer Österreich, Juni.

² Siehe: ÖROK (2015), „14. Raumordnungsbericht“, Teil A, Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Wien.

³ Siehe: a) ÖROK (1999), „Regionale Auswirkungen der EU-Integration der mittel- und osteuropäischen Länder“, Band I und II, ÖROK Schriftenreihe Nr. 146/I und Nr. 146/II, ÖROK, Wien; b) „Preparity“-Projekt, WIFO 2001.

auch eine Veränderung des Grundtenors in Österreich zu Fragen des gemeinsamen Interesses an den Entwicklungen in Mittelost- und Südosteuropa kam⁴.

Der Aufholprozess der östlichen EU-Nachbarländer Österreichs, die EU-Beiträge Rumäniens und Bulgariens (2007) sowie Kroatiens (2013), die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie nicht zuletzt die Vorbereitungen für den EU-Finanzrahmen und die EU-Kohäsionspolitik nach 2020 stellen daher einen guten Anlass dar, um

- a) die Veränderungen, die in den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern seit der Jahrtausendwende stattgefunden haben, genauer zu analysieren;
- b) die Narrative, die durch die Analysen zur Vorbereitung der ersten EU-Osterweiterung (ÖROK, Preparity-Projekt) gewonnen wurden, auf ihre Aktualität und Gültigkeit zu überprüfen bzw. durch die Inklusion der Donauraumländer zu erweitern;
- c) zu hinterfragen, inwieweit bisherige regionalpolitische Konzepte im österreichischen ebenso wie im makro-regionalen und EU-Kontext noch aktuell sind;
- d) zu analysieren, welche Initiativen gesetzt werden können, um die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen und neue Chancen für Österreichs Wirtschaft und Regionen zu schaffen.

Dieses Impulspapier ist Teil einer größeren Studie, die durch das Konsortium bestehend aus dem Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) und Rosinak & Partner im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4 „Koordination – Raumplanung und Regionalpolitik“, erstellt wurde. Der Arbeitstitel der Studie ist „Aktuelle Entwicklungen und Trends in Mittelost-/Südosteuropa und die möglichen Implikationen für österreichische Raum-/Regional-/Standortpolitiken – Stand des Wissens, Hypothesen und Forschungsbedarf“.

Das Konsortium aus wiiw und Rosinak & Partner wurde hinsichtlich des Studienthemas vom BKA mit folgenden Punkten beauftragt:

- › Fachliche Unterstützung bei der Recherche eines Überblicks über den aktuellen Stand des Wissens bzw. relevanter Experteneinschätzungen;
- › Organisation einer offenen Diskursplattform zwischen ausgewählten Experten und potenziellen Policy-Makern;
- › Erarbeitung eines fachlichen Referenz-/Impulspapiers für Folgediskussionen in bestehenden Formaten/Gremien (z.B. im Rahmen der ÖROK, zu ETZ/Interreg und/oder den Makroregionalen Strategien);
- › Beitrag zur Klärung des Handlungsbedarfs bzw. von Handlungsmöglichkeiten für weitere Schritte.

⁴ OeNB (2015), „Österreichs Ostexpansion stagnierte erstmals“, OeNB-Pressesaussendung 29.06.2015, Oesterreichische Nationalbank, Wien.

Als Teil dieser Studie ist es das Ziel des vorliegenden Impulspapieres, einen Beitrag zu dem Diskussionsprozess über die österreichische Regionalpolitik zu liefern und einen Anstoßpunkt für die Entwicklung zukünftiger grenzüberschreitender, transnationaler und nationaler Regionalpolitiken im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik und österreichischen Wirtschaftspolitik zu geben. Dabei liegen die Schwerpunkte des Impulspapieres auf a) der Entwicklung von aktuellen Narrativen hinsichtlich der mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländer Österreichs sowie des Donauraums, b) der Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die österreichische Raum- und Regionalpolitik und c) der Ermittlung eines zusätzlichen Forschungs- und Vertiefungsbedarfs in Bereichen von besonderer Relevanz für Österreichs Wirtschaft, Regionen und die darauf bezogenen Politiken.

Den Ausgangspunkt dieses Impulspapieres bilden diejenigen zentralen Narrative, die aus den umfassenden wirtschaftlichen Analysen hinsichtlich der Effekte der ersten EU-Osterweiterung gewonnen wurden, bzw. die Narrative der österreichischen Regionalpolitik im Kontext der Entwicklungen in mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern Österreichs.

Narrative der wirtschaftlichen Analysen um die Jahrtausendwende⁵

Narrativ 1: Der EU-Beitritt der fünf mittel- und osteuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien stellt für diese Länder und Österreich insgesamt eine Win-win-Situation dar (höheres Wirtschaftswachstum; positive Produktivitätseffekte; Expansion des Außenhandels und der Direktinvestitionen; leichte und kurzfristige Struktureffekte bzw. -probleme in Österreich, die aber über die Zeit überwunden werden können etc.).

Narrativ 2: Starker wirtschaftlicher Aufholprozess bzw. Konvergenz der Beitrittsländer gegenüber hochentwickelten Wirtschaftsnationen in Westeuropa, mit den impliziten Annahmen, dass es a) zu einer Angleichung der Wirtschaftsstruktur an Österreich oder Deutschland kommt und b) der Aufholprozess keinen Überholprozess beinhaltet.

Narrativ 3: Die wirtschaftliche Konvergenz sowie die Übernahme des *acquis communautaire* führt mehr oder weniger automatisch auch zu einer institutionellen und gesellschaftlichen Konvergenz⁶ mit Westeuropa (politische Stabilität, Sozialstaat, Qualität der Verwaltung, etc.).

Narrative der österreichischen Regionalpolitik

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Narrativen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt erstellt wurden, waren die Narrative der Regionalpolitik einem stetigen Wandel unterzogen. Insgesamt lassen sich vier zeitliche Phasen dieser Narrative unterscheiden:

Phase 1, 1989 bis 1995: „Zurück in die Mitte zwischen Risiken und Chancen“ – Phase der Unsicherheit, Rückkehr Österreichs in die Mitte Europas, Neugier, Aufbruch, Sondierung alter Traditionsmärkte; Regionalpolitik: Risiken, Standortwettbewerb, keine Strategien.

⁵ Siehe: Mayerhofer, P. und G. Palme (2001), „Wirtschaftspolitische Empfehlungen auf Basis der Analyseergebnisse“, Teil 15 des Preparity-Projektes, WIFO, Dezember.

⁶ Siehe dazu auch: Nitsche, W. (2004), „Die Bilanz der EU-Erweiterungsverhandlungen aus wirtschaftspolitischer Sicht“, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 30. Jahrgang, Heft 1.

Phase 2, 1995 bis 2005: „Chance als Brückenkopf und Drehscheibe nutzen“ – Phase des Aufbruchs, der „Eroberung“ der Märkte, des Kennenlernens, Österreich als Brückenkopf, Drehscheibe und Türöffner; Regionalpolitik: Chancen, hohes Bewusstsein, intensive Beschäftigung, Aufbau von personellen und institutionellen Strukturen, Netzwerkbildung.

Phase 3, 2005 bis 2010: „Etablierung im Zentrum“ – Phase der Etablierung, Österreich im Zentrum, Erfolgsgeschichte Osterweiterung; Regionalpolitik: Aufbau und Ausbau von Netzwerken, Ausbau und Vertiefung, Professionalisierung, Bürokratisierung, Mühen der Ebene, Enttäuschung zwischen Anspruchshaltung und Dominanzvorwurf durch Partnerregionen.

Phase 4, ab 2010: „Pragmatische Ernüchterung – die Risiken kehren zurück“ – Phase der Routine, des Pragmatismus und des Zweifels, personelle und finanzielle Ressourcenengpässe, Dominanz der Krisen, Entsolidarisierung, Konkurrenzbewusstsein; Regionalpolitik: zwischen Kooperation und Konkurrenz.

Ausgehend von dieser Basis liefert das Impulspapier 1) einen Überblick über den aktuellen theoretischen Diskurs bezüglich Raum- und Regionalentwicklung, 2) eine Analyse der wichtigsten Trends in Österreich und den mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländer Österreichs⁷, 3) eine Analyse der Verflechtungen Österreichs mit seinen mittelost- und südosteuropäischen Nachbarländern und 4) eine zusammenfassende Darstellung der österreichischen Regionalpolitik auf nationaler und EU-Ebene. Das letzte Kapitel enthält schließlich die aus der Analyse gewonnenen Narrative, Empfehlungen für Politikinitiativen sowie Vorschläge für eine über die Kapazität dieses Impulspapiers hinausgehende Forschung und Analyse.

⁷ i.e. die Nachbarländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, sowie die übrigen Länder des (erweiterten) Donaurooms: Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Ukraine.

2. Überblick über den aktuellen theoretischen Diskurs

Die theoretische Fundierung soll einen Beitrag zur Klärung folgender Fragen leisten:

- (1) Wie sind die regionalwirtschaftlichen und räumlichen Entwicklungen im Untersuchungsraum zu erklären und zu verstehen?
- (2) Welche Auswirkungen für die österreichischen Regionen sind zu erwarten?
- (3) Sind die im Zuge des EU-Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder entwickelten Strategien für die österreichischen Regionen noch gültig oder gibt es einen Adaptierungs- und Veränderungsbedarf?
- (4) Welche Empfehlungen für die künftige Ausgestaltung von österreichischen und grenzüberschreitenden Regionalpolitiken sind sinnvoll und gut begründbar?

Bei der Darstellung der Theorien wird auf deren ausführliche Beschreibung verzichtet. Es werden nur die Hauptbestimmungsgründe für regionales Wachstum und die abgeleiteten Implikationen für die Entwicklung regionaler Disparitäten dargestellt. Neben der Funktion der Theorien als Erklärungs- und Wirkungsmodell (Kapitel 2.1) wird auch deren Bedeutung für die Formulierung von Politiken angerissen (Kapitel 2.2, 2.3).

2.1. THEORETISCHE MODELLE ZUR ERKLÄRUNG VON REGIONALEM WACHSTUM UND RÄUMLICHEN DISPARITÄTEN

Die Theorien zur Erklärung regionalökonomischer Phänomene konzentrieren sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte:

- › die Erklärung von regionalwirtschaftlichen Wachstumsprozessen,
- › die Erklärung von wirtschaftlichen Konvergenz- oder Divergenzentwicklungen.

Dabei wird auf einander teilweise widersprechende Theoriekonzepte zurückgegriffen:

In der aktuellen theoretischen Diskussion wird vor allem für hochentwickelte Ökonomien Wissen als zentraler Produktionsfaktor und als Schlüssel für Innovationen und damit Wachstum entlang von Produktzyklen diskutiert. Bereits in der Neuen Wachstumstheorie werden Humankapital, Forschung & Entwicklung und Innovation als Wachstumsfaktoren eingeführt. Auch im Produktzyklusansatz, im evolutorischen Theoriekonzept und im milieutheoretischen Theorieansatz werden Wissen und Wissensspillover als Motoren für Innovation und regionales Wachstum angesehen. Zentrale Frage ist dabei, welche Rahmenbedingungen für die Generierung einer innovationserzeugenden und wachstumssteigernden Wissensbasis besonders förderlich sind. Dabei wird die Branchenstruktur, die

räumliche und kognitive Nähe, der Grad der Spezialisierung und der Diversifizierung in verwandte und nicht-verwandte Branchen in Betracht gezogen (Firgo und Mayerhofer, 2015⁸).

Tabelle 1 / Überblick über theoretische Konzepte zur Erklärung von regionalwirtschaftlichem Wachstum und dessen räumlicher Verteilung

	Referenzen	Hauptbestimmungsgründe für Wachstum	Wachstumsdeterminanten	Abgeleitete Entwicklungsrichtung
Neoklassische Wachstumstheorie	Solow (1956) Swan (1956)	Kapitalakkumulation	Ausgangsniveau des Einkommens pro Kopf Investitionsquote	Konvergenz
„Neue“ Wachstumstheorie	Romer (1986, 1990) Grossmann Helpmann (1991)	Technologische Externalitäten bei Investitionen in Sach- und Humankapital, Infrastruktur und F&E	Humankapital, F&E, Infrastruktur	Tendenziell Konvergenz
Polarisationstheorie	Marshall (1898) Perox (1955) Myrdal	Lokalisations- und Urbanisationsvorteile	Faktorkosten, Verdichtung, Branchenstruktur	Divergenz
New economic geography Polarisation-Reversal-Hypothese	Krugman (1991) Venables (1995)	Negative Externalitäten von Agglomerationen Distanzkosten	Erreichbarkeit, Marktpotenzial	Zyklus Divergenz – Konvergenz
Produktzyklus-Hypothese	Vernon, Hirsch	Innovationen	F&E, Patente, Humankapital	Divergenz
Evolutorischer Theorieansatz	Camagni (2013)	Historisch gewachsene Produktion Produktions- und Standortstrukturen	Regionsgebundenes Humankapital, Tacit knowledge	Divergenz
Milieutheoretischer Ansatz	Aydalot, Keeble, Camagni, Maillat (2006)	Innovative und kreative Milieus Wissens-Spillovers	Creative Industries Klein- und Mittelbetriebe Universitäten, Humankapital, F&E, Verdichtung	Divergenz

Quellen: Mayerhofer, P. und G. Palme (2001), Strukturpolitik und Raumplanung in Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung; Teilprojekt 8: Aspekte der regionalen Wettbewerbsfähigkeit; Schwarz, W. (2014), „Die sozio-ökonomische Entwicklung der Regionen in der europäischen Union – Raum-zeitliches Mosaik der Ungleichheit“, *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft*, 156. Jahrgang, Wien, S. 9-56.

⁸ Firgo, M. und P. Mayerhofer (2015), "Wissens-Spillovers und regionale Entwicklung – welche strukturpolitische Ausrichtung optimiert das Wachstum?", Working Paper-Reihe der AK Wien – Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 144.

2.2. THEORETISCHE FUNDIERUNG VON TOP-DOWN-POLITIKEN

Neben der Erklärung von regionalwirtschaftlichen Wachstumsprozessen und räumlichen Konvergenz- oder Divergenzentwicklungen dienen die theoretischen Konzepte auch der Begründung von gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Top-down-Handlungskonzepten. Dabei ist vor allem umstritten, ob räumlich basierte Handlungskonzepte, die gezielt Wachstum oder Konvergenz verfolgen, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvoll sind:

- › People-based policies lehnen raumtypenspezifische Politiken ab, da räumliche Disparitäten „natürlich“ und nicht veränderbar sind. Explizite Investitionen in strukturschwache Regionen werden als gesamtwirtschaftlich ineffizient angesehen. Im Sinne der neoklassischen Theorie ist darüber hinaus im Entwicklungszyklus ein sich selbst regulierender Konvergenzprozess zu erwarten, in den nicht eingegriffen werden sollte. Politiken sollten sich daher auf die Förderung der Mobilität von Arbeit und Kapital, die Integration der Märkte für Güter und Dienstleistungen, Investitionen in Ausbildung und Gesundheit und den Ausbau überregionaler Transport- und Kommunikationsinfrastruktur konzentrieren (Acemoglu und Dell, 2009⁹; Weltbank, 2009⁹).
- › Space-based policies gehen im Sinne der polarisationstheoretischen Ansätze davon aus, dass der Markt ungleiches räumliches Wachstum produziert und damit eine divergente regionalökonomische Entwicklung verstärkt. Räumlich „blinde“ Politiken unterstützen somit die reichen, starken und daher auch die mächtigen Regionen – zumeist Agglomerationen. Räumlich „blinde“ Politiken produzieren dennoch relevante und räumlich wirksame unerwünschte externe Effekte (z. B. Wanderungsströme, Brain Drain, ökologische und soziale Probleme in Agglomerationen), die Wachstum konterkarieren. Außerdem wird die Reduktion räumlicher Disparitäten als zentrale gesellschaftspolitische Zielsetzung angesehen. Schließlich wird angenommen, dass die Förderung rückständiger Regionen höhere Wachstumspotenziale heben kann und damit stärker zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beiträgt (Barca, 2009¹⁰).

Die Praxis der territorialen Top-down-Politiken, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene in Österreich, orientiert sich eindeutig am Ansatz der space-based policies. Das hängt sehr stark mit den verankerten raumpolitischen Ausgleichszielen zusammen (politische, soziale und territoriale Kohäsionsziele auf EU-Ebene). Allerdings hat die theoretische Debatte die Bedeutung und Rolle von Metropolregionen stärker in das Blickfeld gerückt.

Da die neuere empirische Forschung zeigt, dass räumliche Nähe ein wesentlicher Faktor für die Ermöglichung von Wissensspillover ist, entsteht ein zusätzliches Argument für eine stärkere Berücksichtigung von Metropolregionen und Zentralräumen bei der Ausgestaltung räumlicher und regionalwirtschaftlicher Politiken. Space-based policies finden vor diesem Hintergrund in einem Spannungsfeld zwischen räumlichem Disparitätenausgleich mit der Hoffnung auf Hebung von unausgeschöpften Wachstumspotenzialen und Förderung einer innovationsorientierten Wachstumspolitik auf der Basis von räumlicher Nähe und Agglomerationsvorteilen statt.

⁹ Weltbank (2009), World Development Report 2009: Reshaping Economic Geography, Weltbank.

¹⁰ Barca, F. (2009), 'An Agenda for a Reformed Cohesion Policy – A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations', Independent Report prepared at the request of Danuta Hübner, Commissioner for Regional Policy.

In der Ausgestaltung des wirtschafts- und raumentwicklungspolitischen Instrumentariums wurde den Metropolregionen in den letzten zwanzig Jahren daher auch eine größere Bedeutung beigemessen (siehe auch: Blotevogel, Spiekermann und Wegener, 2013¹¹).

2.3. DIE THEORETISCHE FUNDIERUNG VON REGIONALEM STANDORTWETTBEWERB – DIE BOTTOM-UP-PERSPEKTIVE

Im Gegensatz zur mikroökonomischen Ebene ist die Annahme eines ökonomischen Wettbewerbs auf nationaler oder regionaler Ebene nicht unumstritten. Auf mikroökonomischer Ebene hat Wettbewerb zwei wesentliche Funktionen (Carlin et al., 2001; Beath, 2002):

› Selektionsfunktion:

Unternehmen mit weniger effizienten Prozessen und veralteten Produkten scheiden am Markt aus und es kommt zu einer Umschichtung von Ressourcen zu effizienteren Produzenten. Dadurch erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

› Anreizfunktion:

Wettbewerb zwingt die bestehenden Unternehmen zu Innovation und effizienter Produktion und wirkt damit produktivitäts- und wachstumssteigernd.

Auf der Ebene von Staaten und Regionen ist die Funktion von Wettbewerb nicht so eindeutig, auch wenn sie vielfach beschworen wird (Martin et al., 2006).

Die Anreizwirkung ist umstritten, weil die Zielfunktion (Gewinnmaximierung versus gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt) und Entscheidungsmechanismen wesentlich komplexer sind als auf Unternehmensebene. Außerdem stehen wichtige unternehmerische Entscheidungsparameter wie die Standortwahl schlicht nicht zur Verfügung. Auch ist ein „Ausscheiden“ oder ein „Markteintritt“ von Staaten und Regionen im Wortsinn schwer vorstellbar. Schließlich kämpfen Länder und Regionen nach den wesentlichen Konzepten der Außenhandelstheorie nicht um Anteile an einem fixen Marktvolumen, sondern tragen durch die Spezialisierung auf komparative Kostenvorteile zur Vergrößerung des Marktvolumens und damit zur Wohlfahrtssteigerung bei. Während absolute Kostennachteile eines Landes durch die Anpassung von Wechselkursen ausgeglichen werden können, ist dies auf regionaler Ebene allerdings nicht der Fall. Das bedeutet, dass auf regionaler Ebene nicht die komparativen, sondern die absoluten Vor- und Nachteile bestimmend für die regionalwirtschaftliche Entwicklung sind. Im Extremfall ist bei einem Rückgang der Exporte einer Region auch ein „Ausscheiden“ aus dem Markt durch Abwanderung von mobilen Produktionsfaktoren denkbar. Damit sind „Standortwettbewerb“ und „regionale Wettbewerbsfähigkeit“ begründbare und gehaltvolle Konzepte (Straubhaar, 1996; Siebert, 2006; Malecki, 2007¹²). Der reale und „gefühlte“ Wettbewerb zwischen Regionen hat sich durch die Liberalisierung im Waren-, Kapital- und Personenverkehr, die sinkenden Transport- und

¹¹ Blotevogel, H.H., K. Spiekermann und M. Wegener (2013), „Deutschland in Europa: Ergebnisse des Programms ESPON 2013“. Heft 2: Metropolen und ländliche Räume, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn.

¹² Malecki, E. (2007), „Cities and regions competing in the global economy: Knowledge and local development policies“, *Environment and Planning C: Politics and Space*, 25(5), Oktober.

Transaktionskosten sowie die Einführung des einheitlichen Währungsraums in Teilen der Europäischen Union in den letzten Jahrzehnten deutlich verstärkt. Unternehmen können zwischen unterschiedlichen Standorten wählen, optimieren ihr Standortnetz über Ländergrenzen hinweg, entwickeln netzwerkartige Fertigungsformen und Fertigungsketten und fragmentieren ihre Wertschöpfungsketten in räumlich dislozierten, nach den jeweils optimalen Standortbedingungen ausgewählten Produktionsstandorten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen können und wie sie das Umfeld für unternehmerische Tätigkeit gestalten sollen, damit bestehende Unternehmen bleiben und sich erfolgreich entwickeln können und neue Unternehmen, die sich auf Standortsuche befinden, angezogen werden können.

Aus der regionalpolitischen Perspektive werden die theoretischen Konzepte zur Erklärung von regionalem Wachstum sowie von Konvergenz und Divergenz als „Steinbruch“ verwendet, um einen möglichst umfassenden Blick auf das relevante Set der Determinanten für die regionale Entwicklung zu gewinnen. Dazu zählen (Mayerhofer et al., 2012):

- › direkte Kostenfaktoren am Standort (Arbeit, Kapital, Boden)
- › Infrastrukturausstattung
- › Erreichbarkeit bzw. Marktzugang
- › Regionale Wissensbasis
- › Regionales Innovationssystem
- › Weiche Standortfaktoren: Wohn-, Freizeit- und Lebensqualität
- › Institutionelle Kapazitäten und Governance-Strukturen

Dabei stellen sich grundsätzlich zwei Fragen:

- › Welche Faktoroptimierung ist in Bezug zu potenziellen Konkurrenzstandorten am besten geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. zu verbessern?
- › Kann durch eine Kooperation mit anderen Regionen ein Mehrwert für die Partnerregionen erzielt werden? Mit welchen Regionen soll in welchen Handlungsfeldern kooperiert werden?

Dieser Zugang wird auch durch neuere regionalökonomische Theorieansätze unterstützt. In diesen wird davon ausgegangen, dass in hochentwickelten Volkswirtschaften die klassischen Standortfaktoren (z. B. Transportkosten, Grundstückspreise, Lohnniveau) an Bedeutung verlieren und dass die regionsspezifische Ausstattung qualitativer Natur, die kaum quantitativ erfasst und monetär bewertet werden kann, an Bedeutung gewinnt. Dieses „territoriale Kapital“ eines Gebietes (Camagni und Capello,

2013¹³) wird als zunehmend wichtiger Faktor für die Standortentwicklung angesehen. Dazu wird u.a. gezählt:

- › Governance-Strukturen, die Kooperationsprozesse und Wissensspillover zwischen den regionalen Akteuren unter der Einbeziehung der Zivilgesellschaft ermöglichen, unterstützen und initiieren.
- › Clusterbildung und Kooperationsnetzwerke zwischen Unternehmen.
- › Hochwertige „weiche“ Standortfaktoren (Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Wohn- und Freizeitqualität).
- › Regionale Entwicklungsagenturen mit organisationsentwicklerischem Know-how zur Beratung, Aktivierung und Koordinierung.

Mit diesen Standortfaktoren soll ein möglichst unverwechselbares Standortprofil entwickelt werden, das im Wettbewerb der Regionen eine bessere Marktposition sichern soll. Auch wenn keine Wettbewerber aus dem Markt ausscheiden, wird es immer Gewinner- und Verliererregionen geben. Dies kann politisch legitimiert werden, wenn dabei wie im Wettbewerb der Unternehmen eine höhere gesamtwirtschaftliche Effizienz, höheres Wachstum und eine höhere Lebensqualität in allen Regionen erreicht wird. Allerdings kann ein ungesteuerter Wettbewerb der Regionen auch unerwünschte Effekte verursachen: Produktion von Überkapazitäten (z.B. Betriebsbauland, Thermen etc.), Steuerdumping, Ausspielen von Regionen durch große Unternehmen, Unterlassen von Investitionen in soziale und ökologische Aufgaben, Brain-Drain, erzwungene Abwanderung, noch stärkeres Zurückbleiben schwächerer Regionen. Schließlich hat auch die Unverwechselbarkeit von Regionen ihre Grenzen. Strategien werden austauschbar. Auch wenn sich der Standortwettbewerb nicht leugnen lässt, so kommt es doch auf die Einbettung in übergeordnete Top-down-Politiken an.

¹³ Camagni, R. und R. Capello (2013), „Regional Competitiveness and Territorial Capital: A Conceptual Approach and Empirical Evidence from the European Union“, *Regional Studies*, 47(9).

3. Aktuelle Trends: Österreich und der Donauraum

Dieses Kapitel analysiert für die mittelost- und südosteuropäischen (MOE/SOE-) Länder und Österreich die wesentlichen Entwicklungstrends seit dem Jahr 2000 für die Bereiche:

- › Bevölkerung und demografische Entwicklung
- › Wirtschaftswachstum
- › Beschäftigung
- › Löhne und Produktivität
- › Produktionsstruktur
- › Aufholprozesse in anderen Bereichen

Der Fokus des Impulspapieres liegt dabei in einer überblicksmäßigen und nicht zu sehr ins Detail gehenden Darstellung dieser Themen, um ein knappes, aber doch konsistentes Lagebild der aktuellen Trends und damit einen Anstoß für weitere Diskussionen bzw. Forschung zu geben. Zusätzlich zu den oben erwähnten Themen, die vor allem den wirtschaftlichen Aufholprozess der MOE/SOE-Länder abbilden sollen, werden in weiterer Folge zusätzliche Themenbereiche – Governance, Forschung und Technologie, Ausbildung, Umwelt und Energie, Gesundheit – kurz analysiert, um darzustellen, dass die (notwendigen) Aufholprozesse in den MOE/SOE-Länder nicht nur auf wirtschaftliche Entwicklungen beschränkt sind.

3.1. BEVÖLKERUNG UND DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG

Der Untersuchungsraum des Impulspapiers umfasst insgesamt 15 Länder, nämlich Österreich und die unmittelbaren Nachbarländer Österreichs (Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) sowie die übrigen Länder des (erweiterten) Donauraums: Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien und Ukraine. Ohne Österreich umfasst damit der Untersuchungsraum (inklusive Ukraine) im Jahr 2014 eine Gesamtbevölkerung von über 156 Mio. Einwohnern. Wird die Ukraine aufgrund ihrer geringen Bedeutung für den Donauraum sowie ihrer geografischen Bevölkerungsverteilung herausgenommen, umfassen die übrigen Länder noch immer 113 Mio. Einwohner (siehe Tabelle 2), d.h. 1,4mal die Bevölkerung Deutschlands, Österreichs wichtigstem Wirtschaftspartners. Dies unterstreicht die potenzielle Bedeutung der MOE/SOE-Länder für Österreich. Von diesen 113 Mio. Einwohnern entfallen rund ein Viertel (ca. 28 Mio.) auf die unmittelbaren Nachbarländer Österreichs und drei Viertel (ca. 85 Mio.) auf die übrigen MOE/SOE-

Länder, unter denen Polen mit 38 Mio. Einwohnern den größten Anteil hat, gefolgt von Rumänien mit rund 20 Mio. Einwohnern.

Unter all den Ländern im Untersuchungsraum wuchs die Bevölkerung seit 2000 am stärksten in Österreich, um ca. 0,46% jährlich oder rund 500 Tsd. Einwohner in absoluten Zahlen. Demgegenüber stehen stark unterschiedliche Trends in den MOE/SOE-Ländern. Während in den unmittelbaren Nachbarländern mit der Ausnahme Ungarns die Bevölkerung leicht stieg (ebenso wie in Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Montenegro), verzeichneten andere Länder einen starken, teilweise emigrationsbedingten Rückgang. So fiel die Bevölkerung in Bulgarien seit 2000 um ca. 950 Tsd. Einwohner oder um -0,88% pro Jahr, in Rumänien um 2,5 Mio. (-0,85% pro Jahr) und in der Ukraine um über 6 Mio. (-0,95% pro Jahr).

Tabelle 2 / Bevölkerung in Österreich und den MOE/SOE-Ländern, in Tsd.

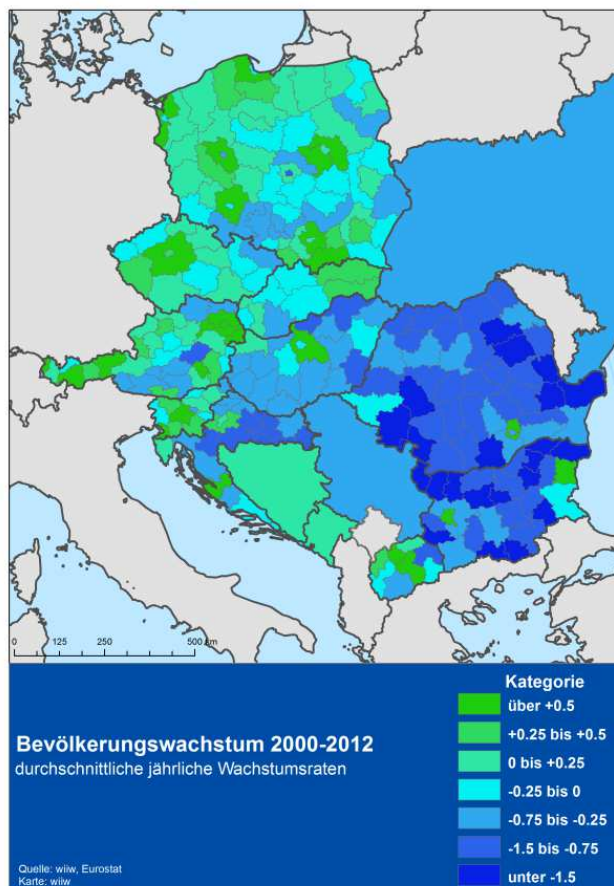
	2000	2014	Jährliche Wachstumsrate 2000-2014
Österreich	8.012	8.544	0,46
Tschechien	10.272	10.525	0,17
Slowakei	5.389	5.419	0,04
Ungarn	10.211	9.863	-0,25
Slowenien	1.989	2.062	0,26
Nachbarländer	27.861	27.869	0,00
Bosnien und Herzegowina	3.781	3.826	0,08
Bulgarien	8.170	7.224	-0,88
Kosovo	.	1.813	,
Kroatien	4.468	4.236	-0,38
Mazedonien	2.026	2.067	0,14
Montenegro	605	622	0,20
Polen	38.454	38.487	0,01
Rumänien	22.443	19.904	-0,85
Serbien	7.516	7.132	-0,37
Ukraine	49.177	43.001	-0,95
Übrige MOE/SOE-Länder	136.640	128.313	-0,45
Übrige MOE/SOE-Länder (ohne Ukraine)	87.463	85.311	-0,18
EU28	487.968	509.457	0,31

Quelle: Eurostat, wiw.

Die Bevölkerungsentwicklung auf der regionale NUTS-3-Ebene spiegelt, vor allem in Bulgarien und Rumänien, deutlich die nationale Bevölkerungsentwicklung wider. So zeigt Grafik 1, dass der massive Bevölkerungsrückgang in beiden Ländern mehr oder weniger in allen Regionen stattfand. Insbesondere die ländlichen Regionen in beiden Ländern verzeichneten eine Bevölkerungsabnahme von durchschnittlich mehr als 1,5% pro Jahr über die Periode 2000-2012. Lediglich insgesamt 3 Regionen in den beiden Ländern verzeichneten in derselben Periode ein Bevölkerungswachstum. In Bulgarien waren das die Hauptstadtregion Sofia sowie die Region um Varna, in Rumänien die Umlandregion (Ilfov) um Bukarest, allerdings nicht Bukarest selbst, das ebenso wie andere rumänische Regionen einen Bevölkerungsrückgang verzeichnete. Dieses Muster, nach dem urbane Regionen Bevölkerung verlieren, die Umlandregionen um diese urbanen Zentren aber Bevölkerung gewinnen, findet sich interessanterweise auch in Polen, Ungarn und der Slowakei, nicht aber in Tschechien, Slowenien oder Kroatien. Nichtsdestoweniger zeigt sich aber in allen Ländern eine starke Bevölkerungsverlagerung zu

Gunsten der urbanen Zentren (der größeren Städte und/oder ihrem Umland), während andere Regionen zum Großteil Bevölkerung verlieren.

Grafik 1 / Bevölkerungswachstum auf NUTS-3-Ebene 2000-2012



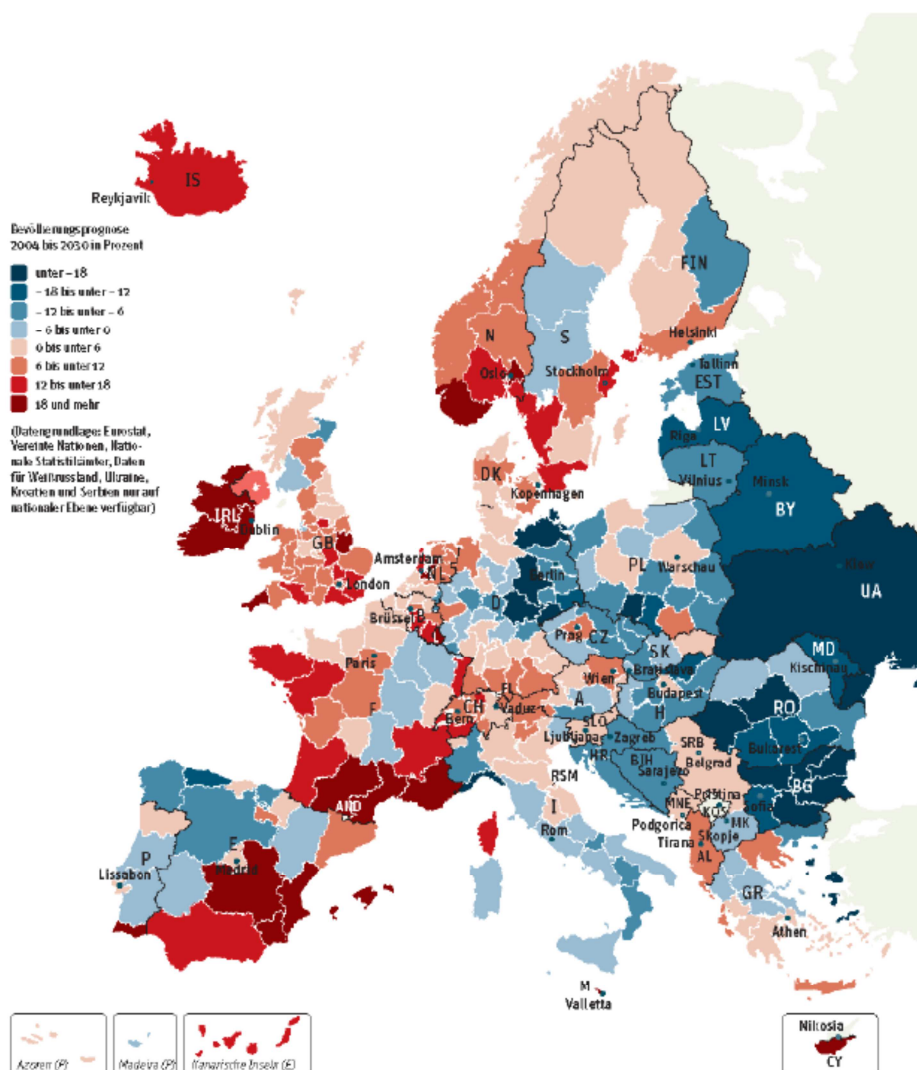
Quelle: Eurostat, wiiw.

3.1.1. Gesamteuropäische demografische Perspektive

Die demografische Entwicklung in den Ländern und Regionen spiegelt zu einem guten Teil ihre wirtschaftliche Dynamik wider. Wirtschaftlich prosperierende Regionen ziehen ZuwanderInnen an, die sich bessere Lebenschancen, Arbeitsplätze, sozialen Aufstieg erhoffen. Gleichzeitig geht in den Herkunftsregionen teilweise gut ausgebildetes Potenzial für deren wirtschaftliche Entwicklung verloren, wodurch die Entwicklungsperspektiven in diesen Ländern geschwächt werden. Diese „Abstimmung mit den Füßen“ kann auch in den Zuwanderungsländern zu Problemen führen:

- › Überlastung des Arbeitsmarktes
- › Herausforderungen für die Wohnungs- und Infrastrukturpolitik
- › Integrationsprobleme der ZuwanderInnen

Grafik 2 / Bevölkerungsentwicklung in Europa 2004-2030



Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008), Die demografische Zukunft von Europa – Wie sich die Regionen verändern.

In den aktuellen Prognosen wird für die Europäische Union eine positive Bevölkerungsentwicklung von 2011 bis 2030/2050 erwartet (+ 2%/+ 3,4%, Eurostat 2014). Für die MOE/SOE-Länder ist zwischen 2011 und 2030 mit einem Rückgang um 2-3% zu rechnen (ohne Serbien, Kosovo). Mit Ausnahme von Tschechien, Slowenien und Albanien wird für alle anderen Länder ein Rückgang erwartet (siehe auch Grafik 2). Der Rückgang speist sich aus einer Kombination von negativer Geburtenbilanz und Abwanderung. Besonders starke Rückgänge werden in Bulgarien (-12%), Rumänien (-5,9%), Kroatien (-4,6%) und Bosnien-Herzegowina (-6,4%) erwartet. Alle Länder sind mit einem starken Alterungsprozess der Gesellschaft konfrontiert. Die MOE/SOE-Länder weisen nicht nur niedrige Fertilitätsraten auf (z. B. 2012: Polen: 1,3, Slowakei, Ungarn: 1,34, Serbien, Tschechien: 1,45, Bulgarien: 1,50, Kroatien, Mazedonien: 1,51, Rumänien: 1,53), die nicht zur Reproduktion der Bevölkerung reichen, sondern auch kaum Zuwanderung. Die Ausländeranteile in diesen Ländern sind außerordentlich gering (z. B. 2013: Slowenien: 4,4%, Tschechien: 4,0%, Ungarn: 1,4%, Slowakei: 1,3%;

zum Vergleich: Österreich: 12,5%). Bei wachsenden wirtschaftlichen Divergenzen ist mit weiter anhaltenden Wanderungsströmen zu den wirtschaftlich stärkeren Regionen zu rechnen.

3.2. NATIONALES UND REGIONALES WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Das zentrale Maß für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand eines Landes bzw. einer Region ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Während die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes üblicherweise durch das absolute BIP zu konstanten Preisen gemessen wird, wird der Wohlstand eines Landes oder einer Region anhand des BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten bestimmt. Bezüglich letzterem zeigt Tabelle 3 die Entwicklung des Wohlstands im Untersuchungsraum seit 2000, wobei das BIP/Kopf in Prozent des EU28-Durchschnitts angegeben ist. Insgesamt zeigen die Zahlen eine starke Differenzierung des Wohlstandsniveaus. Obwohl seit 2000 ein leichter Rückgang auszumachen ist, liegt Österreich 2014 im BIP/Kopf noch deutlich (um 40 Prozentpunkte oder mehr) vor allen anderen MOE/SOE-Ländern. Gleichzeitig weisen Österreichs unmittelbare Nachbarländer deutlich höhere Wohlstandsniveaus auf als die übrigen Länder im Beobachtungsraum. Dies betrifft insbesondere Tschechien, die Slowakei und Slowenien, deren BIP/Kopf im Jahr 2014 bei rund 80% des EU-Durchschnitts liegt, während Ungarns BIP/Kopf bei rund 68% liegt und damit eine ähnliche Größe wie Polen aufweist. Bemerkenswert ist hier vor allem der Fortschritt der Slowakei, deren BIP/Kopf sich im Jahr 2000 noch rund bei der Hälfte des EU-Durchschnitts befand, sich aber aufgrund eines starken Wirtschaftswachstums rasant entwickelte. Im Gegensatz dazu steht Slowenien, dessen BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten von 2000 bis 2014 lediglich um rund 3 Prozentpunkte zunahm.

Tabelle 3 / BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, in % des EU28-Durchschnitts

	2000	2007	2010	2014	2000-2014
Österreich	131,1	123,3	126,5	127,4	-3,8
Tschechien	71,9	83,7	81,4	83,6	11,6
Slowakei	49,5	67,1	73,5	76,3	26,8
Ungarn	53,6	60,9	65,2	68,2	14,7
Slowenien	79,1	87,2	83,4	82,5	3,4
Bosnien und Herzegowina	19,9	25,2	26,9	27,4	7,5
Bulgarien	28,1	41,1	44,7	45,6	17,6
Kosovo	.	22,1	23,3	25,9	.
Kroatien	49,0	61,2	58,9	58,4	9,4
Mazedonien	27,6	30,6	35,2	36,5	8,9
Montenegro	29,1	39,1	40,7	39,4	10,3
Polen	46,9	53,1	62,1	67,5	20,6
Rumänien	25,5	41,5	49,8	53,3	27,8
Serbien	25,5	32,9	35,6	35,0	9,5
Ukraine	15,8	21,7	22,5	24,1	8,3

Quelle: Eurostat, wiiw.

Bezüglich Wohlstandsentwicklung stechen bei den übrigen MOE/SOE-Ländern besonders Polen und Rumänien hervor, deren BIP/Kopf von 2000 bis 2014 um rund 21 bzw. 28 Prozentpunkte anstieg und damit im Jahr 2014 bei rund 67% bzw. 50% des EU-Durchschnitts liegt. Gleichzeitig zeigen die Zahlen den enormen Aufholbedarf der EU-Mitglieder (Bulgarien, Kroatien und Rumänien) und viel mehr noch der Westbalkanstaaten, deren BIP/Kopf im Jahr 2014 lediglich zwischen rund 26% und 40% des EU-Durchschnitts liegt. Zieht man die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder über die letzten Jahre in

Betracht – über die letzten 14 Jahre näherte sich das BIP/Kopf dieser Länder um 7 bis 10 Prozentpunkte dem EU-Durchschnitt an –, so kann davon ausgegangen werden, dass dieser Aufholprozess mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Der mehr oder weniger starke Aufholprozess der MOE/SOE-Länder spiegelt sich in den realen BIP-Wachstumsraten wider (Tabelle 4). Über die gesamte Periode 2000-2014 wuchs das reale BIP in allen MOE/SOE-Nachbarländern stärker als in Österreich und der EU-28, allerdings waren die Wachstumsdifferenziale zu Österreich stark unterschiedlich. So war das Wirtschaftswachstum in Kroatien lediglich um jährlich 0,1%, in Ungarn und Slowenien um jährlich 0,4% bzw. 0,5% und in Tschechien um 1% höher als in Österreich, während in der Slowakei, Bulgarien, Polen und Rumänien das Wachstumsdifferential jährlich zumindest 2% ausmachte und damit eine relative starke Konvergenzbewegung gewährleistete.

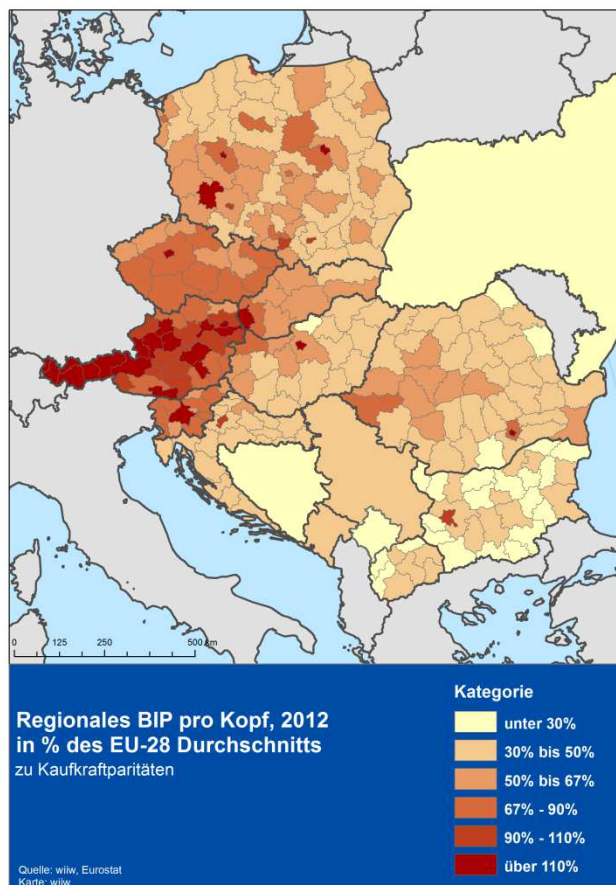
Tabelle 4 / Reale BIP-Wachstumsraten, jährlicher Durchschnitt

	2000-2014	2000-2007	2008-2010	2010-2014
Österreich	1,4	2,2	-0,1	1,1
Tschechien	2,4	4,6	0,0	0,6
Slowakei	4,1	6,3	1,6	2,1
Ungarn	1,8	3,7	-1,7	1,4
Slowenien	1,9	4,4	-1,2	0,0
Bosnien und Herzegowina	2,8	4,7	1,1	0,8
Bulgarien	3,5	6,2	0,4	1,2
Kosovo	.	.	4,7	3,0
Kroatien	1,5	4,6	-2,4	-1,0
Mazedonien	2,7	3,1	2,8	2,1
Montenegro	3,0	4,7	1,1	1,4
Polen	3,6	4,1	3,4	2,8
Rumänien	3,7	6,2	0,0	2,0
Serbien	3,2	6,0	0,9	0,3
Ukraine	2,9	7,7	-3,3	-0,4
EU28	1,2	2,3	-0,6	0,7

Quelle: Eurostat, wiiv.

Die Daten zeigen auch, dass die Wirtschaftskrise 2008 eine wesentliche Zäsur für den Wachstumsprozess der meisten Länder des Untersuchungsraums darstellte. Während bis 2007 die jährlichen Wachstumsraten mit der Ausnahme von Ungarn und Mazedonien zwischen 4% und 6,3% lagen (ohne Ukraine, im Vergleich Österreich 2,2%) und damit auch den Annahmen des Preparity-Projektes entsprachen, führte die Wirtschaftskrise in allen Ländern mit der leichten Ausnahme von Polen zu einem Einbruch des Wachstums- und teilweise auch des Konvergenzpfades. Besonders beunruhigend hinsichtlich einer wirtschaftlichen Konvergenz sind die Wachstumsraten nach der Krise, in der Periode 2010-2014. In einigen Länder – Tschechien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien – war das jährliche Wirtschaftswachstum geringer als in Österreich (in Kroatien sogar negativ), was gleichbeutend mit einer Divergenz dieser Länder ist. In den meisten anderen Ländern war das Wachstumsdifferential zu Österreich zwar positiv, aber minimal, sodass ihr Aufholprozess stark verlangsamt wurde.

Grafik 3 / Regionales BIP pro Kopf zu KKP 2012, in % des EU28-Durchschnitts, NUTS-3-Ebene



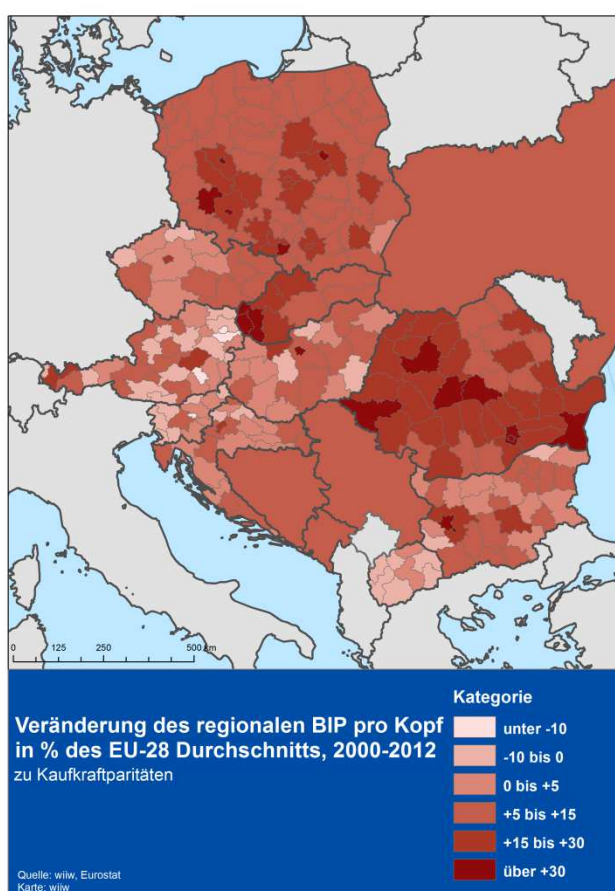
Quelle: Eurostat, wiiw.

Betrachtet man das Niveau und die Entwicklung des BIP/Kopf auf regionaler (NUTS-3-) Ebene, wird deutlich, dass sowohl das Wohlstandsniveau als auch der Aufholprozess in den MOE/SOE-Ländern sehr stark auf die urbanen Regionen konzentriert ist bzw. war, während ländlichere Regionen in beiden Aspekten teilweise enorme Defizite aufweisen. Grafik 3 illustriert das Wohlstandsgefälle innerhalb jedes MOE/SOE-Landes sehr deutlich anhand des regionalen BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten¹⁴. Abgesehen von der enormen Wohlstandsdominanz der urbanen Gebiete – so liegt das BIP pro Kopf für die meisten urbanen Gebiete v.a. in den EU-Mitgliedstaaten der MOE/SOE-Länder nahe am oder (teilweise weit) über dem durchschnittlichen BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten, während in ländlichen Regionen, v.a. in Rumänien und Bulgarien, das BIP/Kopf lediglich ein Viertel des EU-Durchschnitts beträgt – gibt es in vielen Ländern, z.B. Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien, ein starkes West-Ost-Gefälle in der wirtschaftlichen Entwicklung. So zählen insbesondere die Grenzregionen zu Österreich in Tschechien (Brno), der Slowakei (Bratislava und Trnava) und Ungarn (Győr-Moson-Sopron, Vas, Zala) zu den relativ weiter entwickelten Regionen innerhalb ihrer Länder.

¹⁴ Aus Datenverfügbarkeitsgründen können für die meisten Westbalkanländer und die Ukraine keine BIP/Kopf-Zahlen auf regionaler Ebene gezeigt werden. Ebenfalls aus Datenverfügbarkeitsgründen kann das regionale BIP/Kopf auf der NUTS-3-Ebene nur für das Jahr 2012 konsistent angezeigt werden. Aktuellere Daten sind noch nicht für alle Länder verfügbar (Stand Mitte Februar 2016).

Die Konzentration des wirtschaftlichen Aufholprozesses auf die urbanen Regionen der MOE/SOE-Länder wird durch die Veränderung des regionalen (NUTS-3-) BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten von 2000-2012 in Grafik 4 dargestellt. Zwar zeigt diese Grafik, dass es in den meisten MOE/SOE-Regionen über das letzte Jahrzehnt zu einem wirtschaftlichen Aufholprozess kam, allerdings war dieser bei weitem am stärksten in den Hauptstadtregionen und anderen urbanen Regionen (in Polen und Rumänien). Dies führte dazu, dass alle MOE/SOE-Länder und -Regionen die wirtschaftliche Distanz zur EU verkürzten, allerdings gleichzeitig die Distanz zwischen urbanen und ruralen Regionen innerhalb der Länder beträchtlich zunahm.

Grafik 4 / Regionales BIP pro Kopf zu KKP, Veränderung 2000-2012, NUTS-3-Ebene



Quelle: Eurostat, wiiv.

Ähnliches für die gesamteuropäische Ebene zeigt Tabelle 5. Sie untergliedert die europäischen NUTS-3-Regionen (ohne Kroatien) einerseits in die 3 Ländergruppen EU-Nord, EU-Ost und EU-Süd und andererseits nach ihrem Grad der Urbanisierung in „urbane Regionen“, „intermediate Regionen“ und „rurale Regionen“¹⁵. Für jede Regionsgruppe wurde der bevölkerungsgewichtete Durchschnitt des

¹⁵ Die Einteilung der Regionen erfolgte auf Basis der Eurostat „Urban-rural typology“ (http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Urban-rural_typology). Dementsprechend sind „urbane Regionen“ Regionen, in denen der Anteil der Bevölkerung in ländlichen LAU2 (lokalen Verwaltungseinheiten) unter 15% liegt; in „intermediate Regionen“ liegt der Anteil der Bevölkerung in ruralen LAU2 zwischen 15% und 50%; in „ruralen Regionen“ ist dieser Anteil größer als 50%.

BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten für die Jahre 2000, 2008 und 2012 berechnet. Für alle Ländergruppen zeigt sich eine klare Wohlstandshierarchie, wobei die urbanen Regionen im Durchschnitt das höchste BIP/Kopf aufweisen, gefolgt von den „intermediate“ Regionen und zuletzt den ruralen Regionen. Die Zahlen machen auch deutlich, dass der wirtschaftliche Aufholprozess vorwiegend in den EU-Ost-Ländern stattfand; auch hierbei ist ersichtlich, dass dieser Prozess in den urbanen Regionen der EU-Ost-Länder deutlich stärker war als in anderen Regionen. Gleichzeitig wird allerdings auch der Entwicklungsrückstand der „intermediate“ und ruralen Regionen in den EU-Ost-Länder gegenüber ähnlichen Regionen in EU-West oder EU-Süd deutlich. So beträgt der BIP/Kopf-Abstand der intermediate Regionen als auch der ruralen Regionen in EU-West und EU-Ost im Jahr 2012 rund 46 Prozentpunkte. Obwohl die Differenzen damit deutlich geringer sind als Anfang des Jahrtausends, ist davon auszugehen, auch auf Basis der bisherigen Entwicklung, dass die vollständige oder annähernde Überbrückung dieser Abstände noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Tabelle 5 / BIP pro Kopf zu KKP, EU-NUTS-3-Regionen, Durchschnitt über Regionstypen

	Anzahl der NUTS-3- Regionen	2000	2008	2012	2000-2008	2000-2012
EU Nord						
Urbane Regionen	241	140,0	133,8	133,3	-6,2	-6,7
Intermediate	334	105,5	101,3	103,3	-4,2	-2,2
Rurale Regionen	258	95,2	90,4	93,1	-4,9	-2,1
EU Ost						
Urbane Regionen	27	72,7	99,0	108,1	26,4	35,4
Intermediate	72	39,6	52,0	57,2	12,4	17,6
Rurale Regionen	112	34,1	42,7	47,2	8,6	13,1
EU Süd						
Urbane Regionen	37	116,6	115,0	107,4	-1,5	-9,2
Intermediate	81	102,3	96,0	89,3	-6,4	-13,1
Rurale Regionen	122	85,0	82,1	76,3	-2,8	-8,6

Anmerkung: Bevölkerungsgewichteter Durchschnitt des BIP/Kopf.

Quelle: Eurostat, wiiw.

3.3. ARBEITSMARKT

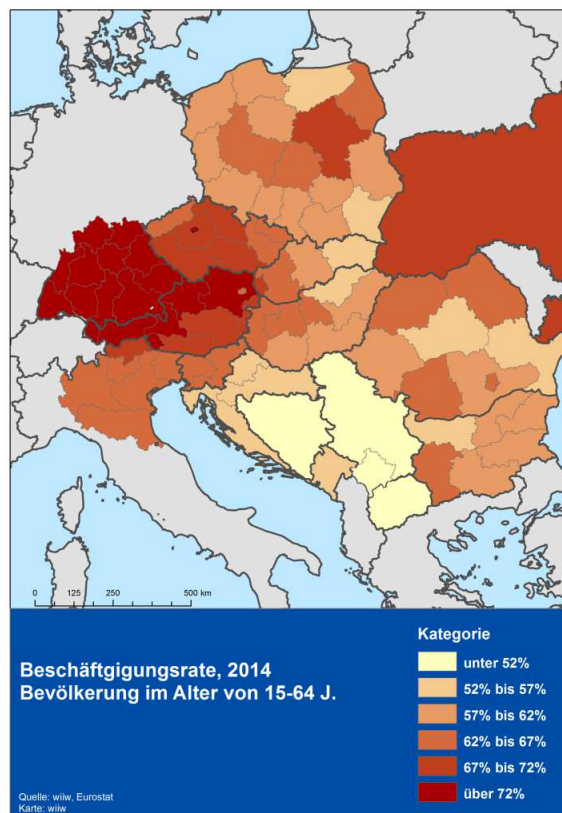
Die Arbeitsmärkte der Länder des Beobachtungsraums sind ähnlich stark differenziert wie ihre Wirtschaftsleistung. In Österreich betrug die Beschäftigungsrate (i.e. das Verhältnis der Zahl der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung 15 Jahre und älter) im Jahr 2014 57,3%. Im Vergleich lagen die Beschäftigungsraten in den unmittelbaren Nachbarländern sowie in Polen und Rumänien etwas darunter (zwischen rund 51% und 56%), waren aber damit etwa gleich oder sogar höher als der EU28-Durchschnitt. Deutliche Unterschiede dazu bestehen vor allem in Kroatien und den Westbalkanstaaten: so beträgt die Beschäftigungsrate im Jahr 2014 in Kroatien nur 43,3%, in Montenegro und Mazedonien 43,2% bzw. 41,2%. In Serbien, Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo lag die Beschäftigungsrate (teilweise deutlich) unter 40%.

Tabelle 6 / Beschäftigungsraten, Bevölkerung 15 Jahre und älter

	2000	2008	2014	2000-2014
Österreich	56,0	57,7	57,3	1,3
Tschechien	55,1	55,9	55,7	0,6
Slowakei	48,8	53,7	51,5	2,7
Ungarn	49,6	50,3	54,1	4,5
Slowenien	53,9	56,9	52,1	-1,8
Bosnien und Herzegowina	.	33,6	31,7	.
Bulgarien	40,6	50,8	48,0	7,4
Kosovo	.	24,1	26,9	.
Kroatien	42,6	44,4	43,3	0,7
Mazedonien	35,8	37,3	41,2	5,4
Montenegro	48,7	42,3	43,2	-5,5
Polen	47,5	50,4	51,2	3,7
Rumänien	59,0	51,4	51,1	-7,9
Serbien	50,1	44,4	39,7	-10,4
Ukraine	55,8	59,3	56,6	0,8
EU28	.	53,4	51,7	.

Quelle: Eurostat, wiiv.

Grafik 5 / Regionale Beschäftigungsraten 2014, Bevölkerung 15-64 Jahre



Quelle: Eurostat, wiiv.

Gleichzeitig findet sich auch innerhalb der Länder eine starke regionale Differenzierung der Beschäftigungslage (siehe Grafik 5), wobei wiederum die Hauptstadtregionen bzw. urbane Regionen

sowie tendenziell auch die unmittelbaren Nachbarregionen Österreichs höhere Beschäftigungsraten aufweisen als andere Regionen.

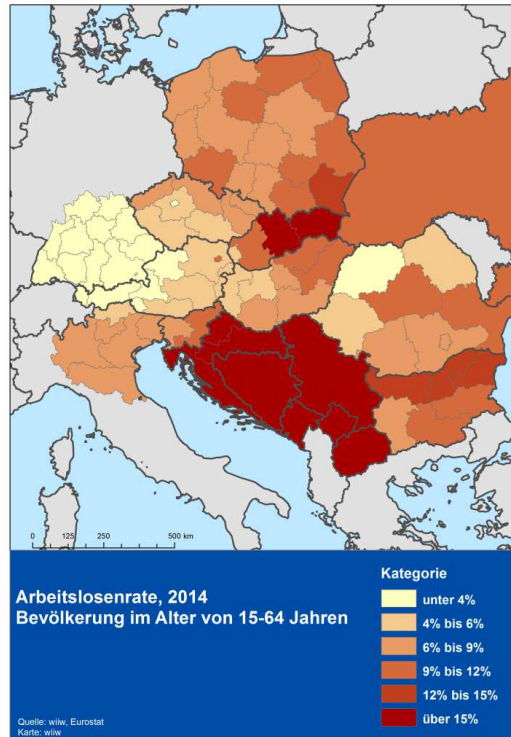
Die Dynamik der Arbeitsmärkte im Beobachtungsraum seit 2000 war ebenfalls von starken Unterschieden geprägt. Während es in einigen Ländern zu einem starken Anstieg der Beschäftigungsrate kam (Slowakei, Ungarn, Bulgarien, Mazedonien und Polen), verzeichneten andere Länder (Rumänien, Montenegro und Serbien) teils dramatische Einbußen. Für einige Länder stellte darüber hinaus auch die Wirtschaftskrise eine entscheidende Zäsur in der Arbeitsmarktentwicklung dar und unterbrach bzw. revidierte teilweise die positiven Entwicklungen von 2000 bis 2008 (z.B. Slowakei und Slowenien).

Die Arbeitslosenraten zeigen sowohl auf Länderebene (Tabelle 7) als auch auf regionaler Ebene (Grafik 6) eine ähnliche Differenzierung und Dynamik wie die Beschäftigungsraten, wobei hierbei einerseits die extrem hohen Arbeitslosenraten in den Westbalkanstaaten hervorzuheben sind (zwischen 18% und 35%) und andererseits die negative Dynamik in Ungarn, Slowenien und Kroatien, wo die Arbeitslosenraten seit 2000 gestiegen anstatt wie anderswo gefallen sind.

Tabelle 7 / Arbeitslosenraten, Bevölkerung 15 Jahre und älter

	2000	2008	2014	2000-2014
Österreich	4.7	4.1	5.6	0.9
Tschechien	8.8	4.4	6.1	-2.7
Slowakei	18.8	9.5	13.2	-5.6
Ungarn	6.4	7.8	7.7	1.3
Slowenien	7.0	4.4	9.7	2.7
Bosnien und Herzegowina	.	23.4	27.5	.
Bulgarien	16.9	5.6	11.4	-5.5
Kosovo	.	47.5	35.3	.
Kroatien	16.1	8.4	17.3	1.2
Mazedonien	32.3	33.8	28.0	-4.3
Montenegro	19.3	17.2	18.0	-1.3
Polen	16.1	7.1	9.0	-7.1
Rumänien	6.9	5.8	6.8	-0.1
Serbien	12.1	13.6	18.9	6.8
Ukraine	11.6	6.4	9.3	-2.3
EU28	.	7.0	10.2	.

Quelle: Eurostat, wiiw.

Grafik 6 / Regionale Arbeitslosenraten 2014, Bevölkerung 15-64 Jahre

Quelle: Eurostat, wiiw.

3.4. LÖHNE UND PRODUKTIVITÄT

Die großen Lohnunterschiede zwischen Österreich und seinen MOE/SOE-Nachbarländern werden oft dazu verwendet, Österreichs Wettbewerbsfähigkeit in Frage zu stellen (trotz konstanter Leistungsbilanzüberschüsse¹⁶). Wie in Tabelle 8 zu sehen ist, sind im Jahr 2014 die Lohnunterschiede (in Euro) noch immer sehr groß. Gerade einmal in Slowenien entsprechen die Löhne 50% des österreichischen Niveaus, während in allen anderen Ländern, auch in den unmittelbaren Nachbarländern, das Lohnniveau kaum über ein Drittel des österreichischen Niveaus hinausgeht. Allerdings zeigt Tabelle 8 auch, dass seit 2004 die Löhne in allen MOE/SOE-Ländern stärker gestiegen sind als in Österreich, wodurch sich die relative Lohnsituation für Österreich über die Zeit verbessert hat.

Abgesehen davon ist für eine Einschätzung der Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber den MOE/SOE-Ländern auch ein Vergleich des Lohnwachstums mit dem Produktivitätswachstum heranzuziehen (siehe Tabelle 9, zum Vergleich siehe Grafik 7).

Dabei zeigt sich, dass zwar alle MOE/SOE-Länder (mit Ausnahme Kroatiens) im Zuge ihres wirtschaftlichen Aufholprozesses über die letzten zehn Jahre ein höheres Produktivitätswachstum als Österreich ausweisen konnten. Gleichzeitig verzeichneten die meisten Länder aber auch ein um ein Vielfaches höheres Bruttolohnwachstum in Euro in derselben Zehnjahresperiode. Bei längerfristiger

¹⁶ Siehe z.B. OeNB (2015), „Gute Entwicklung im Tourismus federt Rückgang in Leistungsbilanz ab“, Presseaussendung 08.05.2015, Oesterreichische Nationalbank, Wien.

Fortsetzung dieses Trends ist es wahrscheinlich, dass die österreichische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den MOE/SOE-Ländern erhalten bleibt¹⁷.

Tabelle 8 / Durchschnittliche Bruttomonatslöhne, in EUR

	Absolut			In % der österreichischen Löhne		
	2004	2014	Wachstum 2004-2014	2004	2014	Veränderung 2004-2014
Österreich	2337	2943	2.3	100.0	100.0	0.0
Tschechien	548	933	5.5	23.4	31.7	8.3
Slowakei	395	840	7.8	16.9	28.5	11.6
Ungarn	578	770	2.9	24.7	26.2	1.4
Slowenien	1119	1540	3.2	47.9	52.3	4.4
Bosnien und Herzegowina	382	659	5.6	16.4	22.4	6.0
Bulgarien	150	423	11.0	6.4	14.4	8.0
Kosovo	182	416	8.6	7.8	14.1	6.3
Kroatien	798	1042	2.7	34.2	35.4	1.3
Mazedonien	339	508	4.1	14.5	17.3	2.8
Montenegro	303	723	9.1	13.0	24.6	11.6
Polen	502	906	6.1	21.5	30.8	9.3
Rumänien	202	513	9.8	8.6	17.4	8.8
Serbien	283	524	6.4	12.1	17.8	5.7
Ukraine	89	221	9.5	3.8	7.5	3.7

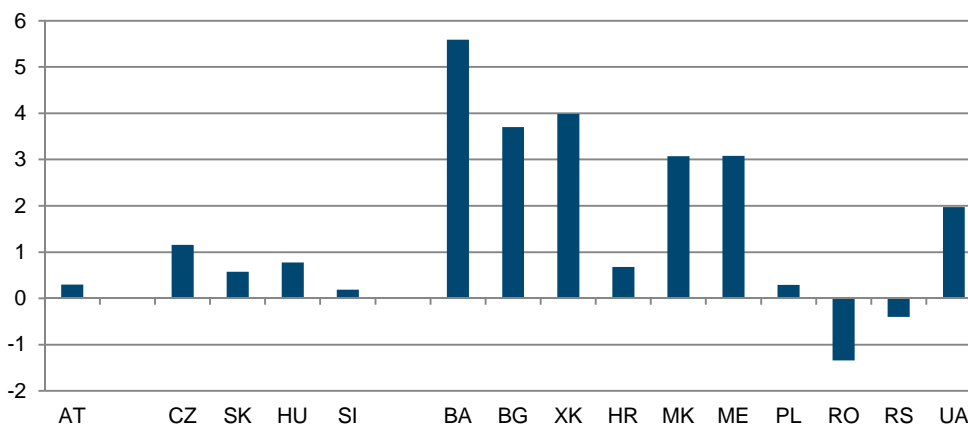
Quelle: Eurostat, wiiw.

Tabelle 9 / Produktivität nominell (BIP pro Beschäftigte), in Tsd. EUR

	Absolut			In % von Österreich		
	2004	2014	Wachstum 2004-2014	2004	2014	Veränderung 2004-2014
Österreich	63.1	77.1	2.0	100.0	100.0	0.0
Tschechien	19.9	30.3	4.3	31.5	39.3	7.8
Slowakei	16.9	34.0	7.2	26.8	44.1	17.3
Ungarn	19.9	24.6	2.1	31.6	31.9	0.3
Slowenien	29.7	40.1	3.1	47.1	52.0	4.9
Bosnien und Herzegowina	.	17.2			22.3	.
Bulgarien	6.2	12.4	7.2	9.8	16.1	6.3
Kosovo	10.9	17.2	4.6	17.4	22.3	5.0
Kroatien	22.4	27.4	2.0	35.5	35.5	0.0
Mazedonien	9.9	10.9	1.1	15.8	14.2	-1.6
Montenegro	8.9	16.0	6.0	14.1	20.7	6.6
Polen	14.9	26.1	5.8	23.6	33.9	10.3
Rumänien	6.5	16.8	11.1	10.3	21.8	11.5
Serbien	6.8	13.1	6.8	10.8	17.0	6.2
Ukraine	2.7	5.5	7.5	4.2	7.1	2.9

Quelle, Eurostat, wiiw.

¹⁷ Siehe dazu auch: Holzner, M. (2015), „Aufwind im Westen Mittel-, Ost- und Südosteuropas: Wichtige Wachstumsimpulse für Österreich“, *wiiw Forschungsbericht* No. 1, Juli.

Grafik 7 / Differenz zwischen durchschnittlichen Lohn- und Produktivitätswachstumsraten 2004-2014

Quelle, Eurostat, wiiv.

3.5. WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Eine zentrale Ursache (neben den Unterschieden in der Produktivität) für die starken wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Differenzen der MOE/SOE-Länder und Österreichs liegt in den Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur der Länder (siehe Tabelle 10).

Tabelle 10 / Wirtschaftsstruktur, 2013; Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung

	Land- wirtschaft	Bergbau, Energie, Wasser	Verarbeitende Industrie	Bau- wirtschaft	Business- Dienstleist.	Andere Dienstleist.
Österreich	1,4	3,4	18,5	6,4	26,9	43,4
Tschechien	2,7	6,2	24,9	5,8	25,2	35,3
Slowakei	4,0	4,9	20,3	7,8	24,7	38,4
Ungarn	4,6	3,4	22,6	4,1	26,7	38,7
Slowenien	2,1	4,5	22,5	5,3	25,0	40,6
Bosnien und Herzegowina	8,0	8,8	12,8	4,5	19,9	46,0
Bulgarien	5,5	8,2	14,9	4,8	29,2	37,4
Kosovo	14,4	7,1	13,2	7,9	18,9	38,5
Kroatien	4,4	7,1	14,1	5,4	29,6	39,4
Mazedonien	11,5	5,9	11,4	8,2	24,4	38,7
Montenegro	9,8	9,4	4,9	4,5	23,0	48,4
Polen	3,2	7,0	17,9	7,4	20,7	43,8
Rumänien	6,1	5,6	23,0	8,0	26,4	30,9
Serbien	9,4	7,5	19,1	5,1	24,0	35,0
Ukraine	10,0	0,0	12,8	2,9	20,4	43,7

Quelle: Eurostat, wiiv.

Auf der einen Seite befinden sich hochindustrialisierte Länder, darunter die unmittelbaren Nachbarländer Österreichs als auch Rumänien mit einem Wertschöpfungsanteil der verarbeitenden Industrie von 20% bis 25% (an der Gesamtbruttowertschöpfung), während sich auf der anderen Seite zum Teil landwirtschaftlich geprägte Länder mit geringem Industrialisierungsgrad (zwischen 5% und 15%)

befinden, darunter alle Westbalkanländer (mit der Ausnahme Serbiens) sowie Bulgarien. Österreich und Polen befinden sich in etwa in der Mitte dieser zwei Ländergruppen.

Dazu kommen bedeutende Unterschiede innerhalb der verarbeitenden Industrie (siehe Tabelle 11). So ist die Industrie in Österreichs unmittelbaren Nachbarländern sehr stark von Branchen in hochtechnologischen oder mittel-hochtechnologischen Bereichen geprägt (im Fahrzeug und Maschinenbau, aber auch bei pharmazeutischen Erzeugnissen), während in den anderen MOE/SOE-Ländern niedrigtechnologische Branchen (Nahrungsmittel, Textilien und Bekleidung) dominieren.

Wie die Erfahrung zeigt, waren das Wiedererstarken alter Industrien bzw. die Schaffung neuer (höchertechologischer) Industrien zentrale Punkte im Aufholprozess der unmittelbaren Nachbarländer Österreichs, wobei diese „industrielle Renaissance“ fast ausschließlich durch Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen ermöglicht wurde (siehe dazu Grafik 27 und Tabelle 33 im Anhang). Interessanterweise ist allerdings zu beobachten, dass die gesamte Direktinvestitionsquote (gemessen am BIP) als auch die Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie in den Westbalkanländern nicht viel geringer und teilweise sogar höher ist als in den unmittelbaren Nachbarländern Österreichs. Allerdings unterscheidet sich die Investitionsstruktur deutlich, da ein Großteil der Investitionen in den Westbalkanländern in niedrigtechnologische Bereiche floss.

Aus österreichischer Sicht bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil der sogenannten Business-Dienstleistungen¹⁸ in vielen MOE/SOE-Ländern. Dieser Bereich wurde zu Beginn des Jahrtausends noch als eine Schwachstelle der MOE/SOE-Länder und damit als Marktchance für Österreich angesehen, hat aber seitdem einen starken Aufschwung erfahren und nimmt in fast allen Ländern eine ähnlich wichtige Rolle in der Wertschöpfung ein wie in Österreich.

3.6. ANDERE INDIKATOREN

Wiewohl aus österreichischer Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern die wahrscheinlich größte Bedeutung zuzumessen ist, zumal der Aufholprozess der MOE/SOE-Länder direkte Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft und Arbeitsmärkte hat, darf nicht vergessen werden, dass dieser MOE/SOE-Aufholprozess bzw. -bedarf sich nicht nur auf ökonomische Bereiche, sondern auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Aspekte bezieht. Dazu ist auch zu bemerken, dass zwischen diesen Aspekten und dem wirtschaftlichen Aufholprozess wichtige Wechselwirkungen bestehen, da einerseits gesellschaftliche Veränderungen Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung haben und andererseits der gesellschaftliche Status quo auch durch die wirtschaftliche Situation bzw. das Wohlstandsniveau bestimmt wird.

Aus diesem Grund werden hier aus der Fülle der möglichen Aspekte einige Punkte exemplarisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, dargestellt, um zu illustrieren, dass der Aufholprozess bzw. -bedarf der MOE/SOE-Länder weit über ökonomische Aspekte hinausgeht. Konkret werden folgende Themen kurz analysiert: a) Governance, b) Forschung, Technologieinfrastruktur, Ausbildung, c) Energie und Umwelt, und d) Gesundheitswesen.

¹⁸ Business-Dienstleistungen umfassen: Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Immobilien, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, private Verwaltungsdienstleistungen.

Tabelle 11 / Struktur der Industriebranchen, 2013

	AT	CZ	SK	HU	SI	BG	HR	MK	PL	RO	RS	UA
Verarbeitende Industrie gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Hochtechnologie-intensive Industrien	9,3	7,8	4,5	15,5	16,3	5,3	10,2	6,6	4,3	4,8	4,5	3,2
<i>Pharmazeutische Erzeugnisse</i>	3,9	1,8	0,2	6,7	12,9	2,7	6,9	6,4	1,9	0,9	2,3	2,4
<i>Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse</i>	5,5	6,0	4,3	8,8	3,4	2,6	3,3	0,3	2,5	3,9	2,2	0,9
Medium-hochtechnologische Industrien	34,4	41,0	33,9	39,3	29,9	20,1	15,6	15,6	24,8	20,5	15,9	12,3
<i>Chemische Erzeugnisse</i>	3,8	3,2	2,8	3,8	5,4	4,3	3,5	1,4	5,2	2,7	3,8	4,0
<i>Elektrische Ausrüstungen</i>	7,8	7,8	5,5	4,3	9,5	4,8	3,9	4,3	4,2	4,3	2,5	2,2
<i>Maschinenbau</i>	14,1	10,3	7,3	13,1	6,6	7,4	4,6	9,3	5,1	3,8	3,4	3,0
<i>Kraftwagen und Kraftwagenteile</i>	7,0	17,5	17,5	17,4	8,0	2,6	0,7	0,6	8,0	7,4	5,8	2,9
<i>Sonstiger Fahrzeugbau</i>	1,5	2,2	0,8	0,7	0,4	1,0	2,8	0,1	2,2	2,3	0,4	0,1
Medium-niedrigtechnologische Industrien	30,4	31,1	38,4	25,3	32,7	27,9	25,9	28,7	36,0	29,5	36,1	31,3
<i>Kokerei und Mineralölverarbeitung</i>	0,1	0,2	1,4	4,4	0,0	2,0	0,0	2,2	4,4	7,7	13,2	-2,1
<i>Gummi- und Kunststoffwaren</i>	4,2	7,4	8,5	6,2	6,8	3,5	3,9	3,2	7,2	4,3	6,9	4,1
<i>Glas und Glaswaren, Keramik</i>	4,6	4,6	3,7	3,1	3,7	5,8	6,1	8,6	5,6	3,2	3,9	6,2
<i>Metallerzeugung und -bearbeitung</i>	6,7	3,5	6,1	2,3	4,1	6,0	1,4	8,1	2,9	4,4	1,8	7,6
<i>Metallerzeugnisse</i>	10,3	11,0	14,2	7,0	14,0	7,4	11,0	5,3	11,0	5,3	8,9	13,7
<i>Reparatur und Installation</i>	4,5	4,4	4,4	2,4	4,2	3,1	3,5	1,3	5,0	4,5	1,4	1,9
Niedrigtechnologische Industrien	25,9	20,2	23,2	19,9	21,1	46,7	48,4	49,1	34,8	45,3	43,5	53,2
<i>Nahrungs- und Futtermittel, Getränke, Tabak</i>	10,1	8,9	7,0	10,5	6,7	22,9	29,6	19,9	17,5	25,2	26,8	23,3
<i>Textilien, Bekleidung, Leder</i>	2,0	2,5	4,1	2,2	3,4	13,7	6,6	21,1	3,4	10,7	7,0	12,6
<i>Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren</i>	3,9	2,3	4,9	1,1	3,1	1,7	3,5	1,2	3,6	3,6	2,1	7,5
<i>Papier, Pappe</i>	3,2	1,5	2,3	1,6	2,4	2,7	1,9	1,5	3,1	0,6	2,3	2,5
<i>Druckerzeugnisse; Ton-, Bild- und Datenträger</i>	1,8	1,4	1,3	1,3	1,9	2,0	3,2	2,5	1,9	1,6	1,8	2,4
<i>Möbel, Sonstiges</i>	4,9	3,6	3,7	3,2	3,6	3,7	3,6	2,9	5,4	3,6	3,5	4,9

Anmerkung: keine Daten für: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro; Daten für Polen für das Jahr 2012.

Quelle: Eurostat, wiw.

3.6.1. Governance

Governance-Aspekte erfahren in der regionalpolitischen Debatte (insbesondere auf EU-Ebene) zunehmend mehr Aufmerksamkeit, zumal viele Studien den positiven Zusammenhang zwischen einer hohen Governance-Qualität und dem Wohlstand bzw. Wohlergehen der Bevölkerung eines Landes oder einer Region belegen¹⁹. Die Governance-Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern wird anhand von drei Indikatoren skizziert, und zwar Effektivität der Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit und Korruption (siehe Tabelle 12), wobei als Basis die „World Governance Indicators“ der Weltbank herangezogen werden, welche die Governance-Qualität mit einem Bewertungssystem von 0 (schlechtester Wert) bis 100 (besten Wert) quantifizieren.

In puncto Effektivität der Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit kam es seit dem Jahr 2000 in allen MOE/SOE-Ländern (mit der Ausnahme Ungarns) zu teilweise erheblichen Verbesserungen; so stiegen zum Beispiel die Rechtsstaatlichkeit um 42 Punkte und die Effektivität der Verwaltung um 40 Punkte. Bei der Korruption war die Entwicklung nicht ganz so einheitlich, da einige Länder, darunter 3 von 4 der unmittelbaren Nachbarländer Österreichs, genauso wie Österreich selbst, einen Anstieg der Korruption erfahren mussten. Im Gegensatz dazu kam es in den meisten Westbalkanländern zu einer Verbesserung der Lage (insbesondere in Serbien und Mazedonien). Nichtsdestoweniger zeigen sich im Jahr 2014 noch immer bedeutende Unterschiede in der Governance-Qualität, zuerst zwischen Österreich und allen anderen MOE/SOE-Ländern, und innerhalb der MOE/SOE-Länder zwischen den unmittelbaren Nachbarländern Österreichs inklusive Polen und den Westbalkanländern sowie Bulgarien und Rumänien. Die Ukraine nimmt in allen Aspekten den letzten Platz ein.

Tabelle 12 / Governance-Indikatoren

	Effektivität der Verwaltung			Rechtsstaatlichkeit			Korruption		
	2000	2014	2000-2014	2000	2014	2000-2014	2000	2014	2000-2014
Österreich	95,6	91,3	-4,3	99,0	96,6	-2,4	93,7	90,4	-3,3
Tschechien	74,6	80,3	5,7	67,9	84,6	16,7	62,4	65,4	2,9
Slowakei	72,7	75,5	2,8	60,3	69,2	8,9	63,9	60,1	-3,8
Ungarn	81,0	72,1	-8,9	76,6	70,7	-5,9	76,1	60,6	-15,5
Slowenien	77,1	79,3	2,3	82,8	80,3	-2,5	79,5	74,5	-5,0
Bosnien u. Herzegowina	17,6	36,5	19,0	32,1	48,6	16,5	38,5	49,0	10,5
Bulgarien	54,1	57,7	3,5	44,0	55,8	11,8	51,7	48,6	-3,1
Kosovo	.	42,8	.	.	37,0	.	.	39,4	.
Kroatien	65,4	73,6	8,2	51,7	65,9	14,2	52,7	62,0	9,3
Mazedonien	22,4	60,6	38,1	31,6	56,7	25,2	29,8	59,1	29,4
Montenegro	.	63,5	.	.	60,6	.	.	57,2	.
Polen	73,2	74,5	1,3	70,3	77,4	7,1	71,7	70,7	-1,0
Rumänien	39,0	55,8	16,7	45,9	63,5	17,5	39,5	53,4	13,9
Serbien	18,0	58,2	40,1	8,1	50,5	42,3	6,8	51,9	45,1
Ukraine	24,9	40,4	15,5	12,9	23,1	10,2	7,8	14,9	7,1

Quelle: Weltbank, World Governance Indicators.

¹⁹ Siehe z.B. Charron, N., V. Lapuente und L. Dijkstra (2012), „Regional Governance Matters“, DG Regional and Urban Policy Working Paper 01/2012.

3.6.2. Forschung, Technologie, Ausbildung

Im Forschungsbereich (gemessen als F&E-Ausgaben in Prozent des BIP, siehe Tabelle 13) bestehen ebenfalls große Unterschiede im Untersuchungsraum. Im Jahr 2013 wies Österreich die höchste Forschungsquote auf (2,8% des BIP), gefolgt von Slowenien (2,6%), Tschechien (1,9%) und Ungarn (1,4%). Alle anderen Länder hatten 2013 Forschungsquoten unter 1% des jeweiligen BIP. Auch in der Entwicklung über die Zeit zeigen sich große Unterschiede. So stieg seit 2003 die Forschungsquote in Slowenien um 1,3 Prozentpunkte, in Tschechien um 0,8 und in Österreich um 0,6 Prozentpunkte. In allen anderen Ländern stieg die Forschungsquote marginal, um 0,5 Prozentpunkte oder weniger, wobei sie in Kroatien, Montenegro und der Ukraine sogar fiel.

Tabelle 13 / F&E-Ausgaben in % des BIP

	2003	2013	Veränderung 2000-2013
Österreich	2,2	2,8	0,6
Tschechien	1,2	1,9	0,8
Slowakei	0,6	0,8	0,3
Ungarn	0,9	1,4	0,5
Slowenien	1,2	2,6	1,3
Bosnien und Herzegowina	0,0	0,3	0,3
Bulgarien	0,5	0,6	0,2
Kroatien	1,0	0,8	-0,1
Mazedonien	0,2	0,4	0,2
Montenegro	0,8	0,4	-0,4
Polen	0,5	0,9	0,3
Rumänien	0,4	0,4	0,0
Serbien	0,5	0,7	0,2
Ukraine	1,1	0,8	-0,4

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Kosovo.

3.6.3. Technologieinfrastruktur

Im Gegensatz zur Forschung erscheint die Lage bezüglich der Technologieinfrastruktur (gemessen in der Zahl der Breitbandverbindungen pro 100 Einwohner, siehe Tabelle 14) etwas homogener innerhalb des Untersuchungsraums. Im Jahr 2014 bestanden in Tschechien, Ungarn und Slowenien rund 27 Breitbandverbindungen pro 100 Einwohner und damit in etwa so viel wie in Österreich. In den anderen MOE/SOE-Ländern ist die Breitbanddichte etwas geringer, insbesondere in den Westbalkanländern; bemerkenswert in allen Ländern ist aber der seit 2005 rasante Ausbau der Breitbandverbindungen (mit der Ausnahme der Ukraine).

Tabelle 14 / Breitbandverbindungen (pro 100 Einwohner)

	2005	2014	Veränderung 2000-2014
Österreich	14,2	27,5	13,3
Tschechien	6,9	27,6	20,7
Slowakei	3,4	21,8	18,5
Ungarn	6,5	27,3	20,9
Slowenien	9,8	26,6	16,7
Bosnien und Herzegowina	0,4	14,1	13,8
Bulgarien	2,2	20,7	18,6
Kroatien	2,6	23,0	20,4
Mazedonien	0,6	16,2	15,6
Montenegro	1,2	15,2	14,0
Polen	2,5	23,8	21,4
Rumänien	1,7	18,5	16,8
Serbien	0,4	15,6	15,2
Ukraine	0,3	8,4	8,1

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Kosovo.

3.6.4. Ausbildung

In puncto sekundärer Ausbildung bestehen innerhalb des Untersuchungsraums keine wesentlichen Unterschiede, zumindest was die Zahl der Schüler in sekundärer Ausbildung betrifft (siehe Tabelle 15). So betrug im Jahr 2012 der Anteil der Schüler gemessen an der Gesamtzahl der Bevölkerung im Sekundärschulalter in allen MOE/SOE-Ländern sowie in Österreich über 90%, die einzige Ausnahme ist Mazedonien, mit einem Anteil von lediglich rund 83%. Allerdings liegen keine Informationen über die Qualität der Ausbildung vor.

Tabelle 15 / Brutto-Schülerzahl – sekundäre Ausbildung (in % der Bevölkerung im Sekundärschulalter)

	2000	2012	Veränderung 2000-2012
Österreich	97,7	97,7	0,0
Tschechien	89,1	96,6	7,4
Slowakei	85,9	93,9	8,0
Ungarn	96,2	101,6	5,4
Slowenien	100,9	97,6	-3,4
Bulgarien	92,6	93,1	0,5
Kroatien	85,9	98,4	12,6
Mazedonien	82,9	82,8	-0,1
Montenegro	.	90,9	.
Polen	100,2	97,7	-2,5
Rumänien	80,8	95,0	14,2
Serbien	91,2	91,7	0,5
Ukraine	98,8	97,8	-1,0

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Bosnien und Herzegowina, Kosovo.

Größere Unterschiede bestehen in der tertiären Ausbildung. Hier war im Jahr 2012 der Anteil der Studierenden (gemessen an der Zahl der Bevölkerung im typischen Studentenalter, siehe Tabelle 16) in Slowenien, der Ukraine, Polen und Österreich am größten (zwischen 72% und 86%). In den anderen Ländern lag der Studentenanteil ungefähr zwischen 50% und 60%, in Mazedonien bei rund 39%. Gleichzeitig hat sich aber in allen MOE/SOE-Ländern die Studentenzahl seit 2000 sehr dynamisch entwickelt (mit Anstiegen zwischen 15 und 30 Prozentpunkten). Wie bei der Sekundärausbildung liegen auch hier keine Informationen zur Qualität der Ausbildung vor.

Tabelle 16 / Brutto-Studentenzahl – tertiäre Ausbildung

(in % der Bevölkerung der 5-Jahreskohorte nach Abschluss der Sekundärschulbildung)

	2000	2012	
Österreich	57,1	72,4	15,3
Tschechien	28,4	64,2	35,7
Slowakei	28,4	55,1	26,7
Ungarn	35,9	59,6	23,7
Slowenien	55,1	86,0	30,9
Bosnien und Herzegowina	21,4	.	.
Bulgarien	44,5	62,7	18,2
Kroatien	31,0	61,6	30,6
Mazedonien	22,6	38,5	15,8
Polen	50,3	73,2	22,9
Rumänien	24,1	51,6	27,5
Serbien	.	52,4	.
Ukraine	48,7	79,7	31,0

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Montenegro, Kosovo.

3.6.5. Umwelt und Energie

Zur Skizzierung des Aufholprozesses bzw. -bedarfs der MOE/SOE-Länder im Umwelt- und Energiebereich werden einerseits die CO₂-Emissionen (in kg pro BIP, siehe Tabelle 17) und andererseits die Energieeffizienz (BIP pro Energieverbrauchseinheit, i.e. kg Öläquivalent, siehe Tabelle 18) herangezogen.

Wie in anderen Bereichen auch zeigen sich sowohl bei den CO₂-Emissionen als auch bei der Energieeffizienz große Unterschiede im Untersuchungsraum, wobei Österreich in beiden Punkten die jeweils besten Werte aufweist. So betragen im Jahr 2011 die CO₂-Emissionen in Österreich 0,18 kg gemessen am BIP; in Ungarn, der Slowakei und Slowenien, aber auch in Kroatien, Montenegro und Rumänien waren die Werte um rund ein Drittel höher. Tschechien, Polen und Mazedonien emittierten doppelt so viel CO₂ in Relation zu ihrem BIP wie Österreich, Serbien dreimal so viel und Bosnien und Herzegowina und die Ukraine in etwa das Vierfache. Zum Ausgleich muss allerdings erwähnt werden, dass die CO₂-Emissionen seit 2000 in allen MOE/SOE-Ländern stark reduziert wurden.

Die Energieeffizienz betreffend lag der Wert für Österreich im Jahr 2012 bei 11,2. Ähnliche Werte wiesen nur Kroatien und Rumänien auf. In den übrigen Ländern war die Effizienz teilweise wesentlich

niedriger. So mussten die Slowakei, Ungarn und Slowenien wie auch Mazedonien, Montenegro und Polen zwischen rund 20% und 40% mehr Energie aufwenden, um eine BIP-Einheit herzustellen, Tschechien 60% mehr und Bulgarien und Serbien 80%. In Bosnien und Herzegowina war der Energieaufwand doppelt so hoch wie in Österreich, in der Ukraine war er sogar 3,5mal höher. Aber auch hier ist anzumerken, dass alle MOE/SOE-Länder seit 2000 starke Fortschritte im Bereich Energieeffizienz gemacht haben.

Tabelle 17 / CO₂-Emissionen, kg per 2011 BIP (in USD) zu KKP

	2000	2011	Veränderung 2000-2011
Österreich	0,20	0,18	-0,02
Tschechien	0,57	0,36	-0,21
Slowakei	0,44	0,25	-0,18
Ungarn	0,31	0,22	-0,09
Slowenien	0,32	0,26	-0,06
Bosnien und Herzegowina	0,58	0,67	0,08
Bulgarien	0,60	0,43	-0,17
Kroatien	0,28	0,23	-0,05
Mazedonien	0,69	0,39	-0,30
Montenegro	.	0,29	.
Polen	0,53	0,37	-0,16
Rumänien	0,39	0,24	-0,15
Serbien	.	0,54	.
Ukraine	1,36	0,76	-0,60

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Kosovo.

Tabelle 18 / Energieeffizienz: BIP pro Energieverbrauchseinheit
(konstantes BIP 2011 pro kg Öläquivalent)

	2000	2012	Veränderung 2000-2012
Österreich	10,8	11,2	0,4
Tschechien	5,3	7,0	1,7
Slowakei	4,6	8,3	3,7
Ungarn	7,3	9,4	2,2
Slowenien	7,0	8,1	1,2
Bosnien und Herzegowina	5,4	5,3	-0,2
Bulgarien	3,9	6,3	2,4
Kosovo	5,1	6,4	1,3
Kroatien	8,9	10,9	2,0
Mazedonien	6,6	8,1	1,5
Montenegro	.	8,1	.
Polen	6,3	8,9	2,6
Rumänien	6,3	10,2	3,9
Serbien	4,2	6,2	2,0
Ukraine	1,8	3,1	1,3

Quelle: Weltbank, World Development Indicators.

3.6.6. Gesundheit

Zur Illustration des Gesundheitswesens in Österreich und den MOE/SOE-Ländern werden erstens die privaten und öffentlichen Gesundheitsausgaben, in Prozent des BIP (siehe Tabelle 19) und zweitens die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt (siehe Tabelle 20) herangezogen. Unter allen Ländern im Untersuchungsraum hat im Jahr 2013 Österreich die höchsten Gesamtgesundheitsausgaben (privat und öffentlich) im Ausmaß von 11% des BIP. Knapp darunter liegt Serbien (10,6%), Bosnien und Herzegowina (9,6%) und Slowenien (9,2%). In den meisten anderen Ländern lagen die Ausgaben zwischen 6,5% und 8% des BIP, in Rumänien allerdings nur knapp über 5%. In den meisten Ländern wird das Gesundheitssystem zu 70-80% aus öffentlichen Mitteln finanziert, Ausnahmen sind hier Ungarn, Bulgarien, Montenegro, Serbien und die Ukraine, wo der öffentliche Anteil an den Gesundheitsausgaben zwischen 45% und rund 60% liegt.

Tabelle 19 / Gesundheitsausgaben, in % des BIP

	Gesamt			Öffentlich			Privat		
	2000	2013	Veränderung 2000-2013	2000	2013	Veränderung 2000-2013	2000	2013	Veränderung 2000-2013
Österreich	10,0	11,0	1,0	7,6	8,4	0,8	2,4	2,7	0,2
Tschechien	6,3	7,2	0,9	5,7	6,0	0,3	0,6	1,2	0,6
Slowakei	5,5	8,2	2,7	4,9	5,8	0,8	0,6	2,5	1,9
Ungarn	7,2	8,0	0,9	5,1	5,1	0,0	2,1	2,9	0,8
Slowenien	8,3	9,2	0,9	6,1	6,6	0,4	2,1	2,6	0,5
Bosnien und Herzeg.	7,1	9,6	2,5	4,0	6,7	2,7	3,1	2,9	-0,2
Bulgarien	6,2	7,6	1,4	3,8	4,5	0,8	2,4	3,1	0,7
Kroatien	7,8	7,3	-0,5	6,7	5,8	-0,8	1,1	1,5	0,4
Mazedonien	8,7	6,4	-2,3	5,0	4,4	-0,6	3,7	2,0	-1,7
Montenegro	7,3	6,5	-0,8	5,2	3,7	-1,5	2,1	2,8	0,6
Polen	5,5	6,7	1,1	3,9	4,6	0,8	1,7	2,0	0,4
Rumänien	4,3	5,3	1,0	3,5	4,3	0,7	0,8	1,1	0,3
Serbien	6,8	10,6	3,8	4,6	6,4	1,8	2,2	4,2	1,9
Ukraine	5,6	6,4	2,2	.	2,9	.	2,7	3,5	0,8

Quelle: Weltbank, World Development Indicators, keine Daten für Kosovo.

In Bezug auf die Lebenserwartung kam es in allen MOE/SOE-Ländern im Zeitraum von 2000 bis 2013 zu einer Steigerung um 2 bis 4 Jahre; diese Steigerungen waren im Durchschnitt aber nicht wesentlich höher als die Steigerung der österreichischen Lebenserwartung (+2,8 Jahre). Im Jahr 2013 betrug die Lebenserwartung bei Geburt in Österreich rund 81 Jahre, in Slowenien rund 80 Jahre und in den meisten anderen Ländern 75 bis 78 Jahre. Lediglich im Kosovo und der Ukraine war die Lebenserwartung mit rund 71 Jahren deutlich niedriger.

Tabelle 20 / Lebenserwartung bei Geburt, in Jahren

	2000	2013	Veränderung 2000-2013
Österreich	78,1	80,9	2,8
Tschechien	75,0	78,3	3,3
Slowakei	73,1	76,3	3,2
Ungarn	71,2	75,3	4,0
Slowenien	75,4	80,3	4,9
Bosnien und Herzegowina	74,3	76,3	2,0
Bulgarien	71,7	74,5	2,8
Kosovo	68,0	70,8	2,8
Kroatien	72,8	77,1	4,3
Mazedonien	73,2	75,2	1,9
Montenegro	74,0	74,8	0,7
Polen	73,7	76,8	3,1
Rumänien	71,2	74,5	3,3
Serbien	71,6	75,1	3,6
Ukraine	67,9	71,2	3,3

Quelle: Weltbank, World Development Indicators.

3.7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HYPOTHESEN

Aus der Analyse der aktuellen Trends und Entwicklungen in Österreich und dem Donauraum können folgende Schlussfolgerungen und Hypothesen gewonnen werden:

- › Österreichs Nachbarländer im Donauraum können aufgrund des Standes ihrer wirtschaftlichen Entwicklung grob in drei Gruppen eingeteilt werden:
 1. Am weitesten entwickelte Länder: Österreichs unmittelbare Nachbarländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Polen;
 2. Länder mittlerer Entwicklung: Bulgarien, Rumänien und Kroatien;
 3. Weniger entwickelte Länder: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Ukraine.

- › Daraus folgt, dass der Donauraum kein einheitlicher Raum ist, sondern von Ländern mit stark unterschiedlichen Grundvoraussetzungen und Bedürfnissen geprägt ist. Eine sich daraus ergebende Frage ist, inwieweit Politikmaßnahmen im grenzüberschreitenden Bereich bzw. im Rahmen der Donauraumstrategie asymmetrisch gestaltet werden sollten – d.h., ob es zur Schaffung von einer „einheitlichen“ Politik über unterschiedlich entwickelte Länder notwendig ist, diese Länder in den anvisierten Politikbereichen auf ein zumindest ähnliches Niveau zu bringen, was bedeuten könnte, dass der Fokus bzw. die Förderung von Politikmaßnahmen umso größer sein sollte, je weniger entwickelt ein Land oder eine Region ist.

- › Trotz eines bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise rasanten Wirtschaftswachstums der österreichischen Nachbarländer bestehen noch immer große Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Österreich und seinen (auch unmittelbaren) Nachbarländern. Das Ausmaß dieser Unterschiede lässt erwarten, dass der Aufholprozess der Donauraumländer noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. Dabei trägt die momentane, relativ schlechte wirtschaftliche Lage in vielen dieser Länder nicht unbedingt zu einer Beschleunigung dieses Prozesses bei. Die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden oder transnationalen Regionalpolitik zur Beeinflussung wirtschaftlicher Aufholprozesse wird als relativ gering eingeschätzt, einerseits aufgrund der geringen Mittel, die dafür zu Verfügung stehen, und andererseits, da sie von anderen, einflussreicheren Politikbereichen auf globaler, europäischer und nationaler Ebene überlagert wird. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ist aber auch nicht Kern der grenzüberschreitenden oder transnationalen Regionalpolitik. Dies ist eher Aufgabe der europäischen und nationalen Makropolitiken bzw. der EU-Kohäsionspolitik. Für alle Politiken erscheint aber aufgrund des teilweise enormen Aufholbedarfs, v.a. in den nicht-urbanen Regionen, eine langfristige Perspektive von immanenter Wichtigkeit. Dies gilt wegen der großen wirtschaftlichen Bedeutung des Donauraums noch mehr für Österreich.
- › Aufgrund der relativ schlechten Lage auf vielen Arbeitsmärkten im Donauraum und angesichts der noch immer enormen Lohnunterschiede ist davon auszugehen, dass der Druck auf österreichische Arbeitsmärkte, insbesondere im grenznahen Bereich, nur sehr langsam zurückgeht. Auch aus diesem Grund sollte eine rasche wirtschaftliche Entwicklung der Donauraumländer von Interesse sein, da zu erwarten ist, dass der Arbeitsmarktdruck umso rascher schwächer wird, je schneller die wirtschaftliche Entwicklung voranschreitet.
- › Aus makroökonomischer Sicht scheint sich die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber den Donauraumländern seit 2000 zumindest nicht verschlechtert zu haben. Es besteht aber Forschungsbedarf, inwieweit dies für einzelne Branchen bzw. Regionen der Fall ist, da durch die strukturellen Veränderungen in den Nachbarländern mit Sicherheit negative, aber auch positive Effekte auf Österreich ausgeübt wurden.
- › Weiterer Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der wirtschaftlichen Vernetzung Österreichs mit dem Donauraum. Dies bezieht sich vor allem auf die Vernetzung österreichischer Firmen und Branchen mit den in den Donauraumländern bestehenden höhertechnologischen Produktionsketten bzw. -clustern (z.B. im Fahrzeug- und Maschinenbau). Hier ist abzuklären, inwieweit österreichische Firmen Zugang zu diesen Netzwerken haben und welche Potenziale und Risiken bestehen.
- › Die Analyse zeigte auch, dass in den Donauraumländern ebenfalls ein Aufholbedarf in vielen Bereichen abseits der wirtschaftlichen Entwicklung besteht. Insofern wäre interessant zu diskutieren, ob und inwieweit es zweckmäßig und möglich ist, bei der Erstellung von Politikprogrammen auf integrierte Programme und Projekte zu fokussieren, die abseits vom Kernthema des Programms (Projektes) auch die notwendigen Rahmenbedingungen miteinbeziehen, wie zum Beispiel Infrastruktur, Ausbildung der Akteure, Verwaltungsabläufe, Kommunikation etc.

4. Österreichs Vernetzung mit dem Donauraum

Dieses Kapitel befasst sich mit der vielfältigen Vernetzung Österreichs mit den Ländern des Donauraums, wobei der Fokus insbesondere auf den wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Verflechtungen liegt. Im Detail werden folgende Punkte analysiert:

- › Österreichs Außenhandel mit MOE/SOE-Ländern
- › Direktinvestitionen
- › Tourismus
- › Wanderungsströme
- › Arbeitsmarktverflechtungen
- › Transport, Verkehr

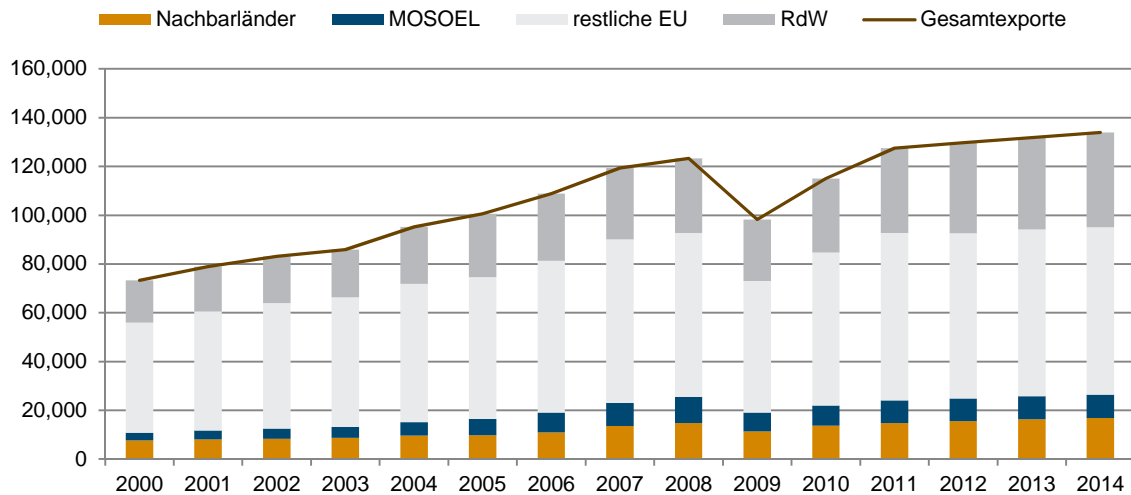
Am Ende dieses Kapitels folgen Hypothesen und Schlussfolgerungen, die sich aus der Analyse der obengenannten Punkte ergeben.

4.1. ÖSTERREICHS AUSSENHANDEL MIT MOE/SOE-LÄNDERN

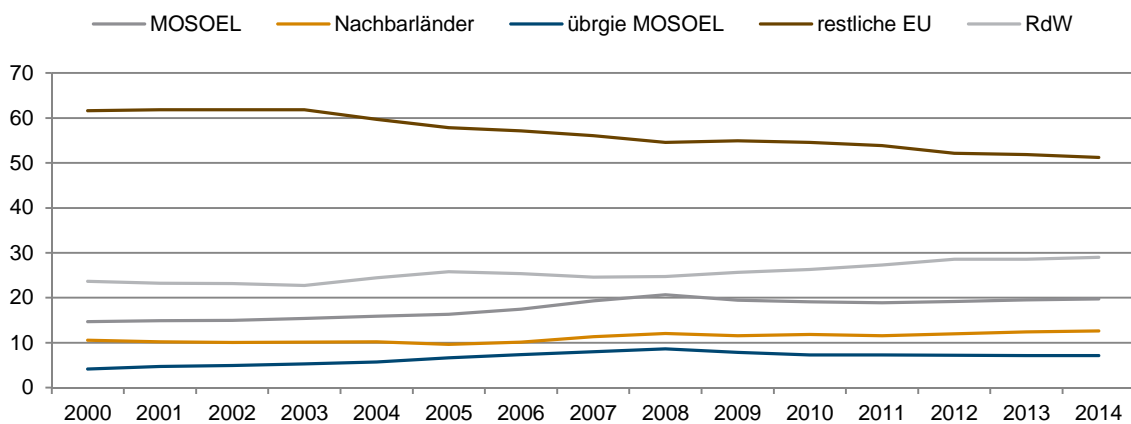
4.1.1. Güterhandel

Vergleicht man die Struktur der gesamten österreichischen Güterexporte des Jahres 2000 mit jener des Jahres 2014, so hat es über diesen Zeitraum stärkere Verschiebungen gegeben. Bei einem nominellen Anwachsen der gesamten Güterexporte um mehr als 80% auf zuletzt 134 Milliarden Euro (siehe Grafik 8) blieb Deutschland mit über 29% zwar der wichtigste Exportpartner Österreichs; dieser Anteil ist aber im Beobachtungszeitraum um mehr als vier Prozentpunkte gefallen. Im selben Zeitraum stiegen die Exportanteile in die MOE/SOE-Länder um 5 Prozentpunkte auf 19,8% (siehe Grafik 9), wobei 2 Prozentpunkte dieses Anstiegs auf die unmittelbaren Nachbarländer Österreichs und 3 Prozentpunkte auf die übrigen MOE/SOE-Ländern zurückzuführen sind.

Bei den Güterimporten kam es zu geringeren Strukturänderungen (siehe Grafik 25 und Grafik 26). Zwar gingen auch hier im Vergleichszeitraum die Importanteile Deutschlands zurück, allerdings nur um knapp 2,5 Prozentpunkte auf einen Marktanteil von rund 41%, während die gesamten MOE/SOE-Länder ihren Importanteil um 3,5 Prozentpunkte auf 15,6% steigerten (davon entfielen 1,5 Prozentpunkte auf die unmittelbaren Nachbarländer und 2 Prozentpunkte auf die übrigen MOE/SOE-Länder).

Grafik 8 / Österreichische Güterexporte nach Ländergruppen, in Mio. EUR

Quelle: wiiv.

Grafik 9 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Güterexporten, in %

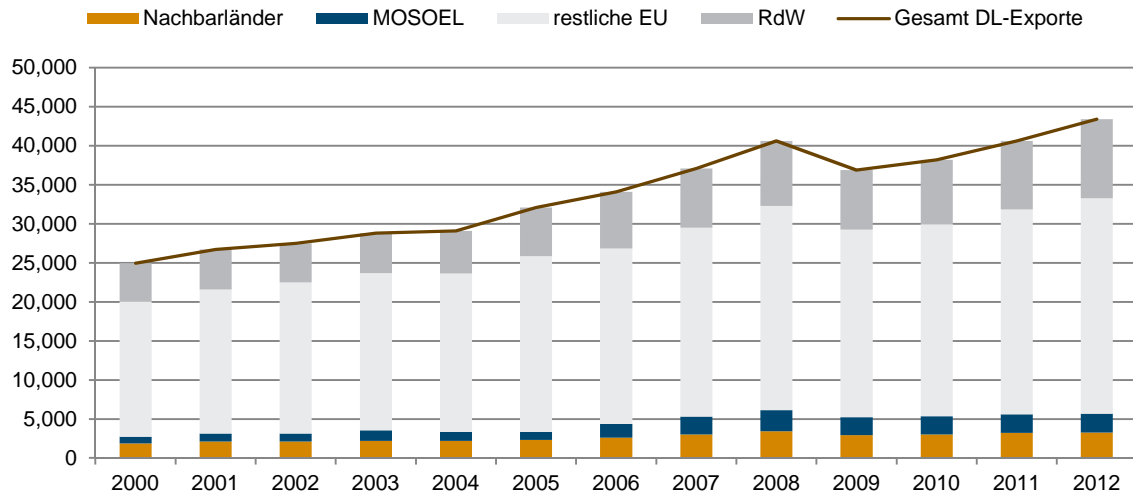
Quelle: wiiv.

4.1.2. Dienstleistungshandel

In der Periode 2000 bis 2012 stieg das nominelle Volumen der Dienstleistungsexporte Österreichs um rund 75% (siehe Grafik 10). Dabei haben sich die Anteile der gesamten MOE/SOE-Länder um rund 20% vergrößert und machten 2012 bei den Exporten einen Anteil von 13% und bei den Importen 21% aus (siehe Grafik 11). Bei den Dienstleistungen konnte insgesamt ein Außenhandelsüberschuss von rund zehn Milliarden Euro erwirtschaftet werden, wobei nicht nur der Tourismus alleine für den Überschuss verantwortlich ist, sondern auch die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen (ohne

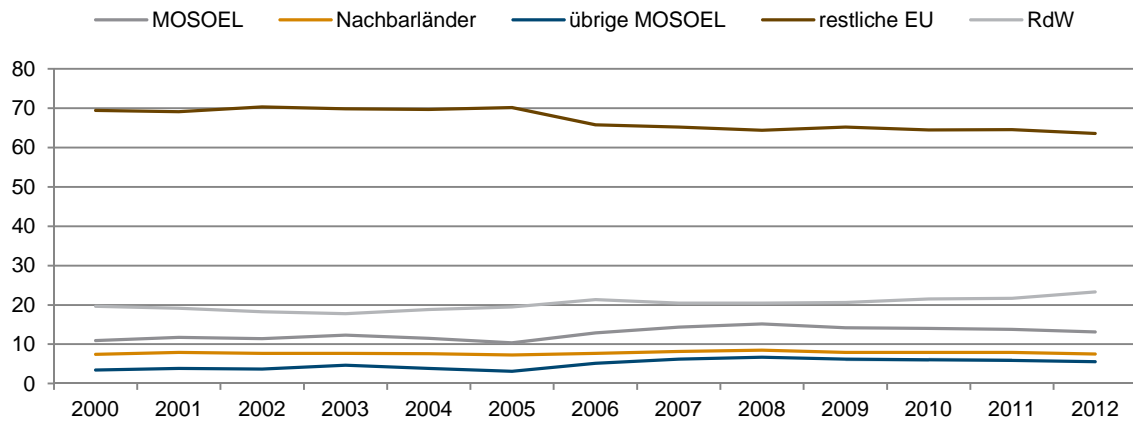
Transportsektor). In beiden Fällen konnten insbesondere auch die Anteile der Abnehmer in den MOE/SOE-Ländern stark aufgestockt werden²⁰.

Grafik 10 / Österreichische Dienstleistungsexporte, in Mio. EUR



Quelle: wiiw.

Grafik 11 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Dienstleistungsexporten, in %



Quelle: wiiw.

4.1.3. Beitrag zum österreichischen BIP

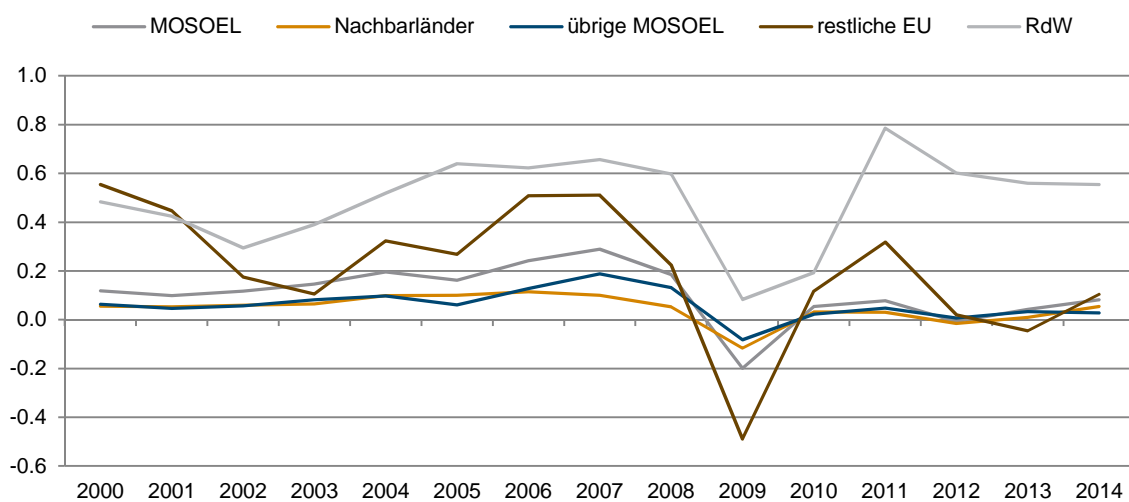
Um die wachsende Rolle der MOE/SOE-Länder für die österreichische Wirtschaft darzustellen, quantifizierte Holzner (2015²¹) den Beitrag der Güter- und Dienstleistungsexporte Österreichs zum österreichischen BIP mit Hilfe der BIP-Wachstumsraten der österreichischen Exportpartner, deren Anteil an den österreichischen Gesamtexporten nach Wertschöpfungseinheiten sowie dem Anteil der Exporte

²⁰ Siehe Holzner (2015), op. cit.

²¹ Siehe Holzner (2015), op. cit.

am österreichischen BIP. Damit konnten die potenziellen Exportbeiträge zum BIP Österreichs geschätzt und mit Hilfe der wiiw-Prognosen extrapoliert werden (siehe Grafik 12). Im langjährigen Schnitt von 2000 bis 2014 ergibt sich ein ausländischer Nachfrageimpuls von 0,8% für das österreichische BIP. Davon entfiel auf Deutschland ein Beitrag von 0,08%, gefolgt von den USA mit 0,06%. Alle folgenden Länder hatten nur Bruchteile dieses potenziellen Einflusses auf das österreichische BIP (siehe Holzner, 2015). Für die Summe der MOE/SOE-Länder ergibt sich allerdings ein Durchschnittswert (von 2000-2014) von 0,10%. Somit trug die Auslandsnachfrage aus den MOE/SOE-Länder seit der Jahrtausendwende in etwa um 40% mehr zum österreichischen BIP bei als Deutschland.

Grafik 12 / Exportbeitrag zum österreichischen BIP-Wachstum



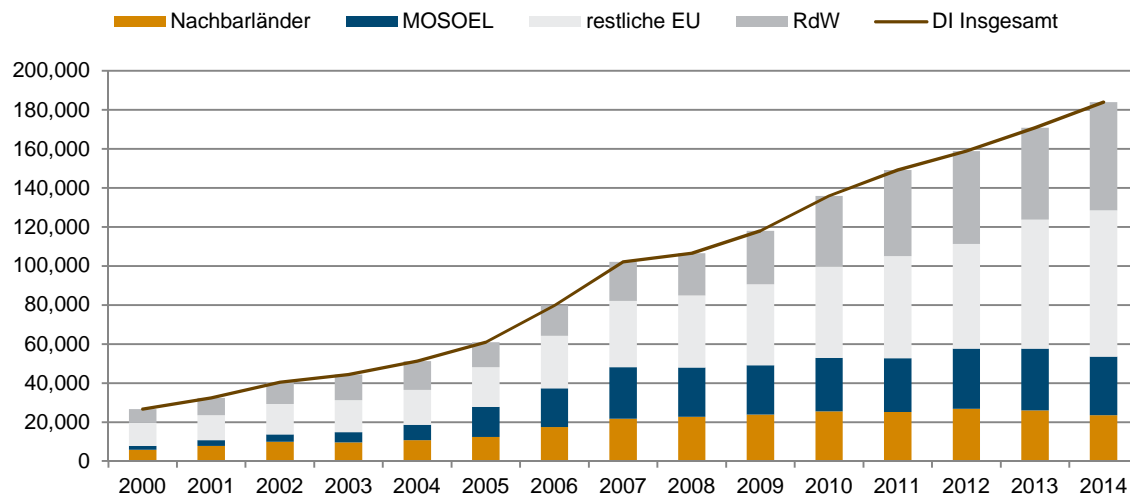
Quelle: wiiw.

4.2. DIREKTINVESTITIONEN

Österreichs Direktinvestitionsbestände im Ausland machten nominell 2014 fast 184 Milliarden Euro (etwa 56% des österreichischen BIP) aus (siehe Grafik 13). Dieser Wert stellt im Vergleich zum Jahr 2000 fast eine Versiebenfachung dar. Über den Zeitablauf betrug der Anteil der MOE/SOE-Länder rund 30% im Jahr 2000, stieg bis 2007 auf über 47%, um anschließend bis 2014 wieder auf etwa 30% zu fallen (siehe Grafik 13). Holzner (2015²²) führt diese Entwicklung auf ein starkes Anwachsen der Direktinvestitionen in bekannten Zielländern für steuerschonende Holding-Konstrukte (Niederlande und Luxemburg), aber auch auf verstärkte Investitionen in Deutschland und der Türkei zurück. Ein weiterer Grund für die Reduktion der österreichischen Auslandsinvestitionsbestände in den MOE/SOE-Ländern ist in der internationalen Finanzkrise zu finden. Österreichs Finanzsektor, der sich traditionell in den MOE/SOE-Ländern intensiv betätigt, reduzierte in den letzten Jahren im Zuge des allgemeinen Deleveraging sein Engagement mancherorts stark. Nichtsdestoweniger befindet sich Österreich noch immer in fast allen MOE/SOE-Ländern auf der Liste der Top-10-Auslandsinvestoren (siehe Holzner, 2015).

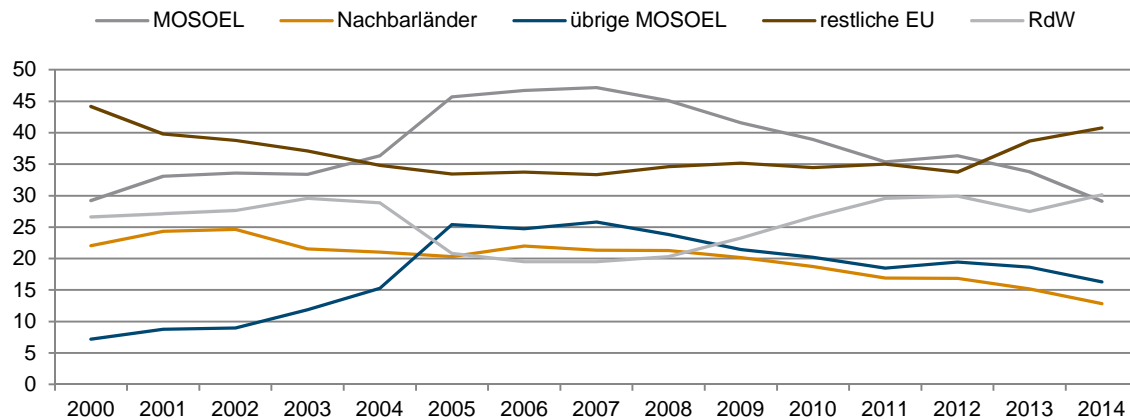
²² Siehe Holzner (2015), op. cit.

Grafik 13 / Österreichische Auslandsinvestitionen nach Ländergruppen, in Mio. EUR



Quelle: Oesterreichische Nationalbank (OeNB), wiiw.

Grafik 14 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Auslandsinvestitionen, in % der gesamten Auslandsinvestitionen



Quelle: OeNB, wiiw.

4.3. TOURISMUS

Für die vorliegende Studie sind vor allem folgende Fragen von Interesse:

- › Wie hat sich die touristische Verflechtung mit den Ländern Mittelost- und Südosteuropas in einer Langfristsperspektive (seit 1991) und in den letzten Jahren seit dem EU-Beitritt zahlreicher Staaten aus diesem Raum (seit 2005) entwickelt?
- › Welche Bedeutung haben TouristInnen aus den Ländern Mittelost- und Südosteuropas für die österreichischen Regionen (Bundesländer)?

- › Welche Marktpotenziale für die künftige Entwicklung sind abschätzbar?
- › Welche Konsequenzen können für regionale Politiken und für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit abgeleitet werden?

Die Bedeutung der mittelost- und südosteuropäischen Länder für den Tourismus in Österreich umfasst folgende Aspekte:

- › Die touristische Nachfrage aus den Ländern Mittelost- und Südosteuropas: Auskünfte, Übernachtungen, Umsätze.
- › Die touristische Nachfrage der ÖsterreicherInnen nach Destinationen in diesen Ländern.
- › Die Beschäftigten aus diesen Ländern, die in der österreichischen Tourismuswirtschaft tätig sind.

4.3.1. Die Entwicklung der touristischen Nachfrage aus Mittelost- und Südosteuropa

Im Folgenden wird die touristische Nachfrage anhand des Indikators der Übernachtungen aufbereitet.

Tabelle 21 / Entwicklung der Übernachtungen aus Mittelost- und Südosteuropa in Österreich in Mio. Übernachtungen

	1991		2006		2013		1991-2013		2006-2013	
	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%	abs	%
MOE/SOE-Länder¹⁾	2,0	1,5	4,9	4,1	7,8	5,9	+5,8	+290	+2,9	+59,2
Übrige Länder	128,1	98,5	114,5	95,9	124,8	94,1	-13,6	-10,6	+10,3	+9,0
Österreich²⁾	130,1	100	119,4	100	132,6	100	2,5	1,9	+13,2	+11,0

1) Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn. - 2) Inklusive InländerInnen.

Quelle: Statistik Austria (2015).

Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat sich die Zahl der Übernachtungen aus den MOE/SOE-Ländern in Österreich nahezu verdreifacht. Der Marktanteil stieg um 1,5% auf 5,9% kontinuierlich an. Auch in den letzten Jahren ist die touristische Nachfrage aus den MOE/SOE-Ländern deutlich dynamischer gewachsen als aus den übrigen Ländern. Mehr als ein Fünftel des Wachstums der Übernachtungen geht auf das Konto der MOE/SOE-Länder. Ohne das Wachstum der MOE/SOE-Länder wäre die Zahl der Übernachtungen um 2,5% geschrumpft, anstatt um 2,5% zu wachsen.

Der Markt der MOE/SOE-Länder ist von besonderer Bedeutung für die touristisch schwächeren Regionen in Ostösterreich und in Wien. Besonders bei den Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland haben die Gäste aus den MOE/SOE-Länder Marktanteile bis zu 25% erreicht (z. B. Steiermark, Niederösterreich) und wurden zu einer wesentlichen Säule für die Tourismuswirtschaft in diesen Regionen.

Tabelle 22 / Marktanteil der MOE/SOE-Länder an den Übernachtungen 2013

	Marktanteil der MOE/SOE-Länder in %			
	an allen Übernachtungen		an Auslandsübernachtungen	
	1991	2013	1991	2013
Burgenland	1,4	3,2	3,5	14,6
Niederösterreich	4,0	7,4	10,6	24,2
Oberösterreich	2,3	6,8	4,5	16,6
Steiermark	2,8	8,9	7,0	23,6
Wien	6,1	8,4	6,9	10,3
Kärnten	1,8	8,0	2,5	12,8
Salzburg	1,2	6,7	1,5	8,7
Tirol	0,4	4,1	0,5	4,5
Vorarlberg	0,5	1,1	0,6	1,2
Österreich	1,5	5,9	2,0	8,1

Quelle: Statistik Austria.

Es ist davon auszugehen, dass erhebliche Marktpotenziale in den MOE/SOE-Ländern vorhanden sind. Das zeigt auch ein Vergleich der Übernachtungen pro Einwohner des Herkunftslandes in Österreich.

Tabelle 23 / Marktpotenziale in den MOE/SOE-Ländern 2013

Länder	Übernachtungen in Österreich je EW / Herkunftsland 2013	Referenzannahme für die Potenzialermittlung	Potenzial in Übernachtungen in Mio.
Deutschland	0,63		
Niederlande	0,54		
Frankreich	0,029		
Italien	0,047		
Bulgarien	0,027	I : 0,047	0,35
Ex-Jugoslawien	0,029	SLO: 0,196	1,93
Kroatien	0,074	SLO: 0,196	0,84
Polen	0,039	CZ: 0,20	7,6
Rumänien	0,04	SK: 0,10	2,0
Slowakei	0,103	CZ: 0,20	1,07
Slowenien	0,196	konstant	-
Tschechien	0,206	NL: 0,54	5,63
Ungarn	0,16	NL: 0,54	5,37
Gesamt			24,79

Quelle: Statistik Austria; eigene Annahmen und Berechnungen.

Die über Analogieschlüsse zum Urlaubsverhalten in Referenzländern ermittelten Potenziale ergeben eine Größenordnung von bis zu 25 Mio. Übernachtungen pro Jahr (2013: 7,8 Mio.). Voraussetzung dafür ist allerdings ein weiterer wirtschaftlicher Aufholprozess in den MOE/SOE-Ländern. Eine weitere wirtschaftliche Konvergenz der MOE/SOE-Länder liegt daher im wirtschaftlichen Interesse des österreichischen Tourismus.

4.3.2. Touristische Nachfrage österreichischer TouristInnen in den MOE/SOE-Ländern

Die Reisen der ÖsterreicherInnen wurden durch Mikrozensusserhebungen erfasst. Langfristvergleiche sind nur sehr eingeschränkt möglich, da durch die Teilung mehrerer Länder und die Art der Aufbereitung der Daten keine lückenlose Zeitreihendarstellung möglich ist.

Tabelle 24 / Urlaubsreisen der ÖsterreicherInnen in MOE/SOE-Länder (4 oder mehr Übernachtungen) in 1.000

Urlaubsreisen	1987	1993	2001	2008
MOE/SOE-Länder	665,5	547,3	956,6	1.119,2
Auslandsreisen insgesamt	2.360,0	2.792,4	3.651,1	5.342,3
Marktanteil der MOE/SOE-Länder an Auslandsreisen	28,2	19,6	26,2	20,9
Urlaubsreisen insgesamt	4.137,0	5.062,1	5.622,0	8.568,8
Marktanteil der MOE/SOE-Länder an Urlaubsreisen insgesamt	16,0	10,8	17,0	13,1

Quelle: Statistik Austria: Urlaubs- und Geschäftsreisen.

Die Analyse der Entwicklung der Urlaubsreisen der ÖsterreicherInnen (4 Übernachtungen und mehr) zeigt, dass die MOE/SOE-Länder insgesamt langfristig keine Marktanteile gewinnen konnten. Auch wenn keine aktuellen Daten für alle Länder verfügbar sind, bestätigt die Marktanteilsentwicklung der beiden wichtigsten Urlaubsdestinationen in dieser Region diese Annahme. Kroatien und Ungarn (ca. zwei Drittel aller Urlaubsreisen in die MOE/SOE-Länder) haben von 2001 bis 2014 einen Rückgang des Marktanteils an den Auslandsurlaubsreisen von 18,2% auf 15,3% zu verzeichnen. Die Zahl der Urlaubsreisen in die MOE/SOE-Länder ist von 1987 bis 2008 zwar um 68% gestiegen, die Zahl der Auslandsurlaubsreisen der ÖsterreicherInnen aber um 126%, die Zahl der Urlaubsreisen insgesamt um 107%. Das bedeutet, dass Österreich als Tourismusdestination von der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern stärker profitiert hat als umgekehrt.

4.4. WANDERUNGSSTRÖME ZWISCHEN ÖSTERREICH UND DEN MOE/SOE-LÄNDERN

Bereits in den 1970er-Jahren gab es eine arbeitsmarktpolitisch erwünschte Zuwanderung aus Südosteuropa, die sich aber auf die Länder des ehemaligen Jugoslawien und die Türkei beschränkte. Zuwanderungswellen aus den MOE/SOE-Ländern gab es außerdem als Folge politischer Krisen 1956 (Ungarn), 1968 (Tschechoslowakei), 1980 (Polen) und in den 1990er-Jahren (Balkankriege). Seit den EU-Erweiterungsschritten 2004, 2007 und 2013 wurde ein großer Teil der MOE/SOE-Staaten Teil der europäischen Union. Damit verstärkte sich auch die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten. Dieser Zuwanderung aus den MOE/SOE-Ländern steht keine relevante Abwanderung in die Gegenrichtung gegenüber.

Diese Entwicklung ist auch darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien eingebürgert wurde. Bei Betrachtung des Migrationshintergrundes ist der Anteil der Personen aus Ex-Jugoslawien daher deutlich weniger zurückgegangen. Die Beschränkungen am Arbeitsmarkt für diejenigen Länder aus Ex-Jugoslawien, die noch keine EU-Mitglieder sind, haben den weiteren Zuzug ebenfalls reduziert.

Tabelle 25 / Entwicklung der Bevölkerung aus den MOE/SOE-Ländern 2002-2014 nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland

	Geburtsland				Staatsangehörigkeit			
	2002	2014	Änderung abs	%	2002	2014	Änderung abs	%
MOE/SOE-Länder			159.109	+29,5			146.729	+38,0
Übriges Nicht-Österreich	572.915	716.336	143.421	+25,0	344.515	533.639	189.124	+54,9
Anteil MOE/SOE an Nicht-ÖsterreicherInnen	48,5	49,4			52,8	49,9		

Quelle: Statistik Austria.

Die Betrachtung nach dem Geburtsland bezieht auch die österreichischen StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund mit ein. Der Anteil der BürgerInnen aus den MOE/SOE-Staaten macht etwa 50% der nicht in Österreich geborenen Bürger aus. Dieser Anteil hat sich in den letzten 12 Jahren kaum erhöht, auch wenn die absolute Zahl um ca. 30% gestiegen ist. Das liegt auch daran, dass der Zuzug aus anderen Ländern als den MOE/SOE-Ländern in diesem Zeitraum noch stärker ausgefallen ist. Nach Staatsangehörigkeit hat die Zahl der Personen aus den MOE/SOE-Ländern seit 2002 um 38% zugenommen, jene der aus den übrigen Ländern sogar um 55%. Innerhalb der MOE/SOE-Länder hat sich in den letzten Jahren eine massive Verschiebung ergeben.

Tabelle 26 / Entwicklung der Bevölkerung aus den MOE/SOE-Ländern exklusive/inklusive der Länder des ehemaligen Jugoslawien

	Geburtsland				Staatsangehörigkeit			
	2002	2014	Änderung abs	%	2002	2014	Änderung abs	%
MOE/SOE-Länder ohne ehem. YU	190.549	298.028	107.479	+56,4	87.031	234.873	147.812	+170
Ehem. YU	348.630	400.260	51.630	14,8	298.715	297.602	-1.113	-0,3
Insgesamt	539.179	698.288	159.109	+29,5	385.746	532.475	146.729	+38,0
Anteil des ehem. YU an MOE/SOE-Ländern	64,7	57,3			77,4	55,9		
Anteil MOE/SOE-Länder ohne ehem. YU an Nicht-ÖsterreicherInnen	17,1	21,1			11,9	22,9		

Quelle: Statistik Austria 2015.

Während die Zahl der Staatsangehörigen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawien stagniert, hat die Zahl aus den übrigen MOE/SOE-Ländern um das 1,7-Fache zugenommen. Der Anteil der Länder aus Ex-Jugoslawien ist von 77% auf 56% gesunken, der Anteil der übrigen MOE/SOE-Staaten an den nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen hat sich verdoppelt.

Innerhalb von Österreich zeigt sich ein klares Ost-West-Gefälle bei der Verteilung der Lebensmittelpunkte der in den MOE/SOE-Ländern geborenen Personen. In Wien leben fast 40% der Personen aus diesen Ländern, in der Ostregion (W, NÖ, B) sind es ca. 59% (bei einem Bevölkerungsanteil von 43%).

Ohne den Zuzug aus den MOE/SOE-Ländern wäre die Bevölkerung 2014 im Vergleich zu 2002 zurückgegangen:

Tabelle 27 / Entwicklung der Bevölkerung in Österreich ohne EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund aus den MOE/SOE-Ländern

	2002	2014	2014 ohne MOE/SOE-Länder	Entwicklung in %	
				mit MOE/SOE	ohne MOE/SOE
Burgenland	276.497	287.416	269.439	+3,9	-2,6
Kärnten	559.179	555.881	572.168	-0,6	-5,7
Niederösterreich	1.547.023	1.625.485	1.525.843	+5,1	-1,4
Oberösterreich	1.380.561	1.425.422	1.324.062	+3,2	-4,1
Salzburg	516.764	534.270	494.349	+3,4	-4,3
Steiermark	1.188.561	1.215.246	1.145.954	+2,2	-3,6
Tirol	677.080	722.038	690.836	+6,6	+2,0
Vorarlberg	353.635	375.282	356.965	+6,1	+0,9
Wien	1.582.841	1.766.746	1.474.891	+11,6	-6,8
Österreich	8.082.121	8.507.786	7.809.496	+5,3	-3,4

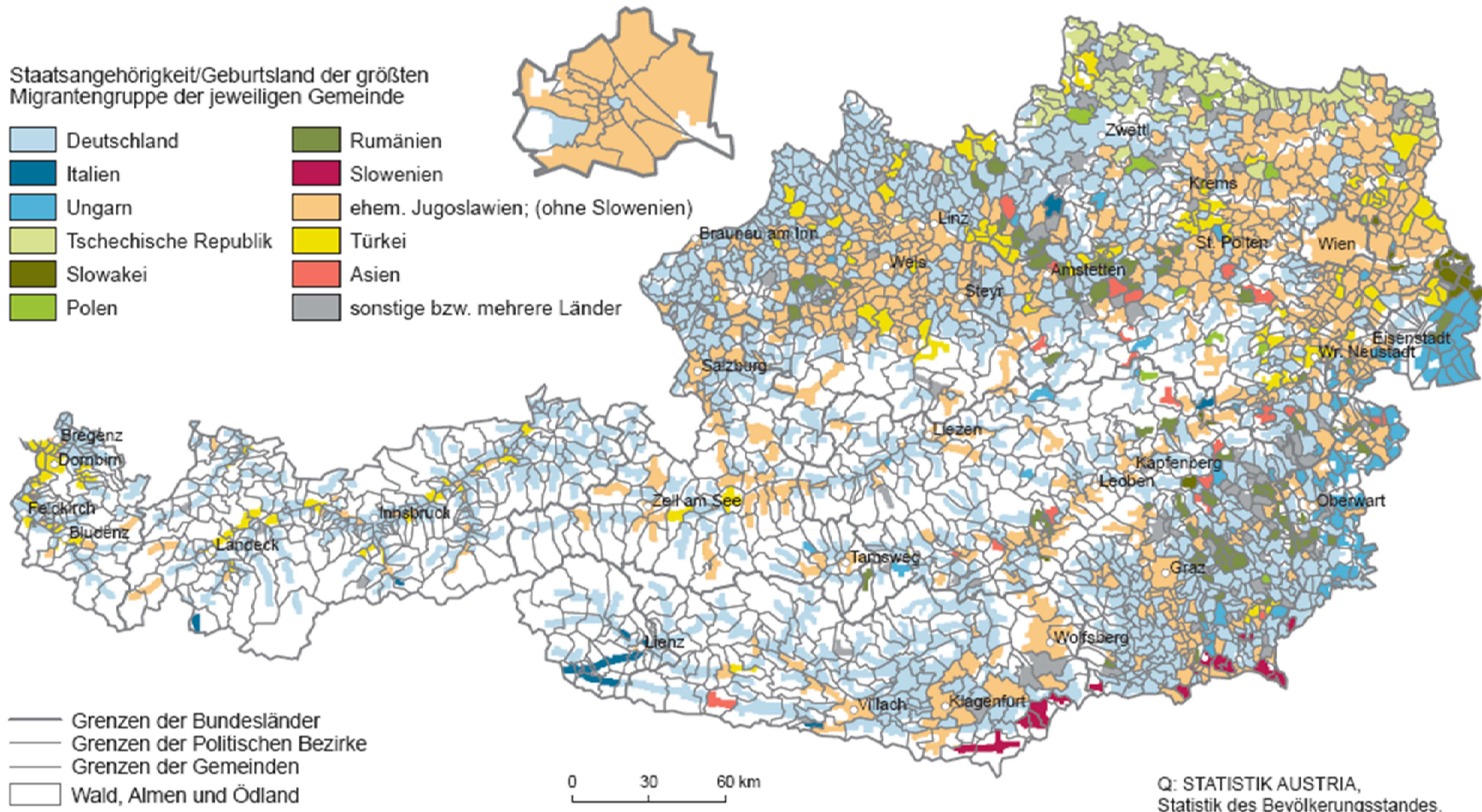
Quelle: Statistik Austria: Registerzählungen 2002-2014.

Besonders in den Grenzregionen hat der Zuzug aus den jeweiligen Nachbarländern den Bevölkerungsrückgang gedämpft (siehe Tabelle 27).

Der Zuzug aus den Ländern Mittelost- und Südosteuropas in den letzten zehn Jahren lässt

- › auf eine hohe Attraktivität Österreichs als Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort schließen,
- › ist aber auch ein Indiz dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern nicht ausreicht, um eine Abwanderung zu verhindern.

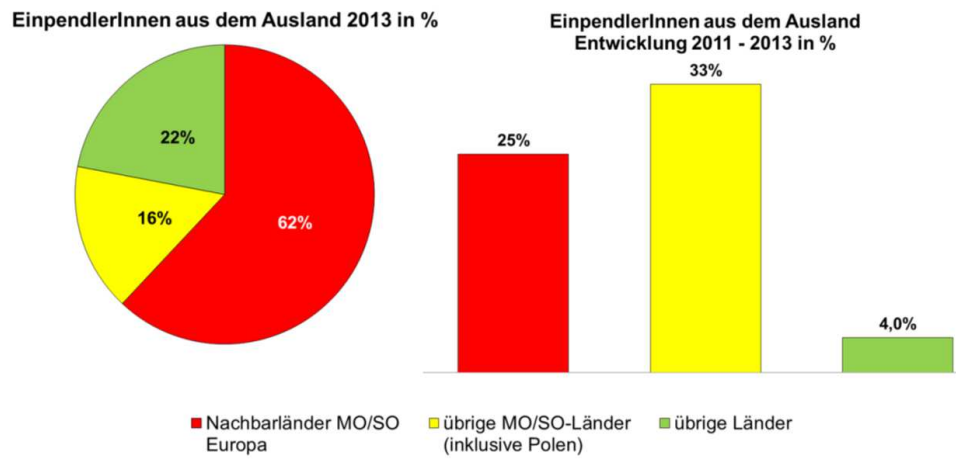
Grafik 15 / Größte Bevölkerungsgruppe ausländischer Herkunft am 1.1.2011 nach Gemeinden



4.5. ARBEITSMARKTVERFLECHTUNGEN – PENDLERBEZIEHUNGEN

Vor der EU-Osterweiterung wurde ein Tagespendlerpotenzial von 85.000 Personen aus den benachbarten Erweiterungsländern abgeschätzt. 2013 betrug die Zahl der EinpendlerInnen aus diesen Ländern knapp 92.000. Die Gesamtzahl der EinpendlerInnen aus dem Ausland (in Österreich beschäftigte Personen mit Hauptwohnsitz im Ausland) betrug knapp 148.000. Davon kamen 78% (ca. 115.000) aus den MOE/SOE-Ländern.

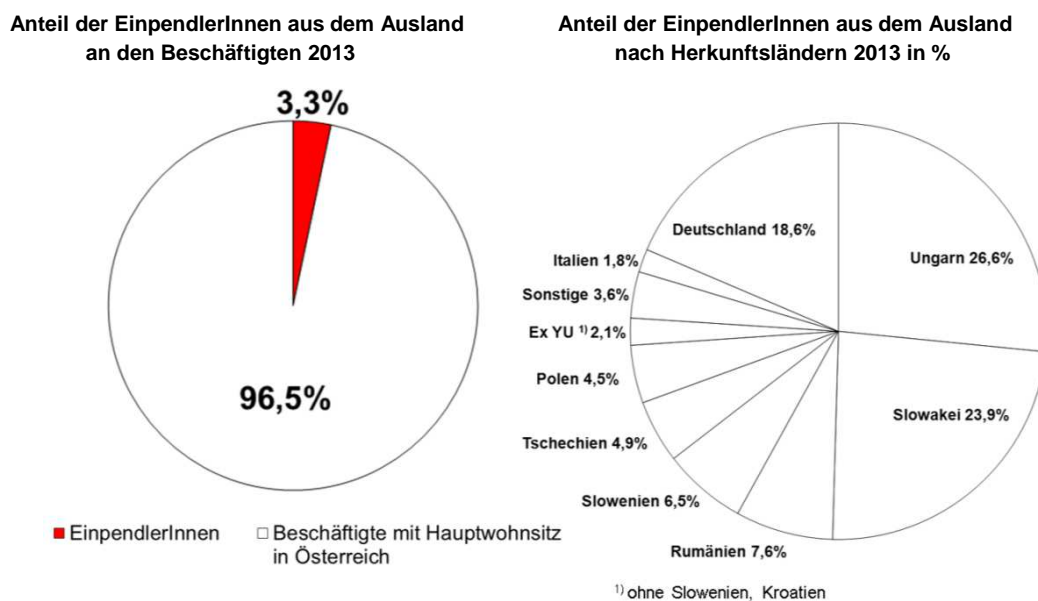
Grafik 16 / EinpendlerInnen nach Österreich aus dem Ausland 2013



Quelle: Statistik Austria.

Innerhalb der MOE/SOE-Länder sind die Ungarn und die Slowaken mit insgesamt 50% die größte Gruppe.

Grafik 17 / EinpendlerInnen nach Österreich nach Herkunftsländern 2013

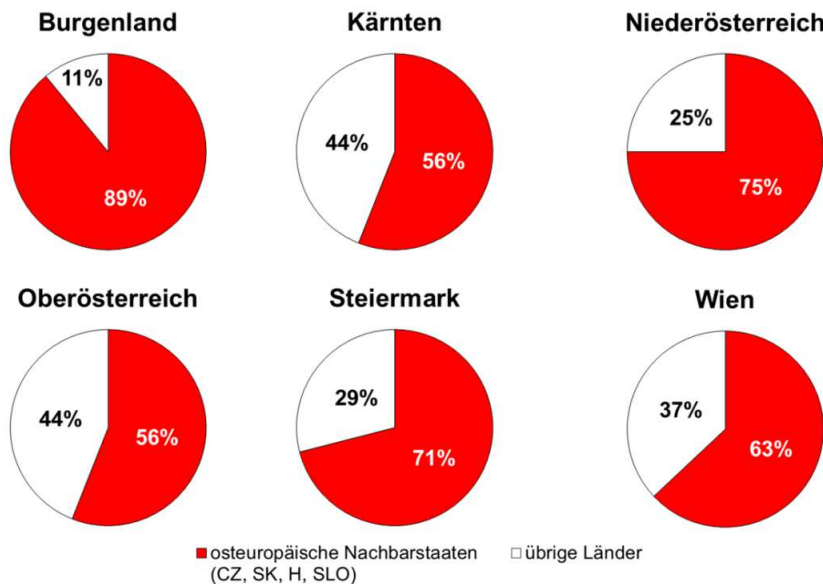


Quelle: Statistik Austria.

Insgesamt liegt der Anteil der EinpendlerInnen aus dem Ausland an der Gesamtbeschäftigung bei 3,3%, allerdings erhöht sich der Anteil um jene Personen, die aufgrund der Entsenderichtlinie für befristete Arbeiten von ihren ausländischen Firmen für die Abwicklung von Aufträgen nach Österreich geschickt werden. 2015 waren das etwa 90.000 Personen. Inkludiert man diese Personen in das Pendlervolumen, so ergibt sich ein Anteil von etwa 5% an den Gesamtbeschäftigten.

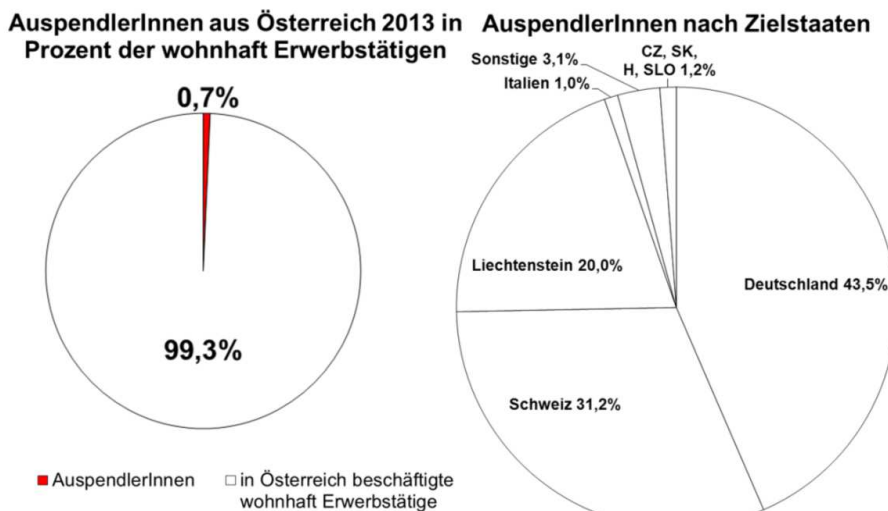
Innerhalb Österreichs konzentrieren sich die EinpendlerInnen aus den osteuropäischen Nachbarstaaten auf die östlichen Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Steiermark und Wien.

Grafik 18 / Anteil der EinpendlerInnen nach Österreich aus den MOE/SOE-Nachbarstaaten 2013 nach Bundesländern



Quelle: Statistik Austria.

Grafik 19 / AuspendlerInnen aus Österreich insgesamt und nach Zielländern 2013



Quelle: Statistik Austria.

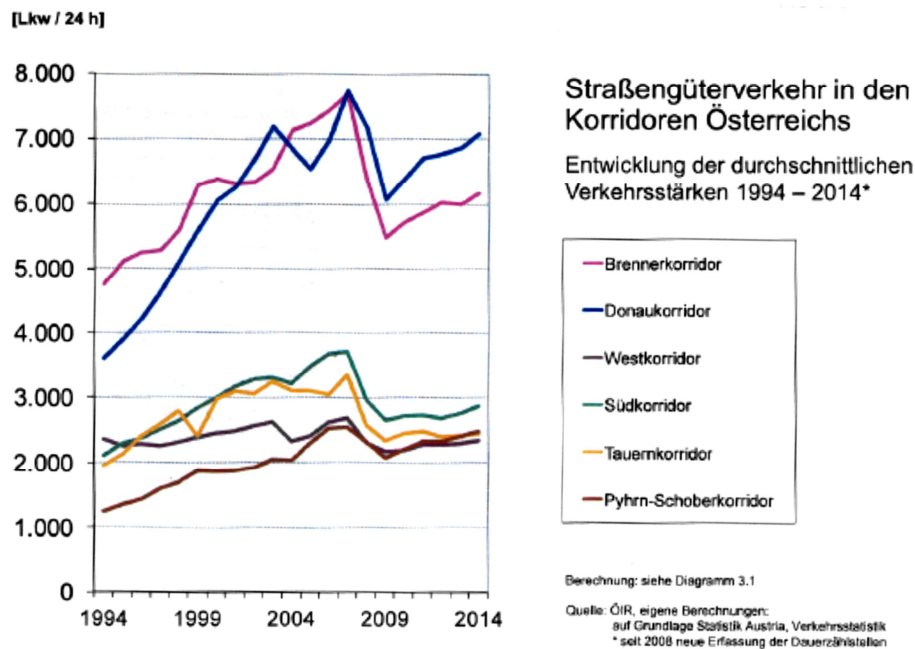
Im Gegenzug pendeln nur 0,7% der in Österreich wohnenden Erwerbstätigen in das Ausland aus. 95% davon pendeln nach Deutschland, die Schweiz und Liechtenstein. Nur 1,2% pendeln nach Ungarn, Tschechien, Slowenien oder in die Slowakei.

Für Arbeitnehmer aus den benachbarten MOE/SOE-Staaten ist es aufgrund des Lohngefälles attraktiv, in Österreich zu arbeiten und im Heimatland weiterhin zu wohnen. Unternehmen nutzen dieses Arbeitskräfteangebot vor allem im Dienstleistungssektor (Tourismus, Gastronomie, Pflege) und am Bau (Entsenderichtlinien). Insgesamt erhöht sich der Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt.

4.6. TRANSPORT, VERKEHR

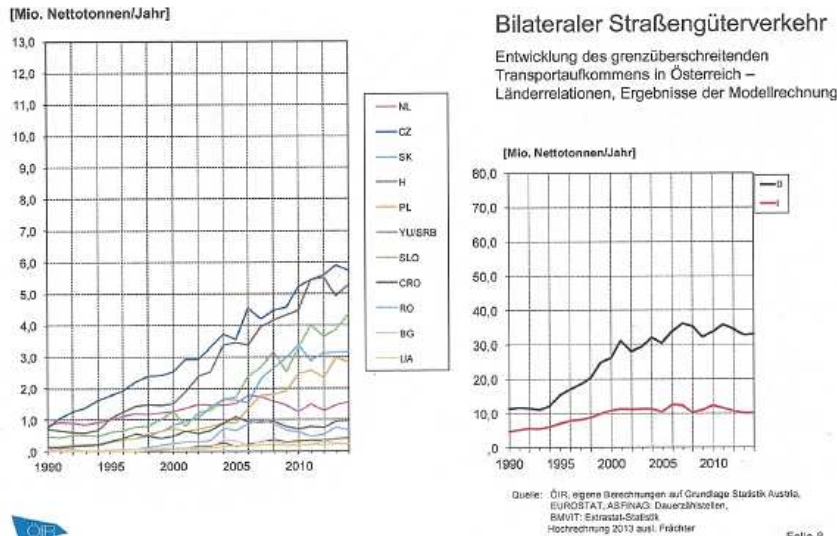
Ein wesentlicher Indikator für die Entwicklung von räumlichen Verflechtungen und wirtschaftlicher Integration sind die grenzüberschreitenden Transport- und Verkehrsbeziehungen im Güterverkehr. Die Analyse der langfristigen Entwicklung des Straßengüterverkehrs zeigt die besondere Dynamik im Donaukorridor mit einem dynamischen Wachstum in den 1990er-Jahren. Im Vergleich zum Brennerkorridor fiel der Rückgang nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise geringer aus als etwa im Brenner-, Süd- und Tauernkorridor. Der Pyhrn-Schoberkorridor als Verbindung nach Südosteuropa ist zwar weniger dynamisch gewachsen, dafür in Zeiten der Wirtschaftskrise relativ stabil geblieben.

Grafik 20 / Straßengüterverkehr im Korridorvergleich



Die Analyse nach Länderrelationen zeigt eine besonders dynamische Zunahme des Straßengüterverkehrs mit den MOE/SOE-Nachbarländern. Im bilateralen Güterverkehr auf der Schiene stagniert hingegen das Aufkommen mit den meisten MOE/SOE-Ländern oder geht sogar zurück. Das gilt allerdings auch für westliche Länder wie Deutschland, Italien oder die Niederlande.

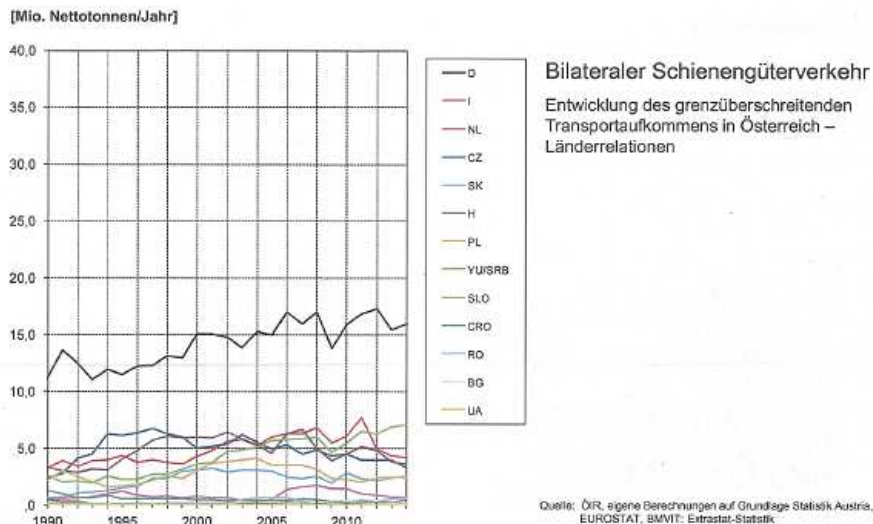
Grafik 21 / Bilateraler Güterverkehr auf der Straße nach Länderrelationen



Quelle: Österreichisches Institut für Raumplanung (ÖIR), 2015.

In der Entwicklung des Schienengüterverkehrs spiegelt sich die generelle Verlagerung von der Schiene zur Straße wider, aber auch der Niedergang der Staatsbahnen in den MOE/SOE-Ländern. Dazu kommt die Stagnation des schienenaffinen Massengütertransports wie Energierohstoffe, Mineraldünger oder Erze.

Grafik 22 / Bilateraler Schienengüterverkehr nach Länderrelationen



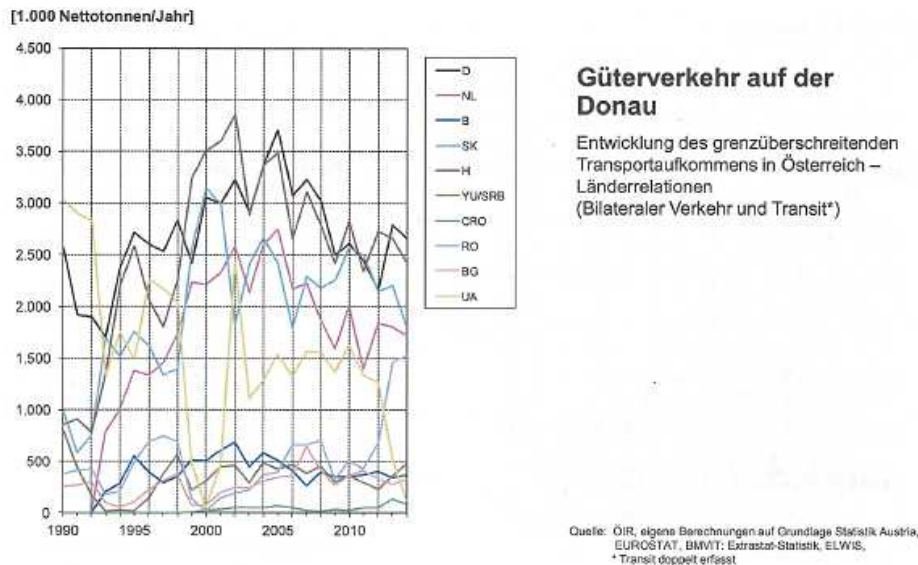
Quelle: ÖIR, 2015.

Auch im Güterverkehrsaufkommen auf der Donau ist die wirtschaftliche Integration nicht ablesbar. Dies ist auf mehrere Gründe zurückzuführen:

- › Die Donau ist ein traditioneller Massenguttransportträger. Über 95% der transportierten Güter (in t) sind Massengüter. Da die Donau zusammen mit dem Rhein-Main-Donaukanal nicht für

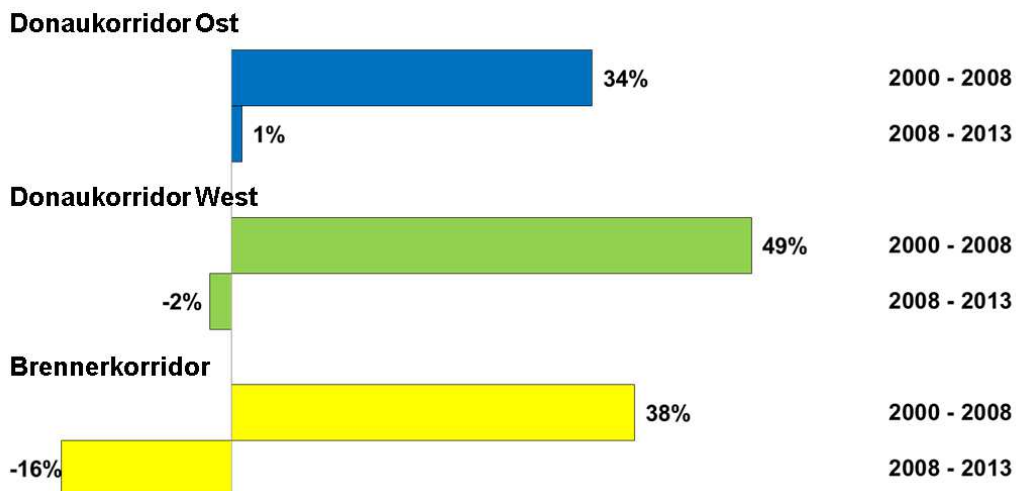
Containerschifffahrt geeignet ist (zu geringe Brückenhöhen erlauben nur nicht rentable 2-lagige Containertransporte), findet keine Verlagerung von hochwertigen Gütern auf die Donau statt. Dazu ist die Hafeninfrastuktur in Osteuropa nicht auf dem logistischen Qualitätsniveau, das für eine Konkurrenzfähigkeit zu Straße oder Schiene erforderlich wäre.

Grafik 23 / Bilateraler Güterverkehr auf der Donau nach Länderrelationen



Vergleicht man das gesamte Güterverkehrsaufkommen im Donaukorridor etwa mit dem Brennerkorridor als wichtigstem Nord-Süd-Korridor in Österreich, zeigt sich im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 eine ähnlich dynamische Entwicklung. Im Zeitraum der Finanz- und Wirtschaftskrise erwiesen sich die grenzüberschreitenden Beziehungen zu Osteuropa deutlich krisenstabiler als etwa im Brennerkorridor.

Grafik 24 / Entwicklung des grenzüberschreitenden Güterverkehrsaufkommens 2000-2013



Quelle: ÖIR (2015), Güterverkehr im Donaukorridor und in Österreich.

Die Entwicklung der Güterverkehrsverflechtungen zeigt die dynamische wirtschaftliche Integration mit den MOE/SOE-Ländern. Der starke Zuwachs besonders im Straßengüterverkehr bestätigt auch den Wandel in der Struktur des Warenaustauschs hin zu hochwertigeren Halbfertig- und Fertigwaren. Die Donau als symbolträchtige Verbindungsader hat als Transportträger allerdings nur eine untergeordnete Bedeutung.

4.7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HYPOTHESEN

Außenhandel und Direktinvestitionen

Die Analyse zeigt die große wirtschaftliche Bedeutung der MOE/SOE-Länder für Österreich, sowohl im Außenhandel als auch bei Direktinvestitionen. Trotz der relativ geringen Wirtschaftsleistung der MOE/SOE-Länder gehen rund 20% der österreichischen Exporte in diese Länder (zum Vergleich Deutschland 30%), wobei davon auszugehen ist, dass dieser Anteil mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung steigen wird und dieser Raum über die längere Frist (in Jahrzehnten) zum wichtigsten Exportmarkt für Österreich wird. Insofern sollte ein großes Interesse Österreichs an der Entwicklung im Donauraum bestehen. Aufgrund der aggregierten Analyse besteht aber weiterer Forschungsbedarf der Details des Außenhandels bzw. der Direktinvestitionen, da es aufgrund des sektoralen Wandels in den MOE/SOE-Ländern sicherlich zu Verschiebungen (mit neuen Möglichkeiten und Risiken) kommen wird. Dies gilt insbesondere auch für den Dienstleistungshandel, speziell den Handel mit Business-Dienstleistungen, der insgesamt statistisch nur schwer zu erfassen ist und die Auswirkungen auf österreichische Firmen kaum einzuschätzen sind.

Tourismus

Vor dem Hintergrund der touristischen Entwicklung mit den MOE/SOE-Ländern werden folgende Hypothesen zur Diskussion gestellt:

- › Aus der Sicht des österreichischen Tourismus ist ein weiterer wirtschaftlicher Aufholprozess der MOE/SOE-Länder von großem Interesse. Diese Länder bieten hohe Marktpotenziale für die Zukunft.
- › Die osteuropäischen Tourismusmärkte stellen für Österreich keine relevante Konkurrenz dar.
- › Die ost- und südosteuropäischen TouristInnen bilden vor allem für die tourismusschwächeren Regionen in Ostösterreich ein wichtiges Zielpublikum.
- › Regionalpolitische und grenzüberschreitende Förderprogramme zum Ausbau und zur Qualitätsverbesserung der touristischen Infrastruktur sind auch weiterhin sinnvoll.

Wanderungsströme

Für Österreich ist diese Zuwanderung mit Chancen und Risiken verbunden. Folgende Chancen ergeben sich:

- › Die steigende Einwohnerzahl erhöht die Kaufkraft.
- › Die Zuwanderung führt zu einer Kompensation der negativen Geburtenbilanzen in vielen Regionen Österreichs, besonders in den östlichen Bundesländern. Die Aufrechterhaltung der Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen mit Bevölkerungsrückgang wird erleichtert.
- › Die erwartete Abnahme vor allem der Erwerbsbevölkerung wird gedämpft.
- › Teilweise gut ausgebildete Personen decken die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften ab.
- › Die EinwanderInnen aus den MOE/SOE-Ländern bringen einen sprachlichen und mentalitätsmäßigen Hintergrund mit, der für den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen zu diesen Ländern einen wertvollen Beitrag leisten kann. Österreich verfügt über einen breit gestreuten „Schatz“ an persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungsmustern in allen MOE/SOE-Ländern.

Den Chancen stehen auch Risiken gegenüber:

- › Der Druck am Arbeitsmarkt erhöht sich, es kommt zu Verdrängungseffekten, Lohndumping und steigender Arbeitslosigkeit vor allem in den Hauptzieldestinationen der Zuwanderung, den Städten.
- › In den Städten entstehen große Herausforderungen bei der Schaffung von Wohnraum, der Bewältigung des erhöhten Verkehrsaufkommens sowie der Ausweitung der Kapazitäten der technischen und sozialen Infrastruktur.
- › Die Integration der zugewanderten Gruppen erfordert einen besonderen Aufwand.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bevölkerungsprognose, in der bis 2030 eine ausgeglichene Geburtenbilanz erwartet wird, begründet sich das prognostizierte Bevölkerungswachstum ausschließlich auf Zuwanderung. Die Zuwanderung ist für die wirtschaftliche Entwicklung relevant, weil ohne Zuwanderung eine Abnahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erwarten wäre.

Österreich hat also einerseits ein Interesse an einer moderaten Zuwanderung, andererseits besteht die Gefahr eines zu dynamischen Zuzugs bei einer gleichzeitigen Schwächung der Herkunftsregionen, die als potenzielle Wachstumsmärkte vor der österreichischen Haustüre von wirtschaftlichem Interesse sind.

Vor diesem Hintergrund werden folgende Hypothesen formuliert:

- › Eine weitere Konvergenz der MOE/SOE-Staaten liegt auch aus demografischer Sicht im österreichischen Interesse. Eine weitere Dynamisierung der Zuwanderung könnte die

Integrationskapazitäten vor allem in den Hauptzielgebieten der Zuwanderung überfordern (Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Infrastrukturen der Daseinsvorsorge).

- › Ein Brain-Drain aus den MOE/SOE-Länder nach West- und Nordeuropa schwächt deren wirtschaftlichen Aufholprozess und damit auch Chancen für die österreichische Wirtschaft auf diesen Märkten.
- › Die bisherige Zuwanderung und eine weiterhin moderate Zuwanderung stellen einen „Schatz“ dar, der grenzübergreifende „Wissensspillover“-Effekte ermöglicht, die zu Win-win-Situationen für die ökonomische und die soziale Entwicklung führen kann.
- › Die Zuwanderung aus den MOE/SOE-Ländern stellt auch eine Chance für die Regionen mit Bevölkerungsrückgang dar. Regionen mit Bevölkerungsrückgang haben bereits jetzt eine positive Außenwanderungsbilanz. Eine positive Haltung zu internationaler Zuwanderung mit umfassenden Integrationsangeboten könnte als Chance genutzt werden.

Arbeitsmarktverflechtungen – Pendlerbeziehungen

Aus der Analyse ergibt sich folgende Hypothese: Nur eine dynamische Wirtschaftsentwicklung der MOE/SOE-Länder und eine Verringerung des Lohndifferentials werden den Zustrom auf den österreichischen Arbeitsmarkt reduzieren. Durch den Rückgang der Erwerbsbevölkerung als Folge von negativer Geburten- und Wanderungsbilanz in den MOE/SOE-Ländern ist aber mittelfristig von einer Entspannung auszugehen.

Transport, Verkehr

Die Analyse der Transport- und Verkehrsverflechtung gibt Anlass zu folgender Hypothese: Die Güterverkehrsbeziehungen mit den MOE/SOE-Ländern spiegeln die „Normalisierung“ der Wirtschaftsverflechtungen in Mitteleuropa wider. Der Ausbau und die Qualitätsanpassung der Infrastruktur- und Logistiksysteme bleibt aber eine zentrale Aufgabe.

5. Regionalentwicklung und Regionalpolitik

Im Folgenden wird untersucht, in welcher Form die Entwicklung in Mittelost- und Südosteuropa in der österreichischen Regionalentwicklung und -politik eine Rolle spielt. Dabei kann unterschieden werden in

- (1) Regionalentwicklung innerhalb Österreichs
- (2) Grenzüberschreitende Regionalentwicklung

5.1. REGIONALENTWICKLUNG INNERHALB ÖSTERREICHS

Es stellt sich die Frage, ob und in welcher Weise die Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern bzw. -Regionen bei der Erstellung von Konzepten der Regionalentwicklung mit ins Kalkül genommen wird. Als wesentliche Quelle zur Klärung dieser Frage werden die Österreichischen Raumordnungs- bzw. Raumentwicklungskonzepte, die alle zehn Jahre erstellt werden, sowie die diversen Landesentwicklungsprogramme herangezogen.

5.1.1. Österreichisches Raumordnungs- und Raumentwicklungskonzept (ÖREK)

Es wurden die Konzepte von 1991, 2001 und 2011 analysiert. Dabei kann grob zwischen den Inhalten der Analysen und der Zielkapitel unterschieden werden (siehe Tabelle 28).

(1) Inhalte der Analysekapitel

- › In allen Konzepten wird die Verschiebung des Standortraumes Österreich von einer Grenz- und Randlage in die Mitte Europas hervorgehoben, die mit großen Chancen verbunden wird.
- › Im Konzept 1991 wurden noch die Risiken stärker betont (Zuwanderung, Transitverkehr, verschärfte Konkurrenzverhältnisse), während 2001 eine proaktive Sicht auf die Chancen insbesondere der EU-Osterweiterung dominiert. Im Konzept 2011 wird eine erfolgreiche Nutzung der Chancen der EU-Osterweiterung in Richtung Mittelost- und Südosteuropa konstatiert. Für die Zukunft wird aber eher der sich verschärfende Standortwettbewerb hervorgehoben.

(2) Ziele

- › In allen Konzepten stellt die Ertüchtigung des Standortes Österreich und der regionalen Standorte im Standortwettbewerb ein zentrales Ziel dar.
- › Im Konzept 1991 schlagen sich die in der Analyse beschriebenen Veränderungen in der politischen und wirtschaftsräumlichen Landschaft Europas darüber hinaus noch nicht in konkreten Zielen oder Maßnahmen nieder.

- › Das Konzept 2001 reagiert im Gegenzug dazu sowohl bei Zielen als auch den Maßnahmen ausführlich auf den globalen und europäischen Integrationsprozess. Die Entwicklung von inhaltlichen und institutionellen Strategien der Regional- und Sektorpolitiken auf die Veränderungsprozesse einerseits und der Ausbau grenzüberschreitender Regionalentwicklung andererseits stellen einen Schwerpunkt des ÖREK 2001 dar. Österreich wird als Brückenkopf und Drehscheibe gesehen. Als zentrale Ziele werden der Aufbau von grenzüberschreitenden Netzwerken und Netzknoten sowie die Stärkung der grenzüberschreitenden Kooperation formuliert. Dabei sollen Österreich und die Bundesländer auf EU-Ebene und auf der Ebene grenzüberschreitender Programme eine aktive Rolle einnehmen.
- › Im Gegensatz dazu beschränkt sich das ÖREK 2011 wieder auf die allgemeine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Standortentwicklung. Die grenzüberschreitende wirtschaftliche Integration soll weiter gestärkt und die regionalen Kooperationsbeziehungen grenzüberschreitend ausgebaut werden, das heißt die Entwicklung in der Vergangenheit und die laufende Entwicklung soll weiter verfolgt werden.

Folgende Hypothesen werden aus der Analyse der Österreichischen Raumordnungs- und Raumentwicklungskonzepte abgeleitet:

- › In allen Konzepten wird durch die Globalisierung und die Integration Europas mit einem verschärften Standortwettbewerb gerechnet, der eine Verbesserung der Standortqualität erfordert: das Mantra des Standortwettbewerbs dominiert die Regionalentwicklung und Regionalpolitik.
- › Die Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern spielt vor allem in der Phase nach dem EU-Beitritt Österreichs und vor der EU-Osterweiterung eine große Rolle. Das gilt für die Analyse und die Ziele sowohl der Regionalentwicklung innerhalb Österreichs als auch der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung: Österreich als proaktiver Akteur beim Aufbau von grenzüberschreitenden Netzwerken und Partnerschaften. Damit soll ein Pendant zur sich entwickelnden Netzwerkökonomie auf institutioneller Ebene geschaffen werden und der österreichischen Wirtschaft unterstützende Rahmenbedingungen geboten werden.
- › Das ÖREK 2011 spiegelt einen pragmatischen Umgang mit der globalen Entwicklung im Allgemeinen und der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern wider. Weder werden besondere Chancen, noch besondere Risiken betont. Die Anforderungen an die Standortentwicklung bleibt unspezifisch wettbewerbsgetrieben, gleichzeitig soll die grenzüberschreitende Kooperation gepflegt und ausgebaut werden: Pragmatismus und gedämpfte Erwartungen haben visionären Elan abgelöst.
- › Dieser „Bedeutungsverlust“ der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern im ÖREK 2011 hat mehrere Gründe:
 - Etablierung von institutionellen und inhaltlichen Routinen durch die vorgegebene EU-Programmarchitektur sowohl für die nationalen als auch die grenzüberschreitenden Programme. Die Beschäftigung mit Analysen, Strategien und Zielen hat sich auf die Ebene der Programmerstellung und -umsetzung verlagert (z. B. STRAT.AT, INTERREG, etc.).

- Die grenzüberschreitenden Prozesse der Programmarbeit und der Projektarbeit erweisen sich als bürokratisch aufwendig. Die verwaltungsinternen Ressourcen können mit dem erforderlichen Mehraufwand nicht Schritt halten.
- Die Zusammenarbeit ist aufgrund instabiler institutioneller Strukturen in den Partnerländern teilweise mühsam, die produktive Rolle Österreichs wird einerseits eingefordert, andererseits misstrauisch gesehen.
- Sektorpolitische Differenzen auf nationaler Ebene (z. B. Bankenpolitik, Energiepolitik, Flüchtlingspolitik) überschatten die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Tabelle 28: MOE/SOE-Länder in Österreichischen Raumordnungs- und -entwicklungskonzepten

Inhalte	ÖROK 1991	ÖREK 2001	ÖREK 2011
Ausgangslage Analyse	<p>Die Rolle Österreichs wandelt sich von einem am Rande eines Wirtschafts- und Gesellschaftsraumes liegenden Staat zu einem aus allen Nachbarstaaten gleichermaßen zugänglichen Lebens- und Wirtschaftsraum.</p> <p>Die gesamteuropäische Integration bietet große Vorteile und eröffnet Möglichkeiten für erweiterte Wirtschaftsbeziehungen. Allerdings sind auch Belastungen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, sich verschärfende Konkurrenzverhältnisse und erhöhte internationale Wanderung zu erwarten.</p> <p>Demografische Entwicklung: vermehrte Zuwanderung.</p> <p>Wirtschaftsentwicklung: kurzfristig höhere Risiken durch Instabilität, langfristig höhere Chancen durch wirtschaftliche Aufholprozesse.</p>	<p>Standort Österreich ist Binnenland in der Mitte Europas – vom Grenzland zur Brücke – mit der Donau als Identitätsstifter.</p> <p>Globalisierung und europäische Integration führen zu Internationalisierung und Verstärkung des Wettbewerbs.</p> <p>Regionale Standortfaktoren werden infolge europäischer Harmonisierung (Binnenmarkt, Euro) wichtiger.</p> <p>„Offenere Ostgrenzen“ führen zu neuen Erreichbarkeitspotenzialen für Wirtschaft und Gesellschaft.</p> <p>Risiken durch „Wohlstandskante“ zu Osteuropa.</p>	<p>Beschleunigte Integration der Regionen in einen globalen Wettbewerb bei wachsender gegenseitiger Abhängigkeit und verstärktem Standortwettbewerb.</p> <p>Von einem ökonomisch „ärmeren“ Land an der Grenze der westlichen Welt zu einer ausgesprochen erfolgreichen, offenen Volkswirtschaft in der Mitte Europas.</p> <p>Der Banken- und Versicherungssektor, der EDV- und Informationsbereich sowie die Telekommunikation expandierten besonders nach Südost- und Osteuropa und profitierten von der EU-Erweiterung in hohem Maße.</p> <p>Die Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen, vor allem in Zentral- und Osteuropa, haben eine neue Position der österreichischen Wirtschaft in Europa erarbeitet.</p>
Ziele	<p>Stärkung der Innovationen – Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit.</p> <p>Zusätzliche Wachstumsimpulse in wirtschaftsschwachen Gebieten.</p> <p>Dosierter Rückbau nicht mehr tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen.</p> <p>Unterstützung von wirtschaftlich besonders belasteten oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen.</p>	<p>Positionierung der österreichischen Standortqualitäten im transnationalen Netz von Standorten.</p> <p>Ausschöpfung und Weiterentwicklung endogener Potenziale österreichischer Regionen.</p> <p>Ausrichtung standortrelevanter Sektorpolitiken auf großräumige und europäische Rahmenbedingungen.</p> <p>Ausbau der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur zur Stärkung der Drehscheibenfunktion Österreichs.</p> <p>Entwicklung grenzübergreifender Standorträume.</p> <p>Nutzung grenzüberschreitender Synergien, grenzüberschreitende Kooperation besonders im Nahbereich von Agglomerationen.</p> <p>Unterstützung von KMU bei der Anpassung an Veränderungen.</p> <p>Grenzüberschreitende Entwicklungs- und Strategiekonzepte.</p> <p>Nutzung der INTERREG-Programme.</p>	<p>Eine wirtschaftsbezogene Raumentwicklungsstrategie soll a) den Strukturwandel substanziell unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit seiner Regionen fördern, b) dazu beitragen, regionale Standortqualitäten (insbesondere Erreichbarkeit) gezielt und räumlich abgestimmt auszubauen und nachhaltig zu sichern, c) die Effekte der Staatsgrenzen weiter abbauen und grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen stärken.</p> <p>Eine kooperative und effiziente Handlungsstruktur im Bereich der Raumentwicklungspolitik soll mit Österreichs Nachbarstaaten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit pflegen.</p> <p>Relevanter Aufgabenbereich: Kooperation mit den Nachbarstaaten, grenzüberschreitende Perspektiven stärken.</p> <p>Wirkungsziel: verstärkte Ausrichtung der lokalen und regionalen Kooperationsbeziehungen auf die Nachbarn Österreichs.</p>

5.1.2. STRAT.AT

Neben dem ÖREK ist der Nationale Strategische Rahmenplan (STRAT.AT) das zentrale Programmdokument, in dem Ziele und Leitlinien der österreichischen Regionalpolitik festgelegt werden. Die Analysen in den Programmdokumenten selbst und in den regelmäßigen strategischen Berichten konzentrieren sich auf die Entwicklung in Österreich sowie auf globale Entwicklungen (z. B. Finanz- und Wirtschaftskrise). Die Entwicklungen in den MOE/SOE-Ländern mit den möglichen Auswirkungen auf die Regionalentwicklung in Österreich werden dabei nicht tiefer behandelt.

Hypothese:

Der STRAT.AT konzentriert sich auf die Koordinierung von Programmzielen und Aktivitäten. Dabei wird von globalen Entwicklungen und der innerösterreichischen Performance ausgegangen. Die Nutzung der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern wird kursorisch als Erfolgsgeschichte beschrieben, die fortgesetzt werden soll. Eine detailliertere Analyse wird vor diesem Hintergrund nicht für notwendig erachtet.

5.1.3. Landesentwicklungsprogramme, -konzepte und -strategien

Aus der regionalen Ebene selbst werden die Strategien, Ziele und Maßnahmen einerseits auf Landesebene und in einigen Bundesländern auch auf der Regionsebene selbst festgelegt.

Es wurde untersucht, in welcher Form auf die Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern für die eigene oder die grenzüberschreitende Regionalentwicklung Bezug genommen wird. Dabei werden die Konzepte jener Länder analysiert, die an Tschechien, die Slowakei, Ungarn oder Slowenien angrenzen.

LANDESENTWICKLUNGSLEITBILD STEIERMARK (2013)

Das Landesentwicklungsleitbild ist unter anderem Grundlage für die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik 2014+ in der Steiermark.

Kapitel 2.1 Strategiefeld 1 „Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Steiermark“

Im Strategiefeld 1 wird in der Ausgangslage (Kap. 2.1.1) festgestellt, dass die Steiermark von der wirtschaftlichen Stärkung Südosteuropas profitiert. „Die räumliche Lage unterstreicht die Notwendigkeit von Kooperationen, um ausreichende Marktgrößen und Kooperationsräume zu erreichen. Potenziale liegen in einer abgestimmten Entwicklung mit den angrenzenden Regionen. Es gibt eine Reihe von sich dynamisch entwickelnden Mittel- und Großstädten (neben Graz bspw. Villach-Klagenfurt, Ljubljana, Triest, Zagreb) im weiteren Einzugsbereich der Steiermark. Durch die Herausbildung grenzübergreifender und transnationaler Kooperationsräume mit einem polyzentrischen Netzwerk an Groß- und Mittelstädten kann die Steiermark endgültig in das Zentrum des europäischen Wirtschaftsraumes rücken ...“. Als „gravierende Schwäche“ werden Defizite der Schienen-Infrastruktur bei der Anbindung der Erweiterungsländer und daraus folgend ungünstige Erreichbarkeiten genannt.

Im Kapitel 2.2.2 „Strategien und Maßnahmen“ kommen Mittel-Ost- und Südosteuropa explizit nur in Kap. 2.1.2.4 „Erreichbarkeit und internationale Anbindung“ vor: „Im Sinne der Standortentwicklung geht es [unter anderem] darum, transnational die Südintegration zu stärken. Die Chance liegt hier in der Herausbildung eines neuen grenzübergreifenden funktionalen Raumes, insbesondere Obersteiermark – Graz – Maribor und weiter nach Ljubljana/Zagreb sowie generell in einer polyzentrischen Entwicklung unter Einbindung des Kärntner Zentralraums und oberitalienischer Städte.“

Kapitel 3 Governance

In der Strategie zum steirischen Zentralraum (Kap. 3.1.1) wird u. a. auch die „Stärkung der Drehscheibe Süd-Ost“ erwähnt. „Wesentlich wird in Zukunft die stärkere innerösterreichische Vernetzung ... sowie die südosteuropäische Vernetzung mit Triest, Maribor, Ljubljana, Zagreb, Belgrad und Budapest sein.“

In Kap 3.2 „Vernetzung und integrierter Ansatz“ wird unter „Äußere Vernetzung“ (3.2.1) der politische Integrationsprozess Europas als positive Standortbedingung für die Steiermark bezeichnet. „In Zukunft profitiert die Steiermark vom Stabilisierungs-, Aufhol- und Integrationsprozess der Staaten und Regionen Südosteuropas.“ Es soll die Kooperationskompetenz weiterentwickelt werden, erfolgreiche Partnerschaften sollen vertieft und neue themen- und lösungsorientierte Formen der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene entwickelt werden. Für die Steiermark erschließen sich „durch grenzüberschreitende und gesamteuropäische Kooperationen im Rahmen der Europäischen Förderprogramme eine Vielzahl an Möglichkeiten für Impulse regionaler Entwicklungen.“

Wirtschaftsstrategie Steiermark

Im Kapitel 5 „Kernstrategien“ werden fünf Kernstrategien beschrieben. Die Kernstrategie der Standortentwicklung wird anhand von drei marktorientierten Leitthemen (Mobility, Eco-Tech, Health-Tech) beschrieben. Das Thema der wirtschaftlichen Verflechtungen mit MO-SO-Europa oder mit dem Nachbarland Slowenien wird in Kap. 5 nur kurz und oberflächlich gestreift, und zwar unter der Beschreibung der Kernstrategie 5 „Internationalisierung“. Hier wird unter anderem festgehalten, dass die Steiermark „heute vom Stabilisierungs-, Aufhol- und Integrationsprozess der Regionen Südosteuropas profitiert. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung muss jedoch weiter ausgebaut und mit der Europastrategie des Landes abgestimmt werden. Dazu sollen die transnationalen Programme der EU entsprechend ausgerichtet werden.“

LANDESENTWICKLUNGSPROGRAMM BURGENLAND

1. Grundsätze der räumlichen Entwicklung des Bundeslands

Unter Punkt 1.3 „Kooperationen als Mehrwert entwickeln“ ist festgehalten, dass Kooperationen, die Landes- oder Gemeindegrenzen überschreiten, strategisch wichtig sind und weiterentwickelt werden sollen, „um die Möglichkeiten, die sich aus der günstigen Lage des Burgenlands in Europa ergeben, optimal zu nutzen. Die internationale Vernetzung soll maßgeblich zur Entwicklung des Landes ... beitragen und ist auch in Zukunft auszubauen.“

2. Ziele

Im Kap. 2.3.2 „Infrastruktur und Mobilität“ wird die Verbesserung der großräumigen Verkehrslage ... vor allem im Schienenverkehr erwähnt, und zwar im Hinblick auf die „Lage des Burgenlands zwischen den Zentralräumen Wien, Graz, Bratislava und Budapest“.

Im Kapitel 2.5.2 „Kultur“ wird erwähnt, dass das Land eine „interkulturell hoch kompetente Region mit hohen Anteilen einer mehrsprachigen Bevölkerung“ ist. „Die besondere Kooperationskultur ist mit entsprechenden Bildungsangeboten zu unterstützen und verstärkt als Potenzial für die regionalwirtschaftliche Zusammenarbeit auf staatlicher, regionaler und kommunaler Ebene zu nutzen.“

Im Begleittext zur Verordnung wird darauf verwiesen, dass der EU-Beitritt und die EU-Osterweiterung die Lagequalität des Burgenlands stark verbessert haben. Das österreichisch-ungarisches Projekt „Nachhaltiger umweltfreundlicher Verkehr und Tourismus in sensiblen Gebieten am Beispiel der Region Neusiedler See / Fertő-tő“ wird als Beispiel für nachhaltige Mobilität hervorgehoben. Der grenzüberschreitende Nationalpark Neusiedler See und das UNESCO-Welterbe werden im Begleittext erwähnt.

3. Standörtliche und zonale Festlegungen

Grenzüberschreitende Aspekte sind nur bei der Sonderzone Neusiedler See erwähnt, die besondere Bedeutung „für den naturnahen Tourismus in der grünen Mitte des Centrope-Gebietes zwischen Wien, Bratislava und Sopron aufweist“.

LANDESRAUMORDNUNGSPROGRAMM OBERÖSTERREICH (LAROP) (ENTWURF)***Leitmotiv 4: Eine tragfähige Wirtschaft- und Arbeitswelt fördern***

Tourismus

- › Für die künftige touristische und räumliche Entwicklung des Landes wird auch die verstärkte Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern sowie Bayern, Südböhmen und Südmähren von Bedeutung sein. Die Werbegemeinschaft Salzkammergut, der Nationalpark Kalkalpen und Kooperationen im Rahmen der EUREGIOs mit Deutschland und der Tschechischen Republik sind Schritte in diese Richtung.
- › Angebotsentwicklung in Kooperation mit den benachbarten Bundesländern sowie mit Bayern, Südböhmen und Südmähren (Ansatzpunkte sind z. B. die Werbegemeinschaft Salzkammergut, der Nationalpark Kalkalpen und die EUREGIOs).

Leitmotiv 5: Die regionale Handlungsebene stärken

- › Nicht zu vernachlässigen sind auch Kooperationen über die Grenzen Oberösterreichs hinweg, Oberösterreich hat intensive Beziehungen mit seinen Nachbarregionen. Es sind dies die österreichischen Bundesländer Niederösterreich, Salzburg und die Steiermark sowie die Tschechische Republik und Bayern.

Handlungsräume

Für das LAROP wurden fünf Hauptkategorien von Handlungsräumen zur Umsetzung der Raumordnungs- und Regionalentwicklungsziele definiert:

1. Siedlungskernräume mit den jeweiligen Verflechtungsräumen
2. Achsenräume
3. Ländliche Stabilisierungsräume
4. Räume mit touristischem Landschaftspotenzial
5. Grenzüberschreitende Kooperationsräume: EUREGIO Bayerischer Wald – Böhmerwald

Weiterentwicklung der bestehenden Leitbilder und Vertiefung der landesübergreifenden Kooperationen insbesondere bei den Handlungsfeldern Tourismus und Freizeitwirtschaft, Gesundheit und Sozialwesen sowie bei der Abstimmung von Verkehrs- und Energiefragen.

STRATEGIE- UND MASSNAHMENPLAN FÜR DIE EUROPAREGION DONAU-MOLDAU (EDM)

Das Strategiepapier wurde im Jahr 2013 von ExpertInnen der Regionalentwicklung (in Österreich: ÖAR) erstellt und politisch abgestimmt.

Es werden acht strategische Zukunftsfelder definiert, die den drei Prioritäten „Innovation & Wachstum“, „Nachhaltigkeit & Lebensqualität“ und „Vielfalt und Begegnung“ zugeordnet werden. (1) Forschungs- und Innovationsraum EDM, (2) Hochschulraum EDM, (3) Unternehmenskooperation und Clusterbildung, (4) Qualifizierte Arbeitskräfte – flexibler Arbeitsmarkt, (5) Natur- und Gesundheitstourismus, Städte- und Kulturtourismus, (6) Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, (7) Mobilität, Erreichbarkeit und Verkehr, (8) Diversity, Sprache und interkulturelle Bildung.

Für alle Zukunftsbereiche sind Aktionsbereiche definiert; viele davon betreffen grenzüberschreitende Kooperationen, die hier nur beispielhaft angeführt werden: gemeinsame Forschungs- und Innovationsstrategie, trinationale Forschungsprojekte, gemeinsame Studienlehrgänge und Professuren, Ausbau von Clustern und Unternehmenskooperationen, grenzüberschreitende Clusterkooperation, Attraktivitätssteigerung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte, kooperative Angebotsentwicklung und Marketing im Tourismus (z. B. Städtedestinationen oder Großveranstaltungen), Kooperation in der Verkehrsplanung, Verbesserung der grenzübergreifenden ÖPNV-Verbindungen, kulturelle Vernetzung und gemeinsame Veranstaltungen.

RÄUMLICHE STRATEGIE ZUR LANDESENTWICKLUNG KÄRNTENS (STRALE!K 2008)

Ausgangssituation und Herausforderungen

Internationale Lage und Wirtschaft:

Die internationale Positionierung von Standorten erfordert Mindestgrößen und daher eine Integration von Standorträumen. Dies erfordert „... eine grenzüberschreitende Perspektive für die Standortentwicklung. Die räumliche Lage (angrenzend an EU-Erweiterungsländer) bietet neue Chancen zu einem Aufbau grenzüberschreitender Zuliefernetzwerke sowie Positionierung im Dienstleistungssektor. Das Potenzial der verbesserten internationalen Lage sollte auch wirtschaftlich genutzt werden.“

LANDESENTWICKLUNGSKONZEPT NIEDERÖSTERREICH 2005

Kapitel 2: Herausforderungen

Unter den Herausforderungen wird erwähnt, dass „die Standortkonkurrenz über nationale Grenzen hinweg nach der EU-Erweiterung nochmals an Intensität zunehmen wird, weil die neuen EU-Länder gegenüber NÖ Standortvorteile haben“ (wie niedrige Lohnkosten und Steuern sowie hohe Regionalförderungen).

Wirtschaftsstrategie Niederösterreich 2014

Dieses kurze Dokument wurde 2014 von der Wirtschaftsabteilung der Niederösterreichischen Landesregierung erstellt. Aufbauend auf Stärken – Schwächen – Chancen – Bedrohungen werden Ziele, Handlungsprinzipien, Kernstrategien und Handlungsfelder definiert.

Unter den Stärken wird erwähnt, dass die Exporte von niederösterreichischen Unternehmen von Ostöffnung und EU-Erweiterung profitieren. Unter den Schwächen finden sich der demografische Wandel und die Abwanderung, die regional zu schwierigen Rahmenbedingungen führen.

Unter den Handlungsprinzipien wird vermerkt, dass der „Kontakt zu strategischen Kooperationspartnern ... (z. B. im Donaauraum) gesucht bzw. intensiviert“ werden soll.

Bei den Kernstrategien werden die gegenständlichen Themen nicht weiter erwähnt.

STADTENTWICKLUNGSPLAN WIEN 2025 (STEP 2025)

Wien steht als Metropolregion selbstverständlich im Wettbewerb mit anderen Metropolregionen.

Kooperation innerhalb der Metropolregion Centropo in Bezug auf

- › Infrastrukturentwicklung, Mobilitätsmanagement,
- › zukünftige integrierte Entwicklung mit Konzepten und Managementinstrumenten

Die Metropolregion Wien mit Wien als „hochkarätigem Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort“ tritt als aktiver Akteur auf und übernimmt eine führende Rolle in Initiativen wie Centropo und Donaauraumstrategie.

Entwicklung der Metropolregion Centropo als polyzentrisches Netzwerk.

Weiterentwicklung der regionalen und internationalen Kooperationsstrukturen.

Weiterentwicklung der Centropo-Region.

Die Analyse der Landesentwicklungsprogramme, -konzepte und -strategien zeigt, dass diese Instrumente der Regionalentwicklung kaum auf tieferegehende Analysen der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern und deren Auswirkungen auf die Regionalentwicklung aufbauen. Auch die Ziele und Maßnahmen sind mit Ausnahme von Wien zumeist wenig konkret. Überwiegend wird die Entwicklung als Herausforderung für die Standortentwicklung im Standortwettbewerb gesehen. Gleichzeitig wird der Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation als allgemeiner Auftrag an die Regionalpolitik und -planung formuliert.

Hypothese

Die Planungsabteilungen der Länder haben keine ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, um regelmäßig Analysen über die internationale Wirtschaftsentwicklung und die Auswirkungen auf die Regionalentwicklung durchführen zu lassen. Nur in Wien werden in regelmäßigen Abständen Studien zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit erstellt. In Oberösterreich hat die Wirtschaftskammer Oberösterreich eine Studie zur „Oberösterreichischen Wirtschaft im europäischen Wettbewerb“ beauftragt (WIFO, 2012²³). Vor diesem Hintergrund beschränken sich die Aussagen zur Regionalentwicklung weitgehend auf allgemeinere Orientierungen, wenn es um Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung im europäischen Raum im Allgemeinen und in den MOE/SOE-Ländern im Besonderen geht. Für eine evidenzbasierte Grundlage zur Strategieentwicklung bedürfte es einer österreichweiten Initiative bzw. Institution.

5.2. GRENZÜBERSCHREITENDE REGIONALENTWICKLUNG

Die grenzüberschreitende Regionalentwicklung wird bereits seit dem EU-Beitritt Österreichs durch die EU-Programmpolitik der grenzüberschreitenden territorialen Zusammenarbeit dominiert. Dabei stellen die bilateralen und die transnationalen Interreg-Programme die wichtigsten Instrumente dar. Mit den Makroregionalen Strategien ist in den letzten Jahren ein zusätzliches Instrument entstanden. Die Programmdokumente entstehen in einer Kombination von Top-down- (Strategische Zielvorgaben der EU) und Bottom-up- (Ziele und Schwerpunkte der regionalen Programmpartner) Verfahren. Akteure sind in erster Linie öffentliche Institutionen (Gebietskörperschaften, Kammern). Sowohl die Programme als auch die Projekte entstehen auf der Basis eines Interessenabgleichs und -ausgleichs zwischen den Partnerländern und -regionen.

5.2.1. Bilaterale Programme

Die Gebietskulisse bei den bilateralen Programmen ist räumlich auf die grenznahen Regionen beschränkt. Allgemeine Entwicklungen in den MOE/SOE-Ländern spielen daher eine untergeordnete Rolle. Vielmehr geht es um die Regionalentwicklung in den Grenzregionen. Österreich wickelt mit allen osteuropäischen Partnerländern bzw. -regionen bilaterale INTERREG-Programme ab. Bereits vor dem EU-Beitritt dieser Länder gab es mit dem Programm PHARE-CBC die Möglichkeit, grenzüberschreitende Projekte zu entwickeln und zu finanzieren. Durch die unterschiedliche

²³ Mayerhofer, P., P. Huber und S. Schönfelder (2012), „Oberösterreichs Wirtschaft im europäischen Wettbewerb. Erfolge, Defizite, Handlungsoptionen“, WIFO Monographien, November.

Programmarchitektur entstanden aber zumeist „Parallelprojekte“ ohne gemeinsamen grenzüberschreitenden Gehalt. Dennoch haben die Aktivitäten aus dieser Zeit dem Aufbau von institutionellen und personellen Netzwerken gedient, die in weiterer Folge für die Erstellung von grenzüberschreitenden Strategien und Projekten sehr hilfreich waren und sind. Die Verwaltungsbehörden für die Programme Ö – CZ und Ö – H befinden sich aktuell in Österreich.

Hypothese

Die bilateralen grenzüberschreitenden Programme sind gut eingespielt und können auf personelle und institutionelle Netzwerke zurückgreifen. Mit den EUREGIOs und den Regionalmanagements stehen organisatorische Strukturen zur Verfügung, die eine pragmatische Nutzung der verfügbaren Mittel ermöglichen. Die Programmabwicklung und Projekte beschränken sich auf jene Themen und Inhalte, die Win-win-Situationen ermöglichen. Die bilateralen Programme und Projekte sind weitgehend unabhängig von großräumigen Entwicklungen in den MOE/SOE-Ländern und haben Fragen der Konkurrenz nicht im Blickfeld. Die Ansiedlung der Verwaltungsbehörde in zwei von vier bilateralen Programmen in Österreich (Ö – CZ, Ö – H, bis 2014 auch Ö – SK) deutet auf ein hohes Engagement der Bundesländer auch in Form der Übernahme von Leadership in diesen Programmen hin.

5.2.2. Transnationale Programme

Die Gebietskulisse bei den transnationalen Programmen ist wesentlich weiter gefasst und großräumig konzipiert. Die MOE/SOE-Länder sind aktuell in folgende transnationale Programme integriert:

- › Danube Transnational deckt den Raum der Makroregionalen Strategie für den Donaauraum ab.
- › Central Europe umfasst in Ost- und Südosteuropa die Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Kroatien und Slowenien.
- › Alpine Space umfasst nur Slowenien aus dem MOE/SOE-Raum.

Die großräumige Gebietskulisse der transnationalen Programme erhöht die Komplexität sowohl auf der Programm- als auch auf der Projektebene. Die Verwaltungsbehörde für das Alpenraumprogramm ist beim Land Salzburg angesiedelt. Beim Programm Central Europe sind sowohl die Verwaltungsbehörde als auch das Technische Sekretariat in Wien angesiedelt.

In den Projekten dominieren der Erfahrungsaustausch, wechselseitiges Lernen und die Schaffung von Grundlagen für den Aufbau von Werkzeugen (z. B. Informationsdatenbanken, Internet-Plattformen, etc.). In selteneren Fällen gelingt es, grenzüberschreitende Strategien zu entwickeln. Ein Beispiel dafür ist die Centrope-Region, in der eine gemeinsame Strategie für die Verkehrsentwicklung ausgearbeitet und von den politischen VertreterInnen der beteiligten Regionen angenommen wurde. Die behandelten Themen sind zumeist sektoral dominiert. Dadurch werden unterschiedliche Teilaspekte der MOE/SOE-Länder angesprochen, die jedoch auf die jeweils beteiligten Partnerregionen sektor- und segmentspezifisch beschränkt bleiben.

Die transnationalen Programme haben einen stark fragmentarischen Charakter, der durch die Zusammensetzung der Projektkonsortien, die spezifische Themen und Teilräume repräsentieren, entsteht. Sie ermöglichen aber einen intensiven Erfahrungsaustausch und Lernprozesse, die vor allem für die Regionen in den MOE/SOE-Ländern zur Weiterentwicklung institutioneller Strukturen beitragen. Für die westeuropäischen Partnerländer entsteht ein Mehrwert durch die bessere Abstimmung und Vorbereitung von grenzüberschreitenden überregionalen Projekten (Infrastrukturkorridore, Logistik-Netzwerke, Verkehrsinformationssysteme, Verkehrsmodelle, Natur- und Landschaftsschutz, Tourismus, etc.). So wie in den bilateralen Programmen entstehen Projekte durch Calls und ein Projektauswahlverfahren.

Hypothese

Auch wenn die Programme durch gemeinsam festgelegte Prioritäten eine strategische Orientierung aufweisen, so entsteht durch die Bottom-up-Entwicklung der Projekte ein Mosaik von sektor- und segmentspezifischen Ergebnissen, deren Nutzen und Wirkungen nur schwer fassbar sind. Die Beteiligung österreichischer Regionen erfolgt nicht systematisch, sondern ergibt sich aus einem Geflecht von zufällig aktuellen Themen, verfügbaren Ressourcen oder engagierten Institutionen oder Personen. Der Nutzen und die Wirkungen in den MOE/SOE-Ländern und -Regionen bleiben ebenso schwer fassbar. Dennoch stellen die Programme die einzigen Instrumente dar, mit denen überregionale Aspekte der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung mit einer eigenen finanziellen Dotierung angesprochen werden können. Eine Verknüpfung von umfassenden Regionalanalysen in den jeweiligen Gebietskulissen mit der Programmerstellung und -abwicklung erfolgt aber nur teilweise in systematischer Form. Für den Alpenraum wurde ein Strategiepapier zur Vorbereitung des Alpenraumprogramms 2014-2020 erarbeitet. Für den Donaauraum wurde im Auftrag der Kommission eine eigene Studie beauftragt, die den gesamten Raum der makroregionalen Strategie umfasst („Socio-Economic Assessment of the Danube Region, Challenges and Strategy Development“). Verschiedene ESPON-Projekte liefern ebenfalls Regionaldaten, aber nur für die EU-Länder. Insgesamt erfolgt eine evidenzbasierte Strategieentwicklung aber nicht systematisch. Das liegt wahrscheinlich zu einem guten Teil daran, dass es dafür keine permanent zuständigen Institutionen gibt.

5.2.3. Makroregionale Strategien

Die Makroregionalen Strategien stellen ein neues Instrument dar, das sich von den „klassischen“ Programmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) unterscheidet:

- › Umfassender Anspruch an Strategieentwicklung und Umsetzung: sektorübergreifend, instrumentenübergreifend, überregional;
- › Beteiligung von Nicht-EU-Ländern und -Regionen.

Allerdings stehen dafür außer den personellen Ressourcen der beteiligten Institutionen keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Verfügung.

MOE/SOE-Länder sind in drei Makroregionalen Strategien beteiligt:

1. Makroregionale Strategie für den Donaauraum: Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Moldawien, Regionen der Ukraine, Österreich, Bayern, Baden-Württemberg
2. Makroregionale Strategie für den adriatisch-ionischen Raum: Griechenland, Slowenien, Kroatien, Italien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien
3. Makroregionale Strategie für den Alpenraum: Slowenien, Österreich, Italien, Frankreich, Deutschland, Liechtenstein, Schweiz

Dabei gibt es innerhalb der Länder eine unterschiedliche Beteiligung einzelner Regionen.

Hypothese

Makroregionale Strategien sind die adäquate Ebene, um evidenzbasierte Grundlagen für die Entwicklung von überregionalen grenzüberschreitenden sowie nationalen und regionalen Strategien bereitzustellen. Die jeweilige nationale oder regionale Positionierung muss danach im eigenen Wirkungsbereich erfolgen. Auch die Makroregionalen Strategien sind kooperationsorientiert und blenden Fragen der Konkurrenz aus. Konkurrenzbasierte Strategien müssen im jeweiligen Standortraum entwickelt werden.

5.2.4. Regionale Zusammenarbeit von Nicht-EU-Mitgliedern am Balkan

Neben den territorialen Formen der regionalen Zusammenarbeit im EU-Rahmen gibt es auch weitere Initiativen, um regionale Entwicklungsprozesse in den Nicht-EU-Mitgliedsländern dieser Region zu unterstützen und eine Heranführung an die Europäische Union zu ermöglichen. Dazu zählen politische Foren (South-East European Cooperation Process und Westbalkan 6), Wirtschaftskooperation oder wissenschaftliche Kooperationen. Zur Unterstützung dieser Prozesse wurde das Regional Cooperation Council (RCC) eingerichtet. Zusätzlich wurde durch den von Deutschland angestoßenen Berlin-Prozess und den damit verbundenen Wiener Westbalkangipfel etwa die Integration der Infrastrukturkorridore in das System der transeuropäischen Netze vorangetrieben.

5.2.5. Zusammenfassung

In der Zusammenfassung werden drei Aspekte zur Diskussion gestellt:

- (1) Die räumliche und inhaltliche Programmarchitektur
- (2) Die österreichischen Narrative der Regionalentwicklung im Kontext der Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern
- (3) Vorschläge für die weitere Behandlung des Themas

Die räumliche und inhaltliche Programmarchitektur

Die Zusammenschau der Programme mit Beteiligung österreichischer Regionen und von Regionen aus den MOE/SOE-Ländern ergibt ein komplexes räumliches und inhaltliches Bild.

Tabelle 29 / Gebietskulissen der Programme mit Beteiligung von österreichischen Regionen und Regionen aus den MOE/SOE-Ländern

	Makroregionale Strategien			Interreg						Centroppe	
	Donau- raum	Adriatisch- ionischer Raum	Alpen- raum	Transnational			Ö-CZ	Ö-SK	Ö-HU		Ö-SI
				Central Europe	Danube Trans- national	Alpine Space					
Österreich											
NÖ											
Burgenland											
Wien											
OÖ											
Steiermark											
Kärnten											
Tschechien											
Slowakei											
Ungarn											
Slowenien											
Polen											
Rumänien											
Kroatien											
Bulgarien											
Serbien											
Montenegro											
Mazedonien											
Moldawien											
Ukraine											
Albanien											

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Programmdokumenten.

Die Übersicht der Gebietskulissen in den unterschiedlichen Programmen zeigt eine vielfache Überlappung. So ist etwa das Burgenland an neun Programmen im Raum Österreich – MOE/SOE-Länder beteiligt.

Die Programme orientieren sich zwar alle an der Strategie Europa 2020, weisen aber unterschiedliche Schwerpunkte auf.

Tabelle 30 / Beispiel Prioritäten in den transnationalen ETZ-Programmen

Alpenraum	Central Europe	Danube Transnational
Priorität 1: Innovativer Alpenraum	Priorität 1: Kooperation im Bereich Innovation für ein wettbewerbsfähiges Mitteleuropa	Priorität 1: Innovativer und sozialverantwortlicher Donauraum
Priorität 2: CO ₂ -armer Alpenraum	Priorität 2: Kooperation zur Reduzierung des CO ₂ -Ausstoßes in Mitteleuropa	Priorität 2: Umwelt- und kulturverantwortlicher Donauraum
Priorität 3: Lebenswerter Alpenraum	Priorität 3: Kooperation im Bereich natürlicher und kultureller Ressourcen für ein nachhaltiges Wachstum in Mitteleuropa	Priorität 3: Besser verbundener und energieverantwortlicher Donauraum
Priorität 4: Gute Governance im Alpenraum	Priorität 4: Kooperation im Bereich Verkehr	Priorität 4: Gute Governance im Donauraum

Zu den Prioritäten werden jeweils unterschiedliche thematische Ziele, ausgewählte Investitionsprioritäten und spezifische Ziele festgelegt. Auch die bilateralen Programme sind nach dieser inhaltlichen Architektur aufgebaut.

In den Makroregionalen Strategien werden „Säulen“, „Schwerpunkte“ und „Aktionen“ definiert. So weist die Strategie für den Donauraum beispielsweise 4 Säulen und 11 Schwerpunktthemen auf. Die inhaltliche Programmarchitektur entsteht aus dem Wechselspiel zwischen strategischen Top-down-Vorgaben auf EU-Ebene und Bottom-up-Aushandlungsprozessen auf der Ebene der jeweiligen Gebietskulisse. Die inhaltliche Programmumsetzung erfolgt in Wettbewerbsverfahren über „Calls“ und die Auswahl der im Sinne der Programmziele erfolgsversprechenden Einreichungen.

Hypothese

Die räumliche und inhaltliche Programmarchitektur ist jeweils für sich logisch, konsistent und zweckmäßig. Durch die vielfache räumliche Überlagerung der Programme entsteht aber eine Komplexität, die außerhalb einer kleinen Gruppe von SpezialistInnen nicht mehr durchschaubar ist. Für die für die Umsetzung zuständigen Verwaltungsbehörden entstehen personelle und finanzielle Kapazitätsengpässe. Dies trägt zu einer reservierten Haltung gegenüber den Programmen bei und führt zu einer abnehmenden Beteiligungsbereitschaft.

5.2.6. Österreichische Narrative der Regionalentwicklung im Kontext der Entwicklung in MOE/SOE-Länder

Wir schlagen vor, die Narrative zu den MOE/SOE-Ländern seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in vier Phasen zu gliedern:

Phase 1: 1989 bis 1995: Zurück in die Mitte zwischen Risiken und Chancen

Phase der Unsicherheit, Rückkehr Österreichs in die Mitte Europas, Neugier, Aufbruch, Sondierung alter Traditionsmärkte; Regionalpolitik: Risiken, Standortwettbewerb, keine Strategien.

Phase 2: 1995 bis 2005: Die Chancen als Brückenkopf und Drehscheibe nutzen

Phase des Aufbruchs, der „Eroberung“ der Märkte, des Kennenlernens, Österreich als Brückenkopf, Drehscheibe und Türöffner; Regionalpolitik: Chancen, hohes Bewusstsein, intensive Beschäftigung, Aufbau von personellen und institutionellen Strukturen, Bildung grenzüberschreitender institutioneller Netzwerke als Pendant zur sich entwickelnden Netzwerkökonomie.

Phase 3: 2005 bis 2010: Etablierung im Zentrum

Phase der Etablierung, Österreich im Zentrum, Erfolgsgeschichte Osterweiterung; Regionalpolitik: Aufbau, Ausbau und Vertiefung von Netzwerken, Ausbau und Vertiefung der inhaltlichen Zusammenarbeit, Professionalisierung, Bürokratisierung, Mühen der Ebene, Enttäuschung zwischen Anspruchshaltung und Dominanzvorwurf durch Partnerregionen.

Phase 4: ab 2010: Pragmatische Ernüchterung – die Risiken kehren zurück

Phase der Routine, des Pragmatismus und des Zweifels, personelle und finanzielle Ressourcenengpässe, Dominanz von Krisen, Entsolidarisierung, Konkurrenzbewusstsein; Regionalpolitik: zwischen Kooperation, Konkurrenz und Resignation.

Hypothese: ab 2015: Von der Chance zur Notwendigkeit

Ausgehend von der neuerlichen Phase der Verunsicherung (nach der Phase 1) erscheint es notwendig, eine Reformulierung der Haltung zu der Entwicklung der MOE/SOE-Länder und der damit verbundenen Rolle Österreichs vorzunehmen. Dies ist auch deswegen dringlich, weil die Entwicklung in diesem Raum in vielen Aspekten gravierende Auswirkungen auch auf die Regionalentwicklung in Österreich hat (wirtschaftliche Verflechtungen, Arbeitsmarkt, Zuwanderung, Tourismus, Verkehr, etc.). Die Zusammenarbeit sollte daher nicht mehr nur als Chance, sondern vielmehr als Notwendigkeit gesehen werden.

5.2.7. Vorschläge für die Regionalpolitik und Regionalplanung

Bei der Entwicklung von Vorschlägen sollte folgende Unterscheidung vorgenommen werden:

(1) Regionalentwicklung innerhalb Österreichs

In diesem Feld geht es vor allem um die Konkurrenzbeziehungen zu anderen MOE/SOE-Regionen und die möglichen Auswirkungen auf die österreichischen Regionen.

(2) Grenzüberschreitende Regionalentwicklung

In diesem Feld geht es um die Fortsetzung der kooperativen grenzüberschreitenden Regionalpolitik, die im Wesentlichen durch die vorgegebene Architektur der europäischen territorialen Programme und Strategien bestimmt wird. Hier geht es vor allem um das Engagement und die Rollen, die Österreich und die österreichischen Regionen einnehmen.

Für die Regionalentwicklung innerhalb Österreichs stellen wir folgende Vorgehensweise zur Diskussion:

- › Etablierung einer Zuständigkeit für die Aufbereitung evidenzbasierter Grundlagen für die Strategieentwicklung.
- › Evidenzbasierte branchenspezifische Differenzierungen der bestehenden und künftigen Konkurrenzverhältnisse und Identifizierung der besonders betroffenen Regionen.
- › Entwicklung von standort- und branchenspezifischen Strategien.
- › Start eines österreichinternen Diskussionsprozesses über europäische Fördergebietskulissen und Förderbedingungen 2020+.

Für die grenzüberschreitende Regionalentwicklung stellen wir folgende Vorschläge zur Diskussion:

- › Aufrechterhaltung der aktiven Rolle Österreichs in der grenzüberschreitenden kooperativen Regionalpolitik als Gegengewicht zu Konflikten auf der Ebene nationaler Sektorpolitiken.
- › Weiterhin offensive Unterstützung der wirtschaftlichen Aufhol- und Integrationsprozesse in den MOE/SOE-Ländern.
- › Ausbau von institutionellen Netzwerken als potenzielle Türöffner für österreichische Unternehmen in den Märkten der MOE/SOE-Länder.

Zur Klärung sollte geprüft werden, ob dazu ein gemeinsames Einverständnis in der österreichischen Regionalpolitik besteht, ob die personellen und institutionellen Ressourcen für eine aktive Rolle ausreichen und welche Initiativen auf transnationaler Ebene (Central Europe, Danube Transnational, Makroregionale Strategie für den Donauraum) gemeinsam (z. B. bundesländerübergreifend, Bundesländer-Projekte) verfolgt werden sollen.

6. Zusammenfassung aus Expertensicht: Narrative, Schlussfolgerungen und Hypothesen

Dieses Kapitel enthält eine überblicksmäßige Zusammenstellung der aus den vorangegangenen Kapiteln gewonnenen Ergebnisse und Schlussfolgerungen, sowie der daraus gewonnenen Hypothesen, Narrative und Ausblicke auch hinsichtlich einer weiterführenden Forschung zu dem Studienthema.

6.1. FAKTEN

- › Der Donauraum ist wirtschaftlich, aber auch in vielen anderen Bereichen kein einheitlicher Raum, sondern geprägt von Ländern mit stark unterschiedlichen Grundvoraussetzungen und Bedürfnissen.
- › Trotz eines rasanten Wirtschaftswachstums (zumindest bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise) in den Ländern des Donauraums bestehen noch immer große Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Österreich und seinen Nachbarländern.
- › Das Ausmaß dieser Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung lässt erwarten, dass der Aufholprozess der Donauraumländer noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.
- › Aufgrund der relativ schlechten Lage auf vielen Arbeitsmärkten im Donauraum und angesichts der noch immer enormen Lohnunterschiede ist davon auszugehen, dass der Druck auf österreichische Arbeitsmärkte, insbesondere im grenznahen Bereich, nur sehr langsam zurückgeht.
- › Die Donauraumländer haben einen ebenso großen Aufholbedarf in vielen Bereichen abseits der wirtschaftlichen Entwicklung, wie z.B. in den Bereichen Governance, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur, Umwelt und Energie, Gesundheit etc.
- › Nichtsdestoweniger haben die MOE/SOE-Länder eine große wirtschaftliche Bedeutung für Österreich. Dies bezieht sich sowohl auf die Chancen Österreichs in Hinsicht auf Exportmärkte und Investitionsstandorte in den MOE/SOE-Ländern, als auch auf eine potenzielle Konkurrenz für die österreichische Wirtschaft durch diese Länder.

6.2. HYPOTHESEN

- › Aus makroökonomischer Sicht hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber den Donauraumländern seit 2000 zumindest nicht verschlechtert.
- › Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung wird die Bedeutung der MOE/SOE-Länder als Exportmärkte und Investitionsstandorte weiter steigen. Aufgrund der Größe des Donauraums

könnte dieser langfristig (über mehrere Jahrzehnte) sogar zum wichtigsten Exportmarkt für Österreich werden.

- › Bezüglich Tourismus ist ein weiterer wirtschaftlicher Aufholprozess der MOE/SOE-Länder aufgrund ihrer hohen Marktpotenziale von großem Interesse. Gleichzeitig stellen MOE/SOE-Tourismuskmärkte keine relevante Konkurrenz für Österreich dar.
- › Aus demografischer Sicht ist eine weitere Konvergenz der MOE/SOE-Länder im österreichischen Interesse, da eine weitere Dynamisierung der Zuwanderung die Integrationskapazitäten vor allem in den Hauptzielgebieten der Zuwanderung überfordern könnte (bezüglich Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Infrastrukturen der Daseinsvorsorge).
- › Ein Brain Drain aus den MOE/SOE-Ländern nach West- und Nordeuropa schwächt deren wirtschaftlichen Aufholprozess und damit auch Chancen für die österreichische Wirtschaft auf diesen Märkten.
- › Die bisherige Zuwanderung und eine weiterhin moderate Zuwanderung stellen einen „Schatz“ dar, der grenzübergreifende „Wissensspillover“-Effekte ermöglicht, die zu Win-win-Situationen für die ökonomische und die soziale Entwicklung führen kann.
- › Die Zuwanderung aus den MOE/SOE-Ländern stellt auch eine Chance für die Regionen mit Bevölkerungsrückgang dar. Regionen mit Bevölkerungsrückgang haben bereits jetzt eine positive Außenwanderungsbilanz. Eine positive Haltung zu internationaler Zuwanderung mit umfassenden Integrationsangeboten könnten als Chance genutzt werden.
- › Nur eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und eine Verringerung des Lohndifferentials werden den Zustrom auf den österreichischen Arbeitsmarkt reduzieren. Durch den Rückgang der Erwerbsbevölkerung als Folge von negativer Geburten- und Wanderungsbilanz in den MOE/SOE-Ländern ist aber mittelfristig von einer Entspannung auszugehen.
- › Im Bereich Verkehr spiegeln die Güterverkehrsbeziehungen Österreichs mit den MOE/SOE-Ländern die „Normalisierung“ der Wirtschaftsverflechtungen in Mitteleuropa wider. Der Ausbau und die Qualitätsanpassung der Infrastruktur- und Logistiksysteme bleibt aber eine zentrale Aufgabe.

Folgende Hypothesen wurden aus der Analyse der österreichischen Regionalpolitik abgeleitet:

- › Die Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern spielte vor allem in der Phase nach dem EU-Beitritt Österreichs und vor der EU-Osterweiterung eine große Rolle in der österreichischen Regionalpolitik. Danach kam es aber zu einem „Bedeutungsverlust“ der MOE/SOE-Länder, gepaart (auch aufgrund der Wirtschaftskrise) mit einem einsetzenden Pragmatismus und auch Zweifel im Umgang mit den MOE/SOE-Ländern, sowie einer gewissen Entsolidarisierung und einem verstärkten Konkurrenzbewusstsein.

- › Dieser „Bedeutungsverlust“ hat mehrere Gründe:
 - Etablierung von institutionellen und inhaltlichen Routinen durch die vorgegebene EU-Programmarchitektur sowohl für die nationalen als auch die grenzüberschreitenden Programme. Die Beschäftigung mit Analysen, Strategien und Zielen hat sich auf die Ebene der Programmerstellung und -umsetzung verlagert (z. B. STRAT.AT, INTERREG, etc.).
 - Die grenzüberschreitenden Prozesse der Programmarbeit und der Projektarbeit erweisen sich als bürokratisch aufwendig. Die verwaltungsinternen Ressourcen können mit dem erforderlichen Mehraufwand nicht Schritt halten.
 - Die Zusammenarbeit ist aufgrund instabiler institutioneller Strukturen in den Partnerländern teilweise mühsam, die produktive Rolle Österreichs wird einerseits eingefordert, andererseits misstrauisch gesehen.
 - Sektorpolitische Differenzen auf nationaler Ebene (z. B. Bankenpolitik, Energiepolitik, Flüchtlingspolitik) überschatten die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.
- › Die Analyse österreichischer Regionalpolitik gibt auch Anlass zur Hypothese, dass die Planungsabteilungen der Bundesländer (mit Ausnahme Wiens) keine ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen haben, um regelmäßig Analysen über die internationale Wirtschaftsentwicklung und die Auswirkungen auf die Regionalentwicklung durchführen zu lassen.
- › Die bilateralen grenzüberschreitenden Programme sind gut eingespielt und können auf personelle und institutionelle Netzwerke zurückgreifen. Mit den EUREGIOs und den Regionalmanagements stehen organisatorische Strukturen zur Verfügung, die eine pragmatische Nutzung der verfügbaren Mittel ermöglichen. Die Programmabwicklung und Projekte beschränken sich auf jene Themen und Inhalte, die Win-win-Situationen ermöglichen. Die bilateralen Programme und Projekte sind weitgehend unabhängig von großräumigen Entwicklungen in den MOE/SOE-Ländern und haben Fragen der Konkurrenz nicht im Blickfeld. Die Ansiedlung der Verwaltungsbehörde in zwei von vier bilateralen Programmen in Österreich (Ö – CZ, Ö – H, bis 2014 auch Ö – SK) deutet auf ein hohes Engagement der Bundesländer auch in Form der Übernahme von Leadership in diesen Programmen hin.
- › Die transnationalen Programme weisen durch gemeinsam festgelegte Prioritäten eine strategische Orientierung auf. Allerdings entsteht durch die Bottom-up-Entwicklung der einzelnen Projekte ein Mosaik von sektor- und segmentspezifischen Ergebnissen, deren Nutzen und Wirkungen nur schwer fassbar sind. Gleichzeitig erfolgt die Beteiligung österreichischer Regionen nicht systematisch, sondern ergibt sich aus einem Geflecht von zufällig aktuellen Themen, verfügbaren Ressourcen oder engagierten Institutionen oder Personen.
- › Obwohl der Nutzen und die Wirkungen der transnationalen Programme in den MOE/SOE-Ländern und Regionen schwer fassbar sind, stellen diese Programme die einzigen Instrumente dar, mit denen überregionale Aspekte der grenzüberschreitenden Regionalentwicklung mit einer eigenen finanziellen Dotierung angesprochen werden können. Eine Verknüpfung von umfassenden

Regionalanalysen in den jeweiligen Gebietskulissen mit der Programmerstellung und -abwicklung erfolgt aber nur teilweise in systematischer Form.

- › Die Makroregionalen Strategien sind die adäquate Ebene, um evidenzbasierte Grundlagen für die Entwicklung von überregionalen, grenzüberschreitenden sowie nationalen und regionalen Strategien bereitzustellen, wobei die jeweilige nationale oder regionale Positionierung im eigenen Wirkungsbereich erfolgen muss. Prinzipiell sind Makroregionalen Strategien ausschließlich kooperationsorientiert und blenden Fragen der Konkurrenz aus. Konkurrenzbasierte Strategien müssen im jeweiligen Standortraum entwickelt werden.
- › Für alle bilateralen, transnationalen oder makroregionalen Programme zeigt sich, dass die räumliche und inhaltliche Programmarchitektur jeweils für sich logisch, konsistent und zweckmäßig ist. Allerdings entsteht durch die vielfache räumliche Überlagerung der Programme eine Komplexität, die außerhalb einer kleinen Gruppe von SpezialistInnen nicht mehr durchschaubar ist. Gleichzeitig entstehen für die für die Umsetzung zuständigen Verwaltungsbehörden personelle und finanzielle Kapazitätsengpässe. Dies trägt zu einer reservierten Haltung gegenüber den Programmen bei und führt zu einer abnehmenden Beteiligungsbereitschaft.

6.3. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND WEITERFÜHRENDE FRAGEN

- › Aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der MOE/SOE-Länder für Österreich sowohl als Exportmärkte, Investitionsstandorte und Kooperationspartner, aber auch als potenzielle Konkurrenten sollte ein großes Interesse an der Beobachtung und Analyse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in den MOE/SOE-Ländern bestehen. Dies würde einerseits die Planung und Durchführung zielgerichteter Politiken auf der Ebene der EU, des Bundes sowie der Bundesländer erleichtern, gleichzeitig aber auch das Erkennen von potenziellen wirtschaftlichen Möglichkeiten bzw. Konkurrenzsituationen ermöglichen bzw. beschleunigen und damit die Reaktionszeit der österreichischen Firmen, Verwaltung und Politik verkürzen.
- › Angesichts der schon derzeit großen wirtschaftlichen Bedeutung der MOE/SOE-Länder für Österreich und der Erwartung, dass diese langfristig – mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung dieser Länder – weiter steigen wird sowie in Anbetracht des Umstands, dass die MOE/SOE-Länder allerdings in vielen Bereichen der Wirtschaft und auch außerhalb noch immer einen großen Aufholbedarf aufweisen, sollte die Entwicklung dieser Länder eine wichtige Bedeutung in den grenzüberschreitenden Politiken Österreichs, insbesondere im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik und der Makroregionalen Strategien, einnehmen.
- › Ausgehend von der zunehmenden Ernüchterung der österreichischen Regionalpolitik hinsichtlich der MOE/SOE-Länder erscheint es aufgrund der Studienergebnisse notwendig, eine Reformulierung der Haltung zu der Entwicklung der MOE/SOE-Länder und der damit verbundenen Rolle Österreichs vorzunehmen. Dies ist auch deswegen dringlich, weil die Entwicklung in diesem Raum in vielen Aspekten gravierende Auswirkungen auch auf die Regionalentwicklung in Österreich hat. Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern sollte daher nicht mehr nur als Chance, sondern vielmehr als Notwendigkeit gesehen werden.

- › Es erscheint zweckmäßig, die aktive Rolle Österreichs und der österreichischen Regionen in den grenzüberschreitenden territorialen und strategischen Programmen beizubehalten. Außerdem besteht durch die Aufrechterhaltung der aktiven Rolle Österreichs in der grenzüberschreitenden Regionalpolitik die Möglichkeit, ein Gegengewicht zu Konflikten auf der Ebene nationaler Sektorpolitiken (z. B. Energie-, Migrations-, Flüchtlings- und Bankenpolitik) zu schaffen.
- › Bei der Gestaltung der einzelnen Förderprogramme und Förderprojekte erscheint es zweckmäßig, auf die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Österreich und den MOE/SOE-Ländern, sowie deren großen und vielfältigen Aufholbedarf Rücksicht zu nehmen. Einerseits könnte dies bedeuten, Programme bzw. Projekte „asymmetrisch“ zu gestalten, d.h. die Förderungen reziprok zu dem jeweiligen Entwicklungsstand anzusetzen. Andererseits könnte auch die Schaffung „integrierter“ Programme oder Projekte angedacht werden, in denen keine Einzelschwerpunkte gefördert werden (wie z.B. Energie, Umwelt, Verkehr, Governance etc.), sondern mehrere Schwerpunkte gleichzeitig. Dies könnte zur Schaffung von (kleinen) funktionierenden und nachhaltigen Kernbereichen führen, die auch als Beispiel für weitere Projekte bzw. Entwicklungen in den MOE/SOE-Ländern dienen könnten.
- › Eine aktive Rolle Österreichs in grenzüberschreitenden und transnationalen Politiken bedeutet auch die Pflege und den Ausbau institutioneller Netzwerke, nicht nur zur Politikgestaltung, sondern auch als Türöffner für österreichische Unternehmen in den Märkten der MOE/SOE-Länder. Allerdings erscheint diese aktive Rolle derzeit aus mehreren Gründen in Frage gestellt zu sein. Vor allem fehlende personelle, fachliche und institutionelle Ressourcen, gepaart mit einer Resignation in Folge des nicht den Erwartungen entsprechenden Entwicklungs- und Veränderungstempos in einigen MOE/SOE-Ländern, sowie die wachsende Komplexität und Bürokratie der Programme führen zum Schluss, dass die künftige Rolle Österreichs im Einklang mit den Möglichkeiten der relevanten Institutionen überdacht werden sollte.
- › Wenn die aktive Rolle Österreichs in der grenzüberschreitenden Regionalpolitik fortgeführt werden soll, gilt es, die organisatorischen, finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Leistungsfähigkeit hin zu überprüfen, sowie ein neues Narrativ der Regionalpolitik bezüglich der MOE/SOE-Regionen zu entwickeln. Diese Evaluierung und Reflexion sollte vor Beginn der Diskussionen über eine nächste Programmperiode erfolgen. Dazu könnten folgende Fragen gestellt werden:
 1. Wäre „Von der Chance zur Notwendigkeit“ ein brauchbares und konsensfähiges neues Narrativ der österreichischen Regionalpolitik?
 2. Gibt es thematische Schwerpunkte, die bundesländerübergreifend oder in Bundesländerkooperationen verfolgt werden sollen (Bündelung von Know-how und Ressourcen, Stärkung spezifischer Interessen Österreichs)?
 3. Welche künftige Programmarchitektur bzw. welche Bedingungen könnten die Rückkehr zu einer positiven Haltung zu den territorialen Kohäsionsprogrammen unterstützen? Soll z.B. die komplexe Gebietskulisse der Programme in Zukunft in Frage gestellt werden? Kann auf einzelne Programme verzichtet werden?
 4. Welche fachlichen, personellen, institutionellen und finanziellen Ressourcen sowie Koordinations- und Organisationsformen wären erforderlich, damit eine aktive Rolle weiter

eingenommen werden kann? Wie könnten diese möglichst effizient und effektiv organisiert werden?

- › Der in dieser Studie konstatierte Mangel an ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, um regelmäßig Analysen über die internationale Wirtschaftsentwicklung und die Auswirkungen auf die Regionalentwicklung durchführen zu lassen bzw. daraus Strategien zu entwickeln, wirft die Frage auf, inwieweit es möglich und sinnvoll wäre, zur Schaffung einer evidenzbasierten Grundlage zur Strategieentwicklung eine österreichweite Initiative bzw. Institution ins Leben zu rufen.
- › Ein stärkerer Aufholprozess der MOE/SOE-Länder wird aber auch zu verschärften Wettbewerbs- und Konkurrenzverhältnissen zwischen einzelnen Unternehmen, Branchen und Standorträumen führen. Für die Entwicklung von strategischen Antworten ist die innerösterreichische Ebene der Regional- und Sektorpolitik die richtige Plattform. Derzeit fehlt aber eine ähnlich ausgeformte Struktur für die Behandlung und Bearbeitung, wie dies bei der Organisation von Kooperation der Fall ist.
- › Um den „Spagat“ zwischen Unterstützung des Aufholprozesses der MOE/SOE-Länder und Wahrung der Interessen der eigenen Standorte und Unternehmen zu schließen, braucht es gut belegbare und nachvollziehbare Argumentationsgrundlagen sowohl für die Entwicklung nationaler Positionen (Kohäsionspolitik) als auch nationaler Politiken (Wirtschafts-, Verkehrs-, Energie-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik etc.). Aus der Analyse lässt sich folgender Handlungsbedarf ableiten:
 1. Forschung zu evidenzbasierten branchenspezifischen Differenzierungen der bestehenden und künftigen Konkurrenzverhältnisse und Identifizierung der besonders betroffenen Regionen.
 2. Weiterentwicklung und Spezifizierung von standort- und branchenspezifischen Strategien, Maßnahmen und Instrumenten auf nationaler und regionaler Ebene.
 3. Etablierung eines Aufgabenbereichs für die regelmäßige Aufbereitung evidenzbasierter Grundlagen für die Strategieentwicklung.
 4. Start eines österreichinternen Diskussionsprozesses über europäische Fördergebietskulissen und Förderbedingungen 2020+ auf Basis evidenzbasierter Grundlagen.

Dazu können folgende Fragen gestellt werden:

1. Wird die Bereitstellung von Grundlagen für die Entwicklung von Wettbewerbsstrategien auch als überregionale nationale Aufgabe gesehen oder soll dies weiterhin auf der Ebene der Bundesländer erfolgen?
2. Welche Akteure bzw. Institutionen kommen in Frage, um Grundlagen und Strategien auf Bundesebene als Top-down-Angebot zur Verfügung zu stellen?
3. Sind regionalpolitische Diskurse auf der nationalen Ebene (z.B. STRAT.AT-Partnerschaft im Rahmen der ÖROK) geeignete Plattformen, um Strategien zu Konkurrenz und Wettbewerb auf evidenzbasierter Basis kontinuierlich zu beauftragen und zu vergeben?
4. Welche Aspekte bzw. Argumente sollten in Zuge der Erarbeitung einer Position Österreichs für die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik mitberücksichtigt werden?

6.4. FORSCHUNGSBEDARF

- › Obwohl diese Studie keine Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Vergleich zu den MOE/SOE-Ländern feststellte, wurden die Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Branchen bzw. Regionen nicht näher analysiert. Für eine wissenschaftlich unterstützte, zielgerichtete Wirtschaftspolitik erscheint es daher notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Branchen und Regionen im Detail zu analysieren, insbesondere da durch die strukturellen Veränderungen in den Nachbarländern mit Sicherheit negative, aber auch positive Effekte auf Österreich ausgeübt wurden.
- › Ein Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der wirtschaftlichen Vernetzung Österreichs mit dem Donauraum. Dies bezieht sich vor allem auf die Vernetzung österreichischer Firmen und Branchen mit den in den Donauraumländern bestehenden höher technologischen Produktionsketten bzw. -clustern (z.B. im Fahrzeug- und Maschinenbau). Hier ist abzuklären, inwieweit österreichische Firmen Zugang zu diesen Netzwerken haben und welche Potenziale und Risiken bestehen.
- › Die Studie zeigte die große wirtschaftliche Bedeutung der MOE/SOE-Länder für Österreich, sowohl im Außenhandel als auch bei Direktinvestitionen. Aufgrund der aggregierten Analyse besteht aber weiterer Forschungsbedarf hinsichtlich der Details des Außenhandels mit besonderer Berücksichtigung des sogenannten „value added“-Handels bzw. der Direktinvestitionen. Aufgrund des sektoralen Wandels in den MOE/SOE-Ländern ist davon auszugehen, dass es über die Zeit zu Verschiebungen im Markt- und Standortpotenzial (mit neuen Möglichkeiten und Risiken) in den MOE/SOE-Ländern kommen wird. Dies gilt insbesondere auch für den Dienstleistungshandel, speziell den Handel mit Business-Dienstleistungen, der insgesamt statistisch nur schwer zu erfassen ist und dessen Auswirkungen auf österreichische Firmen kaum einzuschätzen sind.

Annex: Statistischer Anhang

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Tabelle 31 / Wirtschaftsstruktur, Veränderung 2005-2013; Anteile der Sektoren an der Bruttowertschöpfung

	Land- wirtschaft	Bergbau, Energie, Wasser	Verarbeitende Industrie	Bau- wirtschaft	Business- Dienstleist.	Andere Dienstleist.
Österreich	0,0	-0,3	-1,2	-0,7	1,3	0,7
Tschechien	0,2	0,6	-0,6	-0,9	2,7	-2,1
Slowakei	0,3	-1,1	-3,3	1,3	3,8	-1,0
Ungarn	0,3	-0,2	0,6	-1,7	1,1	-0,1
Slowenien	-0,5	0,5	-1,1	-1,2	0,7	1,6
Bosnien und Herzegowina	-1,8	0,4	1,1	-0,7	-2,6	3,6
Bulgarien	-3,2	1,7	-1,2	-1,3	4,9	-0,9
Kosovo
Kroatien	-0,6	1,5	-1,5	-2,4	3,6	-0,6
Mazedonien	0,2	-0,4	0,1	2,0	-0,9	-1,0
Montenegro
Polen	-0,1	0,1	-0,5	0,5	-0,2	0,1
Rumänien	-3,4	1,1	-0,7	0,2	7,8	-5,0
Serbien	-2,6	1,2	1,8	-0,6	1,7	-1,4
Ukraine	0,0	0,0	-8,1	-1,5	3,7	4,5

Quelle: Eurostat, wiiw.

Tabelle 32 / Struktur der Industriebranchen, 2013

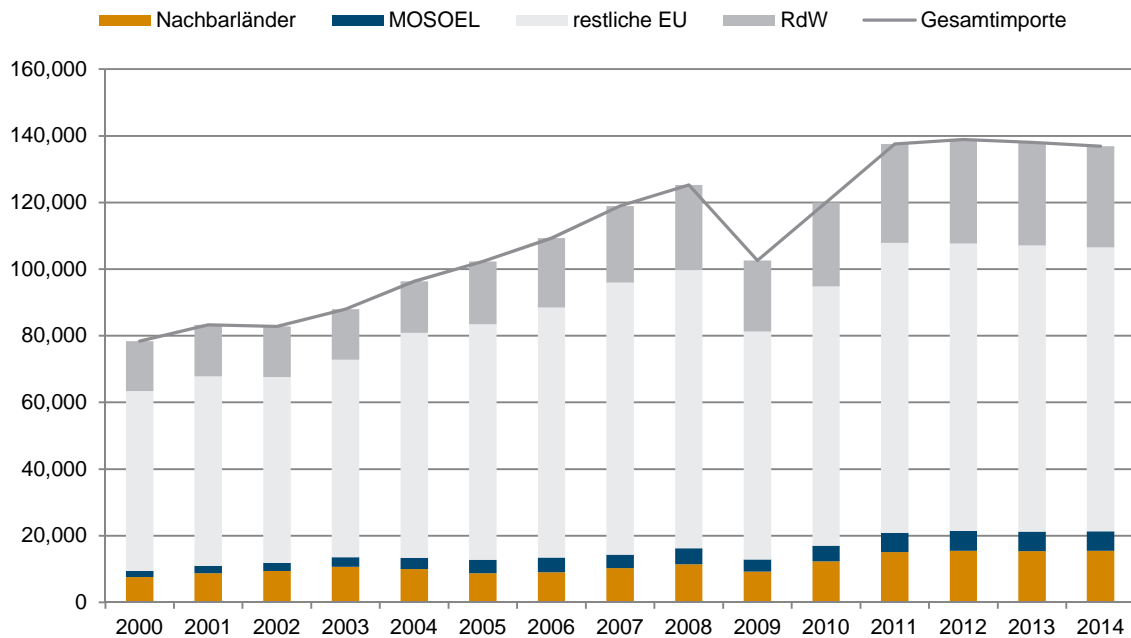
	AT	CZ	SK	HU	SI	BG	HR	MK	PL	RO	RS	UA
Verarbeitende Industrie gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Hochtechnologie-intensive Industrien	9,3	7,8	4,5	15,5	16,3	5,3	10,2	6,6	4,3	4,8	4,5	3,2
<i>Pharmazeutische Erzeugnisse</i>	3,9	1,8	0,2	6,7	12,9	2,7	6,9	6,4	1,9	0,9	2,3	2,4
<i>Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse</i>	5,5	6,0	4,3	8,8	3,4	2,6	3,3	0,3	2,5	3,9	2,2	0,9
Medium-hochtechnologische Industrien	34,4	41,0	33,9	39,3	29,9	20,1	15,6	15,6	24,8	20,5	15,9	12,3
<i>Chemische Erzeugnisse</i>	3,8	3,2	2,8	3,8	5,4	4,3	3,5	1,4	5,2	2,7	3,8	4,0
<i>Elektrische Ausrüstungen</i>	7,8	7,8	5,5	4,3	9,5	4,8	3,9	4,3	4,2	4,3	2,5	2,2
<i>Maschinenbau</i>	14,1	10,3	7,3	13,1	6,6	7,4	4,6	9,3	5,1	3,8	3,4	3,0
<i>Kraftwagen und Kraftwagenteile</i>	7,0	17,5	17,5	17,4	8,0	2,6	0,7	0,6	8,0	7,4	5,8	2,9
<i>Sonstiger Fahrzeugbau</i>	1,5	2,2	0,8	0,7	0,4	1,0	2,8	0,1	2,2	2,3	0,4	0,1
Medium-niedrigtechnologische Industrien	30,4	31,1	38,4	25,3	32,7	27,9	25,9	28,7	36,0	29,5	36,1	31,3
<i>Kokerei und Mineralölverarbeitung</i>	0,1	0,2	1,4	4,4	0,0	2,0	0,0	2,2	4,4	7,7	13,2	-2,1
<i>Gummi- und Kunststoffwaren</i>	4,2	7,4	8,5	6,2	6,8	3,5	3,9	3,2	7,2	4,3	6,9	4,1
<i>Glas und Glaswaren, Keramik</i>	4,6	4,6	3,7	3,1	3,7	5,8	6,1	8,6	5,6	3,2	3,9	6,2
<i>Metallerzeugung und -bearbeitung</i>	6,7	3,5	6,1	2,3	4,1	6,0	1,4	8,1	2,9	4,4	1,8	7,6
<i>Metallerzeugnisse</i>	10,3	11,0	14,2	7,0	14,0	7,4	11,0	5,3	11,0	5,3	8,9	13,7
<i>Reparatur und Installation</i>	4,5	4,4	4,4	2,4	4,2	3,1	3,5	1,3	5,0	4,5	1,4	1,9
Niedrigtechnologische Industrien	25,9	20,2	23,2	19,9	21,1	46,7	48,4	49,1	34,8	45,3	43,5	53,2
<i>Nahrungs- und Futtermittel, Getränke, Tabak</i>	10,1	8,9	7,0	10,5	6,7	22,9	29,6	19,9	17,5	25,2	26,8	23,3
<i>Textilien, Bekleidung, Leder</i>	2,0	2,5	4,1	2,2	3,4	13,7	6,6	21,1	3,4	10,7	7,0	12,6
<i>Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren</i>	3,9	2,3	4,9	1,1	3,1	1,7	3,5	1,2	3,6	3,6	2,1	7,5
<i>Papier, Pappe</i>	3,2	1,5	2,3	1,6	2,4	2,7	1,9	1,5	3,1	0,6	2,3	2,5
<i>Druckerzeugnisse; Ton-, Bild- und Datenträger</i>	1,8	1,4	1,3	1,3	1,9	2,0	3,2	2,5	1,9	1,6	1,8	2,4
<i>Möbel, Sonstiges</i>	4,9	3,6	3,7	3,2	3,6	3,7	3,6	2,9	5,4	3,6	3,5	4,9

Anmerkung: keine Daten für: Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro; Daten für Polen für das Jahr 2012.

Quelle: Eurostat, wiw.

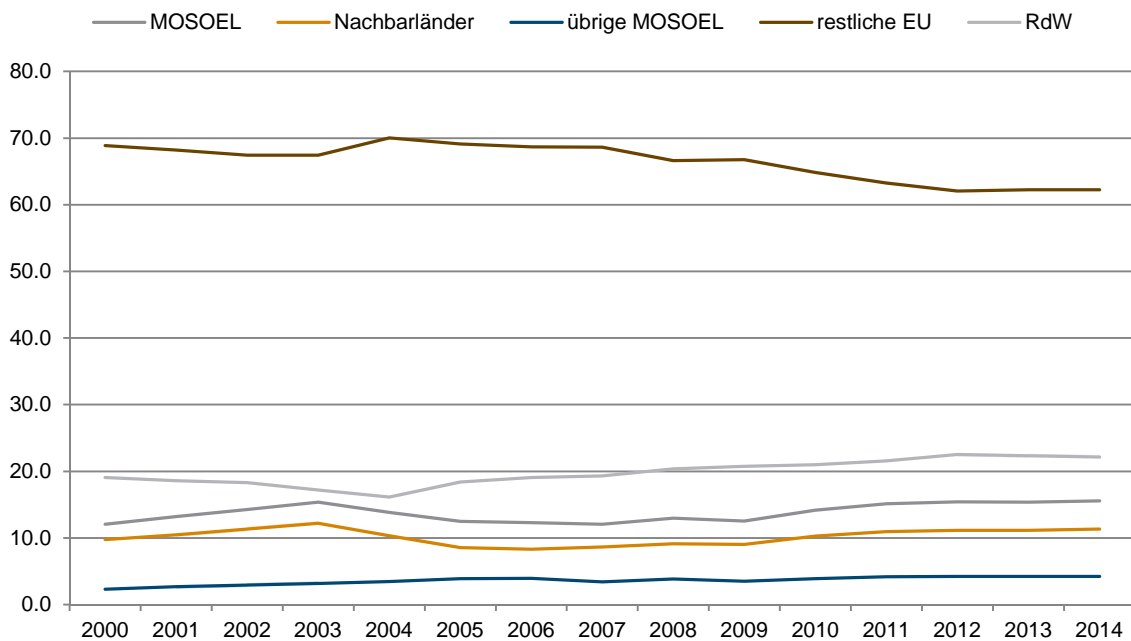
AUSSENHANDEL UND DIREKTINVESTITIONEN

Grafik 25 / Österreichische Güterimporte nach Ländergruppen, in Mio. EUR



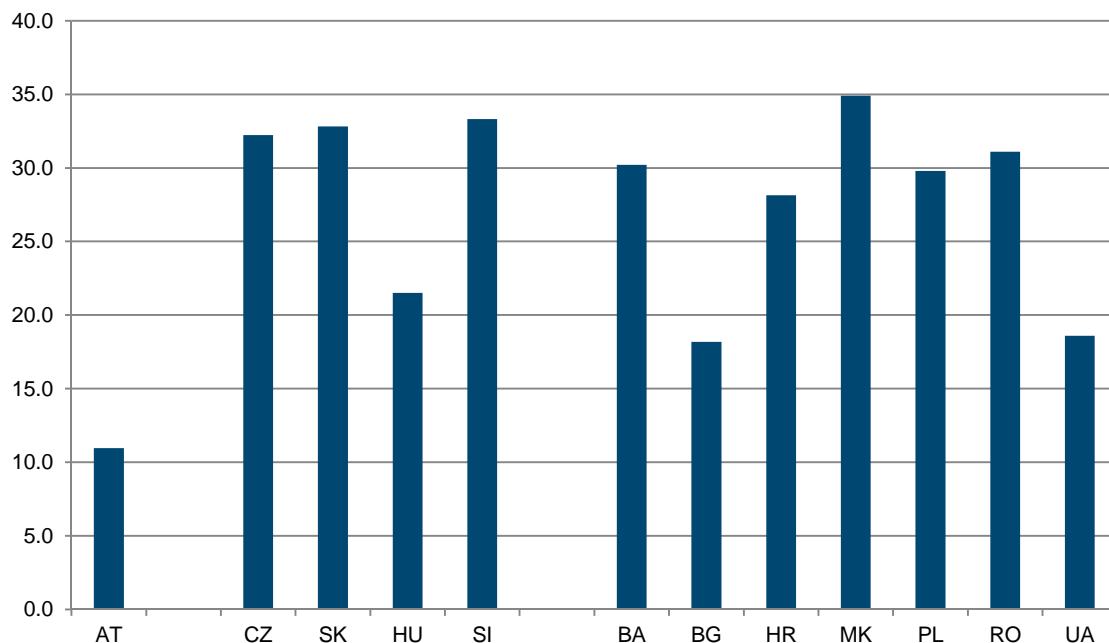
Quelle: wiiw.

Grafik 26 / Anteile der Ländergruppen an österreichischen Güterimporten, in %



Quelle: wiiw.

Grafik 27 / Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie 2013, in % des Gesamtinvestitionsbestandes



Quelle: OeNB, wiiw.

Tabelle 33 / Struktur des ausländischen Direktinvestitionsbestandes in der verarbeitenden Industrie 2013, in %

	AT	CZ	SK	HU	SI	BA	PL	RO	MK	UA
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	8.3	10.1	5.9	10.6	5.3	20.1	19.4	12.7	18.0	22.4
Textilien, Bekleidung, Leder	1.8	1.4	1.7	1.7	2.1	3.3	0.9	4.8	6.4	1.0
Holz, Papier, Druckerei	5.9	4.4	4.3	4.5	12.0	9.1	7.5	7.5	0.8	3.4
Chemie, Kunststoff, Pharmaka, Glas, Steinwaren	46.6	20.7	26.4	28.0	46.8	50.1	20.7	27.6	8.5	20.5
Metall und Metallwaren	8.1	10.6	18.1	8.1	5.2	7.4	12.6	13.3	27.3	42.7
Elektrotechnik, Elektronik, Optik	7.6	10.9	11.4	16.9	9.7	2.5	2.3	6.7	1.3	0.0
Maschinenbau	9.2	8.2	8.8	5.4	5.6	0.9	3.7	7.0	0.5	7.5
Fahrzeugbau	11.1	30.0	21.9	20.7	12.2	5.1	17.2	18.4	26.0	0.0
Sonstige Waren, Reparatur	1.3	3.6	1.6	4.0	1.1	1.4	15.6	1.9	11.2	2.6
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Anmerkung: keine Daten für: Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Serbien.

Quelle: OeNB, wiiw.

SHORT LIST OF THE MOST RECENT WIIW PUBLICATIONS

(AS OF APRIL 2017)

For current updates and summaries see also wiiw's website at www.wiiw.ac.at

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN UND TRENDS IN DEN REGIONEN MITTELOST- /SÜDOSTEUROPAS UND DES DONAURAUMS

by Helmut Hiess and Roman Römisch

wiiw Forschungsbericht 6 (wiiw Research Reports in German language), April 2017
85 Seiten incl. 33 Tabellen und 27 Grafiken
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

EU TRADE REGULATIONS AND IMPORTS OF HYGIENIC POULTRY

by Mahdi Ghodsi and Robert Stehrer

wiiw Working Papers, No. 135, April 2017
31 pages including 13 Tables and 4 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2017/4

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month:
 - Exchange rate of Turkish lira vs. US dollar, 2007-2017
 - Foreign tourist arrivals in Turkey in 1987-2017, % change year-on-year
- › Opinion Corner: What does the Turkish referendum result mean for the economy?
- › List of acronyms
- › Aggregating import tariff rates: a review of methodological approaches
- › Trade effects of non-tariff measures: the 'chlorinated chicken' case
- › EU trade regulations and the WTO dispute settlement on hygienic poultry
- › The editors recommend for further reading
- › Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – April 2016 to April 2017

wiiw Monthly Report, No. 4, April 2017
48 pages including 2 Tables and 35 Figures
exclusively for wiiw Members

FROM FISCAL AUSTERITY TOWARDS GROWTH-ENHANCING FISCAL POLICY IN UKRAINE

by Tetiana Bogdan and Michael Landesmann with contributions by Peter Havlik and Vladimir Gligorov

wiiw Research Reports, No. 417, April 2017
77 pages including 32 Tables, 8 Figures and 2 Boxes
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

WIIW MONTHLY REPORT 2017/3

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Share of innovative enterprises in EU Member States, in %
- › Opinion corner: What is the reason for the numerous business disputes between the government of Kosovo and foreign enterprises?
- › How to use EU funds earmarked for fostering cohesion more efficiently?
- › Social innovation and the EU policy initiatives
- › The effects of EU research projects in the field of social innovation
- › The knowledge economy and the labour market: the role of social partners
- › The editors recommend for further reading
- › Statistical Annex: Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – March 2016 to March 2017

wiiw Monthly Report, No. 3, March 2017
48 pages including 3 Tables and 26 Figures
exclusively for wiiw Members

CAUTIOUS UPTURN IN CESEE: HAUNTED BY THE SPECTRE OF UNCERTAINTY

by Amat Adarov, Vasily Astrov, Vladimir Gligorov, Richard Grieveson, Peter Havlik, Mario Holzner, et al.

wiiw Forecast Report. Economic Analysis and Outlook for Central, East and Southeast Europe, Spring 2017
wiiw, March 2017
151 pages including 30 Tables and 54 Figures
hardcopy: EUR 80.00 (PDF: EUR 65.00)

WIIW MONTHLY REPORT 2017/2

ed. by Vasily Astrov and Sándor Richter

- › Graph of the month: Adjusted wage share in EU-CEE countries in 1995-2016, as % of GDP
- › Opinion corner: Is the falling wage share in most EU-CEE countries a symptom of the 'race to the bottom'?
- › Globalisation and the 'race to the bottom': intended and unintended consequences
- › Reducing unemployment in the euro area: What is the appropriate fiscal policy stance?
- › The economic role of railway networks – a historical perspective

- › The editors recommend for further reading
- › Statistical Annex: Monthly and quarterly statistics for Central, East and Southeast Europe
- › Index of subjects – February 2016 to February 2017

wiiw Monthly Report, No. 2, February 2017
44 pages including 29 Figures
exclusively for wiiw Members

ENERGY TARIFF REFORM IN UKRAINE: ESTIMATED EFFECTS AND POLICY OPTIONS

by Vasily Astrov and Leon Podkaminer

wiiw Research Reports, No. 416, February 2017
35 pages including 11 Tables, 7 Figures and 1 Box
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

TRADABILITY INDEX: A COMPREHENSIVE MEASURE FOR THE TRADABILITY OF OUTPUT. TECHNICAL PAPER ON THE WIIW TRADABILITY DATASET

by Alexandra Bykova and Roman Stöllinger

wiiw Statistical Report, No. 6, January 2017
23 pages including 2 Tables and 5 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

TRADABILITY OF OUTPUT AND THE CURRENT ACCOUNT: AN EMPIRICAL INVESTIGATION FOR EUROPE

by Roman Stöllinger

wiiw Working Papers, No. 134, January 2017
53 pages including 15 Tables and 3 Figures
hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

IMPRESSUM

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 6, Rahlgasse 3

ZVR-Zahl: 329995655

Postanschrift: A 1060 Wien, Rahlgasse 3, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50
Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger): Verein "Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche", A 1060 Wien, Rahlgasse 3. Vereinszweck: Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung der zentral- und osteuropäischen Länder sowie anderer Transformationswirtschaften sowohl mittels empirischer als auch theoretischer Studien und ihre Veröffentlichung; Erbringung von Beratungsleistungen für Regierungs- und Verwaltungsstellen, Firmen und Institutionen.



wiiw.ac.at